

# **GERECHTIGKEIT IST PLANBAR!**

## **Wahlprogramm zur Landtagswahl 2022**

**Aktualisierter Entwurf des Landesvorstandes**

02. Mai 2022

(Leitantrag zum Landesparteitag, Antragsheft 2)



2	<b>Darum DIE LINKE wählen (Präambel)</b> .....	3
3	<b>Kurswechsel bei Gesundheit und Pflege in Niedersachsen</b> .....	8
4	Gesunde Krankenhausplanung und -finanzierung .....	8
5	Pflege ist wertvoll und braucht mehr als nur Applaus vom Balkon!.....	10
6	Gut versorgt und aufgehoben bis zum Lebensende .....	11
7	Demokratie und Transparenz im niedersächsischen Gesundheitswesen .....	11
8	Die Bevölkerung in allen Regionen gut versorgen .....	12
9	Selbstorganisation und Rechte von Patientinnen und Patienten stärken.....	12
10	Psychische Erkrankungen besser behandeln .....	13
11	Gutes Leben und Gesundheit für Kinder und Jugendliche .....	13
12	<b>Bildung und Jugendpolitik – gerecht, für alle &amp; ein Leben lang</b> .....	14
13	KiTa & Krippen – auf den Anfang kommt es an .....	15
14	Schule – gemeinsam und demokratisch lernen .....	16
15	Ausbildung – alle brauchen einen Platz .....	18
16	Hochschulen – ausfinanziert, demokratisch und mit guten Arbeitsbedingungen .....	19
17	Studium – Bildung mündiger Menschen ohne soziale Hürden.....	20
18	Kinder- und Jugendarbeit .....	21
19	Kinder- und Jugendpartizipation .....	22
20	Kinderarmut bekämpfen .....	23
21	<b>Wohnen ist ein Menschenrecht - Wohnen für alle und nicht Profite für wenige</b> .....	24
22	<b>Verkehrswende sozial und klimagerecht umsetzen!</b> .....	26
23	Öffentlicher Nahverkehr für alle zum Nulltarif .....	26
24	Niedersachsen ist am Zug - Vorrang für die Schiene!.....	28
25	Mit dem Rad – Niedersachsen neu entdecken!.....	30
26	Gut zu Fuß in Niedersachsen.....	31
27	Wasserwege nutzen .....	31
28	Straßenverkehr: Sanierung und Umwidmung statt Neubau .....	32
29	Luftverkehr .....	32
30	<b>Wirtschaft sozial und nachhaltig gestalten</b> .....	33
31	Gute Arbeit für alle Beschäftigten.....	34
32	Eine Wirtschaft für alle.....	35
33	Zulieferindustrie .....	36
34	Transformation der Industrie sozial, demokratisch und ökologisch gestalten .....	37
35	Digitales Niedersachsen .....	37
36	Zukunftsfähige und nachhaltige Häfen .....	38
37	<b>Gerecht geht anders – Soziale Sicherheit für alle</b> .....	39
38	<b>Klima und Umwelt schützen</b> .....	40
39	Die Energiewende beginnt vor Ort.....	41
40	Atomausstieg realisieren - Gefährdungen verhindern .....	44
41	Gefährdung von Natur und Umwelt - konsequentes Handeln dringend erforderlich .....	45
42	<b>Demokratie und öffentliches Allgemeinwohl</b> .....	48

43	Kultur von allen und für alle.....	48
44	Sport: Dabei sein können ist für alle wichtig.....	50
45	Gerechtigkeit: Vor und nach Gerichtsurteilen .....	51
46	Öffentliche Aufgaben müssen ausreichend finanziert werden .....	52
47	Mehr Demokratie wagen .....	54
48	Privatisierung ist Raub öffentlichen Eigentums .....	56
49	Freiheit braucht Gleichheit beim Zugang zu digitalen und analogen Medien.....	56
50	Sicherheit ohne Überwachungsstaat .....	57
51	<b>Ländlichen Raum lebenswert machen!</b> .....	59
52	Entfaltung und lebendige Dörfer statt Armut und Verödung.....	59
53	Sozial-ökologischen Umbau gemeinsam mit den Landwirten gestalten .....	61
54	<b>Antifaschismus &amp; Gleichstellung</b> .....	62
55	Antifaschismus – gemeinsam für Verbesserung statt Spaltung von rechts.....	63
56	Barrierefreies Niedersachsen – selbstbestimmte Behindertenpolitik.....	64
57	Gleiche Rechte und gleiche Chancen für Frauen – gerade jetzt .....	65
58	Akzeptanz aller Geschlechter sowie sexueller Lebensweisen .....	66
59	<b>Frieden und Internationalismus</b> .....	66
60	Friedensstandort Niedersachsen .....	67
61	Rüstungskonversion hin zu sinnvoller Arbeit.....	67
62	Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Frieden .....	68
63	Asyl ist ein Menschenrecht .....	69
64	Europa .....	70
65	<b>Gemeinsam sind wir stark (Postambel)</b> .....	72

## 66 **Darum DIE LINKE wählen (Präambel)**<sup>1</sup>

67

68 Wir müssen in Niedersachsen die großen sozialen und ökologischen Probleme gemeinsam anzupacken. Das  
69 können wir nur mit großen öffentlichen Investitionen in die Zukunft, mehr demokratischer Mitsprache auf  
70 allen Ebenen und einer Politik der Solidarität, die niemanden zurücklässt. Die Erfahrungen im Bund zeigen es  
71 und fast noch deutlicher verhält es sich in Niedersachsen: Politik verkommt zu einem Schmierentheater  
72 gebrochener Versprechungen. Statt Probleme nur auszusitzen, wollen wir Druck machen für einen sozial-  
73 ökologischen Systemwechsel.

74

75 Die Corona-Pandemie hat die Ungleichheiten in der Gesellschaft und die Mängel des Gesundheitssystems  
76 noch deutlicher hervortreten lassen Die Schere zwischen arm und Reich ist noch größer geworden. Während

---

1 Der Begriff Präambel steht hier, um in den Bearbeitungsrunden die Bedeutung des Kapitels zu erklären. Er wird in der Endredaktion nach dem Landesparteitag entfernt

77 Konzerne wie Amazon von der Pandemie bestens profitieren konnten, wurden viele Menschen in  
78 existenzielle Notlagen gestürzt. Das Instrument der Kurzarbeit sicherte zwar Hunderttausende von  
79 Arbeitsplätzen, führte aber zu massiven Einkommensverlusten. Insbesondere Beschäftigte im  
80 Niedriglohnbereich und dort, wo Arbeitnehmende keine tariflich oder betrieblich geregelten Zuzahlungen  
81 zum Kurzarbeitergeld erhielten, war die Existenzsicherung akut bedroht. Viele Beschäftigte in unsicheren  
82 Beschäftigungsverhältnissen wie Leiharbeit und Befristung, Solo- und Scheinselbständige im Kultur- und  
83 Dienstleistungsbereich verloren ihre Arbeit.

84

85 Der Pflegenotstand nahm noch weiter zu. Ein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichteten  
86 Gesundheitssystem stößt dabei noch deutlicher an seine Grenzen. Pflegekräfte wurden übermäßig belastet  
87 und auch noch schlecht bezahlt. Die öffentliche Verwaltung war überfordert. Der Rückstand bei der  
88 Digitalisierung der Verwaltung hat die Bekämpfung der Pandemie gelähmt. Die Pandemie zeigte: Eine  
89 gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit gegenüber den Auswirkungen einer solchen Krise war nur  
90 unzureichend entwickelt.

91

92 Die Landesregierung hat hilflos und widersprüchlich reagiert. Corona-Verordnungen wurden zeitweise im  
93 Stunden-Takt korrigiert. Von der Landesregierung beschlossenen Maßnahmen mussten häufig von  
94 Verwaltungsgerichten aufgehoben werden. Der ständige Wechsel zwischen nicht nachvollziehbaren  
95 Restriktionen , z.B. bei Kontakten innerhalb der Haushaltungen, und Unterlassungen in Bereichen, wo viel  
96 größere Ansteckungsgefahren bestanden, z.B. in den Betrieben, hat die Menschen verunsichert. Die  
97 Landesregierung hat es in über zwei Jahren nicht geschafft hat, Geld für flächendeckende Luftfilter in den  
98 Schulen zur Verfügung zu stellen, um so die Unterrichtsausfälle zu reduzieren.

99

100 Die Schuldenbremse ist gescheitert. Die Fülle der anstehenden Aufgaben zeigt es: von den Folgen der Corona-  
101 Pandemie, der Bekämpfung der Klimakrise, der Sanierung des maroden Bergwerks Asse II und anderer  
102 Altlasten der verfehlten Atompolitik bis hin zum Investitionsstau in öffentlichen Einrichtungen und  
103 Kommunen. Wenn der Staat sich aus der Verantwortung zieht, leidet die Lebensqualität großer Teile der  
104 Bevölkerung, insbesondere die der Ärmsten und der nachfolgenden Generationen. Gleichzeitig verzichten  
105 die bisherigen Regierungsparteien in Niedersachsen, SPD und CDU – sowie die vergangene Bundesregierung  
106 aus Union und SPD und ihre Ampel-Nachfolgeregierung – auf die Vermögenssteuer, die ausdrücklich im  
107 Grundgesetz steht und allein den Ländern zusteht. Da ist es kein Wunder, dass sie ihre Wahlversprechen  
108 nicht einhalten können und die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleibt. Statt weiter durch die  
109 wirtschaftlich unsinnige Schuldenbremse Enthaltbarkeit zu leben und auf die demokratische Kontrolle von  
110 großem Reichtum durch eine Vermögenssteuer zu verzichten, wollen wir die Kommunen wieder  
111 handlungsfähig machen, damit Politik vor Ort zukunftssicher gestaltet werden kann.

112

113 **Wofür wir uns einsetzen:**

114 **Gute Arbeit:** Während einige wenige sich an der Corona-Krise dumm und dämlich verdient haben, hat sich  
115 bei der Mehrheit der Bevölkerung die soziale und finanzielle Lage noch weiter verschlechtert. Das betrifft die  
116 Reduzierung der Einkommen durch Kurzarbeitergeld, ausgebliebene Einnahmen von Selbständigen oder  
117 Studierenden aus Nebenjobs. Das wird auch für die Rente Folgen haben. Aber auch ohne Corona: Die Zahl  
118 der prekären und befristeten Arbeitsverhältnisse im Lande hat zugenommen. In vielen Bereichen,  
119 insbesondere an den Hochschulen hat die Landesregierung das Unwesen der befristeten Arbeitsverträge  
120 nicht beendet. Wir wollen die Tarifbindung und die Mitbestimmung von Arbeitnehmer:innen stärken und  
121 befristete Arbeitsbedingungen abbauen.

122

123 **Gesundheit & Pflege:** Auch während Corona wurden weiter am profitorientierten Gesundheitssystem  
124 festgehalten. Bis zu 40 Krankenhäuser drohen geschlossen zu werden. Gesundheit ist keine Ware, sondern  
125 ein Menschenrecht. Statt Krankenhäuser zu schließen oder von Unternehmen in Medizinische  
126 Versorgungszentren umzuwandeln zu lassen, wollen wir Gesundheit in öffentlicher Hand. Statt immer mehr  
127 Krankenhausbetten abzubauen, wollen wir jedem eine medizinische Versorgung zukommen lassen –  
128 dezentral bis zum Arzt auf dem Land. Statt die Pflege durch miserable Arbeitsbedingungen weiter  
129 auszubluten, wollen wir das gebrochene Versprechen der Landesregierung nach Mindeststandards in der  
130 Pflege und besserer Bezahlung einlösen!

131

132 **Bezahlbares Wohnen:** Seit 2018 hat sich die Zahl der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau von 82.496 auf  
133 60.200 verringert. Dennoch sah die Landesregierung keinen Anlass eine Landeswohnungsgesellschaft zu  
134 gründen. Das wollen wir nachholen! Wir wollen mit Landesmitteln den öffentlichen Wohnungsbau fördern,  
135 zu bezahlbaren Preisen. Statt fetter Renditen aus hohen Mieten wollen wir den gesetzlichen Rahmen nutzen,  
136 um Mieten vor allem in Großstädten zu senken. Das Recht der Mieter:innen wollen wir dagegen stärken.

137

138 **Bildung für alle:** Der Investitionsstau zeigt sich besonders in unseren Schulen, in den schlechten  
139 Ausstattungen der Klassen, baufälligen Gebäuden und zu wenig Luftfiltern. Niedersächsische Lehrende  
140 gehören bundesweit zu den schlechter bezahlten. Wir sagen: Alle Kinder haben ein Recht auf gute Bildung.  
141 Sie darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir wollen mehr Integrierte Gesamtschulen. Statt die  
142 Bildung weiter kaputt zu sparen, wollen wir massiv in Kita-Plätze, Schulen, Universitäten und in die  
143 Weiterbildung investieren. Wir brauchen ein Sanierungsprogramm für Bildungseinrichtungen, gute  
144 Arbeitsbedingungen, besser bezahltes Personal und genügend Ausbildungs- und Studienplätze.  
145 Niedersachsens Bildungseinrichtungen müssen endlich coronasicher gemacht werden. Bildung ist für uns ein  
146 Menschenrecht, auf das es in allen Lebenslagen ein Anrecht gibt.

147

148 **Entgeltfreier Nahverkehr:** Ein guter und kostengünstiger Nahverkehr würde Niedersachsen nicht nur  
149 umweltfreundlicher machen, er wäre auch die soziale Antwort auf das Recht, sich frei zu bewegen. Über die  
150 letzten Jahrzehnte wurde dagegen auf den Ausbau von Straßen und Autobahnen gesetzt, während  
151 Bahngleise, insbesondere in ländlichen Gebieten, stillgelegt wurden. Wir sagen, Güter auf die Schiene, statt  
152 auf die Straße! Busse sollen taktstark und entgeltfrei auch zu den Tagesrandzeiten am Morgen und Abend  
153 bis aufs Dorf fahren. Fahrradwege gehören ausgebaut und Fahrrad- bis Autoleihsysteme etabliert.

154

155 **Umwelt und Klima nachhaltig:** Die Klimakrise droht mit immensen Schäden, wenn wir mit unserer Politik  
156 nicht umsteuern. Sie bietet aber auch die Chance für ein besseres Leben. Wir können unsere Umwelt durch  
157 den Ausbau erneuerbarer Energieversorgung nachhaltig verbessern. Durch Windkraftanlagen und  
158 Solaranlagen in öffentlicher Hand können wir die Energieversorgung in die Verantwortung der Kommunen  
159 legen, statt sie großen Konzernen für ihren fetten Gewinn zu überlassen. Wir wollen die Stromgewinne der  
160 Allgemeinheit zukommen lassen, damit wir den Strompreis senken und unsere öffentlichen Haushalte  
161 verbessern, um bessere Arbeits- sowie Lebensbedingungen für alle zu schaffen. Zudem wollen wir Land- und  
162 Forstwirtschaft gemeinsam mit den Land- und Forstwirten ökologisch nachhaltig gestalten und den  
163 Naturschutz fördern.

164

165 **Politikwechsel statt Austausch von Minister:innenköpfen:** Eine Stimme ist notwendig, die im Landtag die  
166 herrschenden Parteien immer wieder an ihre vorgetragenen Versprechungen erinnert und sie mit der  
167 Realität konfrontiert und sagt, was ist. Die aufgestauten Probleme drängen nach einem Politikwechsel. Zu  
168 einem Politikwechsel gehört eine völlig neue Kooperation der Beteiligten in Staat und Wirtschaft, starken  
169 zivilgesellschaftlichen Akteuren und Fachexperten, um die Herausforderungen von Klimakatastrophe,  
170 Pandemien und sozialer Krise zu bewältigen. Wir wollen mehr Eigentum in öffentliche Hand legen und so  
171 Wirtschaft sowie Daseinsvorsorge dem Marktradikalismus entziehen. Ein starker Sozialstaat muss klare  
172 Regeln setzen, die Mensch und Natur schützen, damit wir langfristig demokratisch planen können, in was für  
173 einer Gesellschaft wir leben wollen.

174

175 **Wir zeigen klare Kante gegen jede Form der rechten Hetze:** Dort, wo die extreme Rechte mit dem Finger  
176 zeigt, suchen wir die Zusammenarbeit, den Dialog und fördern Hilfe zur Selbsthilfe und Organisation. Dort,  
177 wo sie Menschen angreift und diskriminiert, stehen wir solidarisch an der Seite der Betroffenen. Gegen ihre  
178 Angsttreiberei setzen wir die Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft. Wir wollen aus passivem Unmut aktive  
179 Veränderung machen. Dafür kommt es auf jede und jeden an.

180

181 Wir geben denjenigen eine Stimme, die auf den Schutz des Sozialstaats angewiesen sind. Dafür sind wir auch  
182 bereit, uns mit den Mächtigen anzulegen. Dafür will DIE LINKE im nächsten Niedersächsischen Landtag  
183 ebenso wie auf der Straße Druck machen. Wir können das auch, und zwar sowohl in der Opposition als auch

184 von der Regierungsbank aus. Wir sind aber keine Mehrheitsbeschaffer für die Fortsetzung der neoliberalen  
185 Politik der Vergangenheit. Wir stehen für eine grundlegende Änderungen, die es nach den bestehenden  
186 Erfahrungen nur mit uns geben kann. Wir stehen für substanzielle Veränderungen, die es nach den  
187 bestehenden Erfahrungen nur mit uns geben kann. Für diesen Politikwechsel braucht es eine starke LINKE im  
188 Landtag, die gemeinsam mit großen Teilen der Zivilgesellschaft, wie Gewerkschaften, Sozialverbänden und  
189 auch Umweltbewegung Druck macht für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und demokratischere  
190 Politik.

## 191 **Kurswechsel bei Gesundheit und Pflege in Niedersachsen**

192

193 Niedersachsen steht vor einer Richtungsentscheidung. Jahrelang wurde das Gesundheitssystem kaputt  
194 gespart und auf Profit getrimmt. Die Corona-Pandemie zeigt einmal mehr, wie wichtig ein funktionierendes  
195 Gesundheitssystem ist. Dabei sind die Pflegenden in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie bei der  
196 Pflege zu Hause die tragenden Säulen unserer Gesundheitsversorgung. Ob als Beschäftigte in den Kliniken  
197 und Heimen oder als pflegende Angehörige, welche sich liebevoll um ihre Nächsten kümmern – sie alle leisten  
198 Tag für Tag Herausragendes. Dennoch haben weder Bundes- noch Landesregierung irgendetwas getan, um  
199 die Missstände in der Pflege - zu niedrige Löhne; zu schlechte Personalschlüssel; Arbeitsbedingungen, die  
200 krank machen; steigende Eigenanteile bei den Heimkosten - auch nur ansatzweise in den Griff zu bekommen.  
201 Ganz im Gegenteil: Statt für die notwendige Entlastung zu sorgen, hat die Landesregierung das  
202 Arbeitszeitschutzgesetz für Pflegekräfte regelrecht ausgehebelt und die Pflegearbeitszeit auf 60 Stunden pro  
203 Woche ausgeweitet sowie Ruhezeiten aufgeweicht. Kein Wunder also, dass immer mehr Pflegekräfte dem  
204 Beruf den Rücken kehren und junge Menschen kaum noch für eine Ausbildung in der Pflege zu begeistern  
205 sind.

206

207 Unser Gesundheitssystem ist falsch organisiert, wenn zusätzlich eingerichtete Intensivbetten vielerorts nicht  
208 betrieben werden können, weil es nicht genügend Personal gibt. Wenn es an Vorhaltekapazitäten zur  
209 Krankenhausversorgung fehlt und unsere Krankenhäuser chronisch unterfinanziert sind. Doch trotz dieser  
210 Mängel hält die Landesregierung am bisherigen Finanzierungssystem und an der Zentralisierung von  
211 Krankenhäusern fest. Damit muss Schluss sein! Wir brauchen eine Krankenhausplanung, die sich an  
212 wirklichen Pflegebedarfen ausrichtet und Reserven für Notfälle und Pandemien vorhält.

213 Falsche politische Entscheidungen haben in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass das System von  
214 Gesundheit und Pflege hierzulande auf Profit getrimmt ist. Falsche politische Entscheidungen, gegen die wir  
215 etwas tun wollen. Denn ein schlecht finanziertes und kommerzialisiertes Gesundheitssystem ist kein  
216 Naturgesetz und Gesundheit ist keine Ware, sondern muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein.

217

## 218 **Gesunde Krankenhausplanung und -finanzierung**

219 Niedersachsen hat noch etwa 170 Krankenhäuser. Verantwortlich für Investitionen ist das Land. Jedoch  
220 reichen die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von derzeit 120 Millionen Euro jährlich nicht  
221 einmal ansatzweise aus, um die anfallenden Investitionskosten der Krankenhäuser zu decken. Der  
222 Investitionsstau im Krankenhausbau ist laut niedersächsischer Krankenhausgesellschaft (NKG) mit 2,2  
223 Milliarden Euro so hoch wie nie zuvor. 41 dringend notwendige Bauprojekte von Kliniken würden derzeit  
224 wegen fehlender Investitionen des Landes nicht umgesetzt. Die Kliniken versuchen, diese Maßnahmen aus  
225 den Mitteln zur Patientenversorgung zu finanzieren. Die Folge ist ein enormer Kostendruck, dem viele Häuser  
226 mit Tariffucht oder mit der Ausgliederung von Personal aus den Krankenhausunternehmen in sogenannte



227 Servicegesellschaften zu begegnen versuchen. Damit hat die prekäre finanzielle Situation Auswirkungen auf  
228 die Qualität der Versorgung der Kranken. Die wachsende Zahl der Hygienemängel und ein eklatanter Anstieg  
229 krankenhausbedingter Infektionen sind ein deutliches Zeichen hierfür und enden insbesondere für ältere  
230 Menschen häufig tödlich.

231

232 Die jährlichen Krankenhaus-Investitionen sollen zwar von 120 auf 150 Mio. Euro anwachsen, werden aber  
233 weiter nicht ausreichen, die anfallenden Investitionskosten der Krankenhäuser zu decken. Die  
234 niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) fordert eine dauerhafte Anhebung des jährlichen  
235 Investitionsprogrammes des Landes für Baumaßnahmen von 120 Millionen Euro auf mindestens 250  
236 Millionen Euro ab dem Jahr 2022. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Niedersachsen fordert eine  
237 Erhöhung des Investitionsvolumens des Landes auf 550 Mio. Euro jährlich bei der Krankenhausinfrastruktur.  
238 DIE LINKE. Niedersachsen unterstützt diese Forderung als ersten Schritt hin zu einem Abbau des  
239 Investitionsstaus in den Kliniken. Denn die Gesundheitsversorgung muss sich an den Pflegebedarfen und an  
240 guter Qualität orientieren. Hierfür müssen alle erforderlichen Investitionskosten durch das Land  
241 Niedersachsen finanziert und ein Sonderprogramm zur Behebung des Investitionsstaus aufgelegt werden.  
242 Darüber hinaus brauchen wir gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in den Krankenhäusern: mehr  
243 Personal und eine gesetzliche Personalbemessung, die eine gute Versorgung sicherstellt.

244

245 Die Anzahl der Krankenhäuser, die eine Geburtshilfe vorhalten hat sich in den letzten Jahren reduziert, die  
246 Geburten sind jedoch in Niedersachsen angestiegen. 2022 sind noch 64 geburtshilfliche Abteilung  
247 übriggeblieben. 2015 waren es noch 84. Die fehlende wortortnahe Versorgung, überfüllte Kreisßsäle  
248 können zu schweren gesundheitlichen Risiken für Gebärende führen. Forderung: Geburtshilfe ist ein  
249 Frauenrecht und ist im Krankenhausgesetz, ebenso wie die Grundversorgung aufzunehmen.

250

251 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 252 ➤ einen Krankenhausplan, der sich an Bedarf und Wohnortnähe orientiert
- 253 ➤ den Erhalt kommunaler Krankenhäuser und die Rückführung bereits privatisierter Kliniken in die  
254 öffentliche Hand
- 255 ➤ eine Erhöhung des Investitionsvolumens des Landes auf 550 Mio. Euro jährlich bei der  
256 Krankenhausinfrastruktur
- 257 ➤ die Einrichtung eines landeseigenen Strukturfonds mit 1 Mrd. Euro aus Landesmitteln
- 258 ➤ den Abbau des Investitionsstaus in den Krankenhäusern, Psychiatrien und Unikliniken
- 259 ➤ die Einführung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst für alle in einem Krankenhaus  
260 Beschäftigten
- 261 ➤ ausreichende Kapazitäten für Notfälle wie Epidemien, Seuchen, Großunfälle oder Naturkatastrophen

- 262 ➤ eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des nicht auf angemessene Versorgung ausgerichteten  
263 Systems der Fallpauschalen (DRGs)
- 264 ➤ verbindliche gesetzliche Regelungen für bedarfsorientierte Personalschlüssel in Krankenhäusern
- 265 ➤ die Wiedereingliederung/Rückkehr von ausgelagerten Diensten (Reinigung, Küche, Labor) in die  
266 öffentlichen Kliniken
- 267 ➤ eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Zwei – Klassen – Versicherung: Eine Gesundheits- und  
268 Pflegeversicherung für alle!
- 269 ➤ ein Landesprogramm „Medizinische Versorgung im ländlichen Raum“, um eine flächendeckende und  
270 wohnortnahe Gesundheitsversorgung sicherzustellen
- 271 ➤ ein ausreichendes Angebot an Medizinstudienplätzen.

272

### 273 **Pflege ist wertvoll und braucht mehr als nur Applaus vom Balkon!**

274 Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und daher ein wichtiger Bestandteil öffentlicher  
275 Daseinsvorsorge. Deshalb dürfen Pflegeheime keine Anlageobjekte sein, die Rendite zu liefern haben – sie  
276 gehören in öffentliche Hand. Wir wollen eine Politik, die gerecht und solidarisch ist sowie eine  
277 menschenwürdige und bedarfsgerechte Pflege gewährleistet. Das bisherige Teilkasko-Prinzip in der  
278 Pflegeversicherung ermöglicht jedoch überwiegend körperbezogene Versorgung im Akkord. Ein besonders  
279 trauriges Ergebnis profitorientierter Gesundheitspolitik sind die seit langem bekannten und andauernden  
280 „Missstände in der Altenpflege“. Die Wehrlosigkeit vieler Menschen mit Pflegebedarf und die weitverbreitete  
281 Mittellosigkeit, gerade im Alter, sorgen regelmäßig für unhaltbare Zustände und machen Schlagzeilen. Und  
282 so arbeiten in Niedersachsen wie auch bundesweit viele Pflegende täglich bis an ihre Belastungsgrenze, um  
283 einen Kollaps im Gesundheitswesen zu verhindern. Sie werden durch einen Personalmangel dazu  
284 gezwungen, über ihre gesundheitlichen Grenzen zu gehen. Und die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung  
285 nochmal verschärft. Aber außer Applaus vom Balkon und leeren Versprechungen ist bei den Pflegenden in  
286 den letzten Jahren nicht viel angekommen. Das muss sich grundlegend ändern, damit nicht noch mehr  
287 Pflegekräfte den Job an den Nagel hängen und damit wieder mehr Menschen für eine Pflegeausbildung  
288 gewonnen werden können.

289

### 290 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 291 ➤ eine Aufwertung der Pflegeberufe durch gute tarifliche Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen
- 292 ➤ die Einstellung und Ausbildung von mehr Pflegekräften
- 293 ➤ für eine menschenwürdige Altenpflege, die sich am konkreten Bedarf der Menschen ausrichtet
- 294 ➤ für verbindliche gesetzliche Regelungen für bedarfsorientierte Personalschlüssel in der Pflege
- 295 ➤ für ein Ende der „Minutenpflege“ durch eine bessere Fachkraftquote in den ambulanten  
296 Pflegediensten
- 297 ➤ Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf

- 298 ➤ mehr Mitsprache von Betroffenen hinsichtlich ihrer Unterkunft und Verpflegung  
299 ➤ eine Bundesratsinitiative aus Niedersachsen zur Einführung einer solidarischen Gesundheits- und  
300 Pflegeversicherung die sichergestellt, dass alle in Deutschland lebenden Menschen, auch  
301 Politiker:innen, Selbstständige sowie Beamt:innen, Mitglied sind mit Beiträgen je nach ihrem  
302 individuellen Einkommen; zur Berechnung werden alle Einkommensarten herangezogen, inklusive  
303 Kapitalerträgen und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung.

304

### 305 **Gut versorgt und aufgehoben bis zum Lebensende**

306 Viele Menschen treibt die Sorge um, dass sie im Alter oder bei einer schweren Krankheit mit Leid und Schmerz  
307 allein gelassen werden oder ihren Angehörigen zur Last fallen. Die Politik muss den Menschen diese Ängste  
308 nehmen und dafür sorgen, dass Menschen mit Pflegebedarf und pflegende Familienangehörige endlich  
309 genau diejenigen Hilfsangebote bekommen, die sie benötigen. So können etwa eine gute pflegerische  
310 Versorgung oder die Palliativmedizin dazu beitragen, dass vielen auch diese letzte Zeit noch lebenswert  
311 gemacht wird. In Niedersachsen hat sich in den vergangenen Jahren eine immer bessere Versorgung mit  
312 Hospizen, Palliativstationen und ambulanter Palliativversorgung entwickelt, bei der die Lebenszufriedenheit  
313 der Patientinnen und Patienten sowie die Leidminderung im Mittelpunkt stehen. Solche Angebote wollen wir  
314 weiter fördern und ausbauen. Damit Betroffene und ihre Angehörigen die vorhandenen Angebote  
315 kennenlernen und nutzen können, wollen wir besser über die vorhandenen Möglichkeiten informieren.

316

### 317 **Demokratie und Transparenz im niedersächsischen Gesundheitswesen**

318 Für Niedersachsen wollen wir eine Gesundheitspolitik, die politische Verantwortung und demokratische  
319 Mitbestimmung der Bevölkerung verbindet. Wir wollen dafür sorgen, dass krank machende Lebens- und  
320 Umweltbedingungen beseitigt werden. Eine umfassende Gesundheitsberichterstattung soll helfen, regionale  
321 und geschlechtsspezifische Gesundheitsziele in einem Landesgesundheitsplan zu entwickeln und  
322 umzusetzen. Die Gesundheitspolitik und die Planung des Landes mit den Kommunen soll dafür sorgen, dass  
323 die Menschen wohnortnah erhalten, was sie brauchen.

324

### 325 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 326 ➤ Organisation der Gesundheitsversorgung in öffentlicher oder gemeinwohlorientierter Hand  
327 ➤ Aufstellung eines Landesgesundheitsplans mit konkret überprüfbaren Zielen  
328 ➤ Bereitstellung umfassender und barrierefreier Gesundheitsversorgung für alle Menschen  
329 ➤ kostenfreie Präventions- und Rehabilitationsangebote für alle Versicherten  
330 ➤ Einsetzung von Anti-Korruptionsbeauftragten im Gesundheitswesen.

331

## 332 **Die Bevölkerung in allen Regionen gut versorgen**

333 Wer auf dem Land lebt, kann die Unterversorgung sehen: Es gibt immer weniger Arztpraxen und Apotheken.  
334 Eine medizinische Grundversorgung nah am Wohnort ist vielerorts nicht mehr vorhanden. Das wollen wir  
335 ändern. Wir wollen kommunale Versorgungszentren oder Polikliniken ermöglichen. Ergänzt werden können  
336 sie beispielsweise durch das Doc-Mobil, bei dem das medizinische Personal in Kleinbussen unterwegs ist,  
337 oder speziell geschulte Gesundheitsfachkräfte („Gemeindeschwestern“), die Hausbesuche machen, durch  
338 Übernahme nichtärztlicher Tätigkeiten Arztpraxen entlasten. Apotheken können niedrigschwellige Angebote  
339 der Gesundheitsberatung und Prävention übernehmen.

340  
341 Im ländlichen Raum muss der Rettungsdienst oftmals die Defizite der stationären Patientenversorgung  
342 kompensieren. Jedoch unterliegt die Finanzierung des Rettungsdienstes der Wirtschaftlichkeit und wird  
343 durch die Krankenkassen stark eingeschränkt. Dies bremst erheblich die Nachwuchsgewinnung und  
344 verschärft den Fachkräftemangel. Hier ist ein Umdenken nötig. Deshalb fordern wir ein unabhängige  
345 Fachkommission zur Festsetzung des Finanzbedarfs im Rettungsdienst.

346

### 347 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 348 ➤ Einrichtung kommunaler Versorgungszentren bzw. Polikliniken
- 349 ➤ Einführung mobiler Arztpraxen
- 350 ➤ Förderprogramm für Hausarztpraxen im ländlichen Raum
- 351 ➤ Einsatz von speziell geschulten Fachkräften („Gemeindeschwestern“)
- 352 ➤ Einführung von barrierefreien Shuttle-Services zu Arztpraxen und Apotheken.

353

## 354 **Selbstorganisation und Rechte von Patientinnen und Patienten stärken**

355 Neben dem Ausbau des klassischen öffentlichen Gesundheitsdienstes setzen wir uns für die Stärkung der  
356 Selbstorganisation chronisch erkrankter Menschen und die Unterstützung ihrer Organisationen ein. Die  
357 Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten von Betroffenen müssen weiter gestärkt werden. Wir wenden uns  
358 gegen die noch immer vorhandene Ausgrenzung von Erkrankten (wie z. B. im Bereich HIV/AIDS) und wollen  
359 eine Landespolitik, die Vorurteile abbaut und nicht schürt.

360

### 361 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

362

- 363 ➤ unabhängige gemeinnützige Organisationen wie die Krebs- und AIDS-Hilfen besser gefördert werden
- 364 ➤ unabhängige Beratungsstellen für Frauen, Migrant:innen und LGBTTI besser gefördert werden
- 365 ➤ der/die Landespatientenbeauftragte/r demokratisch gestärkt und finanziell besser ausgestattet wird.

366

## 367 **Psychische Erkrankungen besser behandeln**

368 Bei immer mehr Erkrankungen handelt es sich um psychische oder psychosomatische Krankheiten, bedingt  
369 oder mitbedingt durch Stress, Mobbing, Arbeitsverdichtung und Erwerbslosigkeit. Gerade während des  
370 Lockdowns hat die Coronasituation ebenfalls zu psychischen Belastungen geführt. In Niedersachsen fehlen  
371 jedoch vielerorts psychologische und psychotherapeutische Hilfsangebote. Ein gutes ambulantes Angebot  
372 von gemeindepsychiatrischen Einrichtungen wie zum Beispiel Tagesstätten und Kontaktstellen, möglichst in  
373 öffentlicher Trägerschaft, hilft Rückfälle und Krankenhausaufenthalte zu vermeiden und stabilisiert die  
374 Erkrankten. Eine verbindliche und gute Personalausstattung ist im psychiatrischen Bereich besonders wichtig.  
375 Psychiatrie am Fließband hingegen vernachlässigt den therapeutischen Ansatz und kann die persönliche Lage  
376 der zu behandelnden Menschen oft nicht angemessen berücksichtigen.

377

### 378 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 379 ➤ eine stärker verzahnte psychiatrische und psychotherapeutische Versorgungsstruktur ausgebaut  
380 wird
- 381 ➤ ein unabhängiges psychosoziales Beratungssystem auf kommunaler Ebene eingeführt wird.

382

## 383 **Gutes Leben und Gesundheit für Kinder und Jugendliche**

384 Kinder und Jugendliche aus Familien mit wenig Einkommen haben erhöhte Gesundheitsrisiken. Sie leben oft  
385 in Stadtteilen mit höherer Lärmbelastung und stärkerer Umweltverschmutzung. Die Folgen sind  
386 beispielsweise Häufungen von Atemwegserkrankungen, Allergien, frühkindliche Entwicklungsstörungen oder  
387 psychosomatische Erkrankungen. Kinder mit chronischen Erkrankungen wie Diabetes, Asthma oder Krebs  
388 benötigen besondere Unterstützung, um ihr Recht auf Bildung, Freizeit und Kultur wahrzunehmen. Deshalb  
389 ist die Förderung von Kinder- und Jugendgesundheit eine öffentliche Aufgabe. Wir wollen ihre Familien mit  
390 Schul- und Kita-Gesundheitsdiensten besser entlasten.

391

### 392 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 393 ➤ eine Einführung breitenwirksamer Programme für Bewegung und gesunde Ernährung
- 394 ➤ die Finanzierung von gesundem Essen in Kindertagesstätten und Schulen durch das Land, wobei in  
395 den öffentlichen Einrichtungen täglich mindestens ein vegetarisches oder veganes Menü angeboten  
396 wird
- 397 ➤ den Ausbau niedrigschwelliger Programme zur Suchtprävention
- 398 ➤ flächendeckende Therapieangebote für Suchtmittel konsumierende Kinder und Jugendliche.

399

400 DIE LINKE steht für eine Gesundheitspolitik auf der Höhe der medizinischen Wissenschaft, die den Menschen  
401 als soziales Wesen und im Verhältnis der gesellschaftlichen Reproduktion begreift. Wir setzen uns daher für  
402 medizinische Versorgung und soziale Verhältnisse ein, die sich nicht am privaten Profit, sondern am Bedarf

403 der Menschen nach einem gesunden und guten Leben orientieren. Denn Gesundheit ist das höchste  
404 persönliche Gut.

405

406 Unsere Vision ist Gesundheit als Menschenrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb gehört  
407 das Gesundheitswesen in die öffentliche Hand. Wettbewerb und Konkurrenz haben hier nichts zu suchen,  
408 denn Renditeziele dürfen nicht über die Versorgung der Patientinnen und Patienten entscheiden. Statt  
409 Wettbewerb und Profitlogik im Gesundheitssystem wollen wir eine bedarfsorientierte Finanzierung, die allen  
410 Menschen einen Zugang zu guter medizinischer Versorgung auf dem neusten Stand ermöglicht. Das bedeutet  
411 bessere Vorsorge sowie bestmögliche Versorgung im Krankheits- oder Pflegefall. Die Leistungen des  
412 Gesundheitswesens sollen uneingeschränkt der bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung aller im Land  
413 lebenden Menschen dienen. Sie müssen flächendeckend, wohnortnah, zeitnah und unabhängig von der  
414 sozialen Situation zur Verfügung stehen. Deshalb wollen wir uns als Stimme der Pflegerebellion im Landtag  
415 für einen Kurswechsel in der Gesundheits- und Pflegepolitik einsetzen!

416

## 417 **Bildung und Jugendpolitik – gerecht, für alle & ein Leben lang**

418

419 Bildung ist für DIE LINKE eine wichtige Grundvoraussetzung für die Verwirklichung eines selbstbestimmten  
420 Lebens sowie für eine lebendige, offene und demokratisch organisierte Gemeinschaft. Bildung öffnet nicht  
421 nur Türen für das Berufsleben, vor allem ist sie die Voraussetzung für die persönliche Entwicklung. Durch sie  
422 können wir die Freude am Lernen wecken, die Welt entdecken, um von ihr zu lernen und die Leidenschaft  
423 finden, uns aktiv in die Gestaltung unserer Zukunft einzubringen. Bildung ist für uns ein Recht. Das bedeutet,  
424 dass allen Kindern und Erwachsenen unabhängig von ihrer örtlichen und sozialen Herkunft der Zugang zu  
425 Bildung gleichermaßen frei und möglichst wohnortnah ermöglicht wird. Jede und jeder muss auf Basis der  
426 eigenen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten am Bildungsprozess teilnehmen können. Genau deswegen  
427 wollen wir demokratisch organisierte Bildungsinstitutionen, für das Allgemeinwohl, in öffentlicher Hand.

428 Aus genau diesem Grund erteilen wir den Bildungsplänen der bisherigen SPD/CDU Landesregierung eine  
429 Absage. Statt der derzeit wachsenden Unterfinanzierung von Schulen wollen wir sanierte Gebäude mit Platz  
430 und ausreichend Personal. Statt fallender Reallöhne wollen wir pädagogische Berufe bis in die Kita  
431 wertschätzen, unbefristet und angemessen entlohnt. Statt in einer Corona-Pandemie nur auf offene Fenster  
432 zu setzen, wollen wir Luftfilter in allen Klassenräumen. Wir wollen nicht nur über Jugendliche reden, sondern  
433 sie über ihre Entwicklung mitbestimmen lassen. Dem veralteten Bildungsverständnis, wonach man Kindern  
434 einen Trichter auf den Kopf setzt, um ihn mit Wissen zu füllen, nur um Kinder fit für den Arbeitsmarkt zu  
435 machen, setzen wir ein humanistisches Bildungsideal entgegen. Bildung, die Neugier weckt, Spaß macht und  
436 den Mut bringt, die persönliche Entwicklung in die eigenen Hände zu nehmen.

437

## 438 **KiTa & Krippen – auf den Anfang kommt es an**

439 DIE LINKE will bereits den Jüngsten in unserer Gesellschaft die bestmögliche Bildung garantieren. Gerade die  
440 frühkindliche Bildung spielt in der Entwicklung von Kindern eine wichtige Rolle. Dabei wollen wir Kita als Ort  
441 der frühkindlichen Bildung von den Bedürfnissen der Kinder aus denken und Bildung verstehen als  
442 Persönlichkeitsbildung. Kinder sollen die Gelegenheit haben, sich selbst, andere Menschen und ihre Umwelt  
443 kennenzulernen und sich auszuprobieren. In der Kita können sie Vielfalt als Normalität erfahren. Inklusion  
444 soll daher kein Sonderthema, sondern eine Querschnittsaufgabe sein.

445 Dafür braucht es genügend wohnortnahe Kindertagesstätten mit einer inklusiven Raumausstattung und  
446 einem guten Personalschlüssel. Die Erzieher:innen müssen angemessen bezahlt werden und ausreichend Zeit  
447 zur Verfügung haben, um jedem Kind mit seinen unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden zu können.  
448 Die Eltern sollen guten Gewissens und ohne Druck aus der Gesellschaft oder vom Arbeitgeber entscheiden  
449 können, wann und für wie viele Stunden am Tag sie ihr Kind eine Kita geben. Hier zählt alleine das  
450 Wohlbefinden der Kinder. Für DIE LINKE Niedersachsen ist klar: Kitas und Krippen gehören flächendeckend  
451 ausgebaut, qualitativ ausfinanziert und mit Personal ausgestattet sowie gebührenfrei bereitgestellt.

452

### 453 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 454 ➤ beitragsfreie Krippen und Kindergärten mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten
- 455 ➤ gebührenfreie, qualitative und warme Mittagsverpflegung an allen Kitas, möglichst aus regionaler  
456 Herkunft
- 457 ➤ eine Modernisierung der Kita-Ausstattung und eine Sanierung der vorhandenen Bausubstanz, um allen  
458 Kindern unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Startchancen zu ermöglichen
- 459 ➤ ein Landesprogramm zum Ausbau von Krippenplätzen mit Ganztagsangeboten und eine konsequente  
460 Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Platz in Krippe und KiTa
- 461 ➤ einen besseren Betreuungsschlüssel an Krippen, Kindergärten und Horten: maximal vier Kinder im Alter  
462 bis drei Jahre und maximal acht Kinder im Alter bis sechs Jahre pro Erzieher:in
- 463 ➤ die Ausbildung zu Erzieher:innen soll als Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) gestaltet werden, bei der sich  
464 Schulunterricht und Praxiseinheiten abwechseln und eine Ausbildungsvergütung bezahlt wird wie in der  
465 dualen Ausbildung. Die Auszubildenden werden nicht auf den Fachkräfteschlüssel angerechnet. Für die  
466 Praxisanleitung werden ausreichend Wochenstunden zur Verfügung gestellt (mind. 5 Wochenstunden  
467 pro Auszubildende)
- 468 ➤ den Ausbau und Umbau von Kitas zu inklusiven Regelkitas mit entsprechender Raumausstattung und -  
469 gestaltung sowie Personalausstattung, so dass alle Kinder mit ihren individuellen Bedürfnissen und  
470 Anforderungen einen Platz in einer Regelkita und damit in der Gesellschaft finden; Inklusion wird als  
471 Querschnittsthema in Ausbildung und Fortbildung verstanden

- 472 ➤ eine bessere Ausbildung für Tageseltern mit der Perspektive in den Erzieher:innenberuf zu wechseln. Die  
473 Bezahlung muss mindestens dem gesetzlichen Mindestlohn entsprechen
- 474 ➤ ein Quereinstiegsprogramm mit Praxis- und Theorieanteilen, welches die Qualität der pädagogischen  
475 Arbeit langfristig sichert, dem Fachkräftemangel entgegenwirkt und den Quereinsteiger:innen gute  
476 Arbeits- und Lernbedingungen zusichert
- 477 ➤ ein flächendeckendes medienpädagogisches Weiterbildungsprogramm für Fachkräfte und Eltern, damit  
478 unsere Kinder früh lernen können mit neuen Medien umzugehen; die Digitalisierung von Kitas muss  
479 medienpädagogisch begleitet und ausgewertet werden
- 480 ➤ ausreichende Möglichkeiten für Erzieher\*innen, sich für Weiterbildungsveranstaltungen freustellen oder  
481 diese anrechnen zu lassen; eine vorurteilsbewusste und diskriminierungsfreie Pädagogik kann nur  
482 gelingen, wenn den Fachkräften in Ausbildung und Beruf die Gelegenheit zur Qualifikation gegeben wird.

483

#### 484 **Schule – gemeinsam und demokratisch lernen**

485 DIE LINKE steht für das gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler. Unser zentrales Ziel ist  
486 Bildungsgerechtigkeit. Das gegliederte Schulsystem nach unterschiedlichen Schulformen wollen wir in  
487 diesem Sinne weiterentwickeln: Unser Leitbild ist die Integrierte Gesamtschule, sie akzeptiert alle Kinder und  
488 Jugendlichen wie sie sind. An ihr sind alle Abschlüsse erreichbar und der Bildungserfolg ist nicht vom  
489 Geldbeutel der Eltern abhängig. Wir wollen eine demokratisch organisierte Schule mit umfassenden  
490 Mitspracherechten der Schülerinnen und Schüler und der Beschäftigten. Durch Ganztagsangebote wollen wir  
491 das enge Unterrichtskorsett entzerren, der Stress soll aus dem Schulalltag verschwinden, für Beschäftigte wie  
492 Schüler:innen. Hausaufgaben werden überflüssig, weil die schulische Bildung in der Schule bleiben soll und  
493 Freizeit für Sport, Kultur und Freund:innen Vorrang hat. Dafür wollen wir die Schulbildung aus dem von der  
494 Landesregierung verordneten Winterschlaf erwecken. Der Mangel an Lehrkräften, Sozialarbeiter:innen,  
495 Therapeut:innen, technischem Personal muss beendet werden. Das Sparen an der Bildung muss ein Ende  
496 haben!

497

#### 498 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 499 ➤ eine Einstellungsoffensive für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter:innen, Therapeut:innen, technisches  
500 Personal – in einem ersten Schritt muss der tatsächliche Bedarf an Personal eingestellt werden. Das  
501 bedeutet landesweit mindestens 7.500 Lehrer:innen. Durch weitergehende Einstellungen wollen wir  
502 die Klassen deutlich verkleinern.
- 503 ➤ eine deutliche Anhebung der Ausbildungskapazitäten für Lehrer:innen.
- 504 ➤ ein Quereinstiegsprogramm, welches langfristig eine hohe Qualität des Unterrichts sichert, dem  
505 Fachkräftemangel entgegenwirkt und den Unterrichtsausfall verringert; die Quereinsteiger:innen  
506 brauchen gute Arbeits- und Lernbedingungen – dazu gehört auch ein gutes Einkommen während der  
507 Ausbildung bzw. Umschulung



- 508 ➤ die Umstrukturierung der Lehramtsausbildung: die zweiphasige wird durch die einphasige  
509 Ausbildung ersetzt. Die berufspraktischen Anteile wollen wir in die hochschulische Ausbildung  
510 integrieren. Zudem wollen wir Lehrer:innen nicht mehr nur für bestimmte Schulformen ausbilden.  
511 Lehrer:innen müssen alle Schüler:innen eines bestimmten Altersspektrums unterrichten können
- 512 ➤ eine Anhebung der Bezahlung der Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Realschulen auf A13/E13
- 513 ➤ das Angebot einer Vollzeitstelle für alle Beschäftigten an Schulen. Teilzeitverträge kommen nur  
514 zustande, wenn die/der Beschäftigte es wünscht
- 515 ➤ Entlastung aller Lehrkräfte durch eine neue Arbeitszeitverordnung. Sie muss Zeit vorsehen, für das  
516 Arbeiten in multiprofessionellen Teams und für Weiterbildungsmöglichkeiten
- 517 ➤ ausreichend ausfinanzierte Ganztagsgrundschulen. Das Recht auf einen Ganztagsgrundschulplatz ab  
518 2026 darf nicht zu einem Billigmodell werden
- 519 ➤ gebührenfreie, kindgerechte, gesunde Mittagsverpflegung aus regional angebauten Lebensmitteln  
520 an allen Schulen
- 521 ➤ kostenlose Lern- und Lehrmittel für Schüler:innen und Beschäftigte
- 522 ➤ eine Anhebung des Schulbudgets zur auskömmlichen Finanzierung von Klassenfahrten und  
523 Fortbildungen
- 524 ➤ Perspektivisch die Integrierte Gesamtschule als alleinige Schulform. Bis dahin wird es auch im  
525 gegliederten Schulsystem keine Abschulungen und kein Sitzenbleiben geben
- 526 ➤ Konsequente Umsetzung der UN-Behindertenkonvention: Bis zur Einführung der IGS als alleinige  
527 Schulform müssen sich alle Schulformen in gleichem Umfang an der Inklusion beteiligen
- 528 ➤ Schulen in herausfordernden Umgebungen müssen eine bessere Ausstattung und kleinere Klassen  
529 bekommen. Dafür wollen wir einen Sozialindex einführen, aus dem sich Ressourcen für die Schulen  
530 nach unterschiedlichen Bedarfen ableitet. „Ungleiches muss ungleich“ behandelt werden, um der  
531 gegebenen strukturellen Benachteiligung entgegenzuwirken
- 532 ➤ Gebührenfreie Schüler:innenbeförderung – auch für die SEK II
- 533 ➤ demokratisch und direkt gewählte Schüler:innen-Räte und Schüler:innen-Vertretungen an jeder  
534 Schule, auch an den Grundschulen und die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten an Schulen
- 535 ➤ eine Digitalisierung an Schulen, die nach pädagogischen Maßstäben ausgerichtet ist. Die rein  
536 technische Ausstattung macht noch lange keine Digitalisierung. Es benötigt dafür ausreichend  
537 technisches Personal. Für die Umsetzung und Etablierung medienpädagogischer Konzepte braucht  
538 es Zeit für die Beschäftigten. Das kann nicht einfach nebenbei und oben drauf gestemmt werden
- 539 ➤ die Förderung von herkunftssprachlichem Unterricht für alle Kinder und Jugendlichen. Für viele  
540 Schüler:innen ist deutsch eine Fremdsprache, die sie lernen müssen. Herkunftssprachlicher  
541 Unterricht ist ein Schlüssel dafür, um über das fundierte Erlernen der ersten Sprache einen viel  
542 besseren Zugang zu weiteren Sprachen zu bekommen. Herkunftssprachlicher Unterricht führt  
543 dadurch nicht zu kultureller Abwertung der eigenen Sprache

- 544 ➤ Viel stärkere Orientierung der Stundentafeln und Lerninhalte an lebenspraktischem Unterricht.  
545 Inhalte und Fächer müssen unabhängig von unternehmerischem Einfluss bleiben. Inhalte und  
546 Lernformen müssen sich an den Zielen Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit orientieren  
547 ➤ Verbot von Sponsoring durch Unternehmen  
548 ➤ Banken raus aus den Schulen! Keine Zusammenarbeit mit Banken im Wirtschaftsunterricht!  
549 ➤ Kein Werben für das Sterben – Bundeswehr raus aus den Schulen!

550

### 551 **Ausbildung – alle brauchen einen Platz**

552 DIE LINKE will allen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen – kostenfrei, den persönlichen Neigungen  
553 entsprechend und qualitativ hochwertig. Die berufliche Bildung soll dabei nicht schlechter dastehen als ein  
554 Bachelorstudium. Durch die Verankerung von Qualitätskontrollen und bessere Freistellungsmöglichkeiten für  
555 betriebliche Ausbilder:innen wird die Ausbildungsqualität für Lehrende und Lernende verbessert. Neben der  
556 mangelnden Anzahl an Ausbildungsplätzen stimmt oft auch die Qualität nicht: Ein Viertel der Azubis ist mit  
557 der Ausbildung unzufrieden, bei den Berufsbildenden Schulen ist es sogar fast jede:r zweite. Die psychische  
558 Belastung, bedingt durch zu hohe Anforderungen und schlechte Ausbildungsbedingungen, nimmt bereits in  
559 der Ausbildung zu. Alle Jugendlichen haben aber ein Anrecht auf einen guten Anschluss nach dem  
560 Schulabschluss, am besten an der Hochschule oder in der Dualen bzw. vollzeitschulischen Ausbildung; bei  
561 Bedarf gibt es zusätzliche Qualifikationsangebote, die zu einer Ausbildung führen.

562

### 563 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 564 ➤ Wer nicht ausbildet, soll zahlen: Es muss eine Umlagefinanzierung eingeführt werden, bei der Betriebe,  
565 die nicht ausbilden, eine Abgabe zahlen, die ausbildungswilligen Kleinunternehmen zugutekommt.  
566 ➤ Wer keinen Ausbildungsplatz bekommen hat, erhält ein Angebot für eine vollzeitschulische oder  
567 außerbetriebliche Ausbildung an qualifizierten Ausbildungsstätten und die Möglichkeit auf Förderung  
568 durch das Schüler-Bafög. Ziel der Ausbildung ist zudem, im zweiten Jahr möglichst in die betriebliche  
569 Ausbildung zu wechseln.  
570 ➤ eine optimale schulische und betriebliche Ausbildung. Dazu sollen zum einen die Stellen in den  
571 Berufsschulen ausgebaut werden, so dass Azubis mindestens zwei Mal in der Woche für sechs Stunden  
572 unterrichtet werden können. Gleichzeitig müssen die Kapazitäten der betrieblichen Ausbilder:innen  
573 gestärkt werden  
574 ➤ einen Mindestlohn für Azubis sowie eine Aufwandsentschädigung für Praktikant:innen  
575 ➤ den Ausbau der Volkshochschulangebote mit kostenfreien Kursen für Menschen mit geringem  
576 Einkommen, insbesondere im Bereich der beruflichen Fortbildung  
577 ➤ die finanzielle Stärkung öffentlicher Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, Bibliotheken,  
578 Musikschulen und anderer Kultureinrichtungen

- 579 ➤ Bessere Arbeitsbedingungen an Volkshoch- und Musikschulen: Feste Arbeitsverträge statt  
580 „Honorarverträge“
- 581 ➤ Weiterbildungsangebote und Kultureinrichtungen mit Sozialtarifen bis hin zum kostenfreien Eintritt, für  
582 alle zugänglich
- 583 ➤ Günstiges Azubi-Ticket für den gesamten Nahverkehr in Niedersachsen.

584

585 **Hochschulen – ausfinanziert, demokratisch und mit guten Arbeitsbedingungen**

586 DIE LINKE. Niedersachsen steht für demokratische und soziale Hochschulen, die in der Wissenschaft und  
587 Bildung dem Allgemeinwohl dienen. Demokratische Teilhabe aller Statusgruppen, Transparenz, die  
588 Überwindung von Diskriminierung jeglicher Art, die Sicherung der Durchlässigkeit im Bildungssystem, Lehre  
589 und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung, eine hohe Qualität von Studium und Lehre, welche zur  
590 Mündigkeit anregen, sowie gute Studien- und Arbeitsbedingungen sind die entscheidenden Ziele, an denen  
591 wir die Hochschulpolitik messen.

592 Hochschulen befinden sich seit Jahren in weitreichenden, betriebswirtschaftlich geprägten  
593 Veränderungsprozessen. Das so genannte Prinzip der unternehmerischen Hochschule soll Studierende zu  
594 Kunden machen, Lehre zu einer am Arbeitsmarkt ausgerichteten Dienstleistung und Hochschulen zu  
595 undemokratischen Unternehmen. Durch eine massive Unterfinanzierung sollen Hochschulen wie  
596 Unternehmen um Gelder konkurrieren, welche oft von privaten Geldgebern kommen. Die Folgen sind  
597 Befristung, prekäre Arbeits- und Studienbedingungen sowie die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit  
598 durch Orientierung auf Profitinteressen. Nur mit ausfinanzierten Hochschulen lässt sich gute Arbeit in der  
599 Wissenschaft erreichen!

600

601 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 602 ➤ einen massiven Ausbau der Grundfinanzierung, der einhergeht mit einem Entfristungsprogramm für  
603 die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen: „Dauerstellen für Daueraufgaben“
- 604 ➤ verbindliche Mindeststandards für gute Arbeit an Hochschulen: Schluss mit den Kurzzeitverträgen;  
605 Schluss mit den Kettenbefristungen
- 606 ➤ die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, z.B. durch eine Reduzierung der Arbeitsbelastung: gute  
607 Wissenschaft braucht ausreichend Personal
- 608 ➤ einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud). Bei einem Scheitern der bundesweiten  
609 Tarifverhandlungen setzt sich die LINKE für die Aushandlung eines niedersächsischen Tarifvertrags  
610 ein
- 611 ➤ eine Demokratisierung der Hochschulen durch Viertelparität in den Gremien sowie in dem  
612 akademischen Senat mindestens dort, wo es verfassungsrechtlich unbedenklich ist: Hochschulräte  
613 sind für die Beratung da, nicht für die Entscheidungsfindung

- 614 ➤ die Rechte der Personalräte an den Hochschulen dürfen nicht hinter denen in den anderen Bereichen
- 615 der Hochschulverwaltung zurückstehen
- 616 ➤ eine Modernisierung der Infrastruktur und die Finanzierung von längst überfälligen Maßnahmen im
- 617 Hochschulbau
- 618 ➤ ein Ende der Exzellenzinitiative: Flächendeckende, bedarfsgerechte und nicht
- 619 wettbewerbsorientierte Ausfinanzierung für alle Studentenwerke und für alle Hochschulen statt
- 620 einzelner elitärer Leuchtturmprojekte
- 621 ➤ den bedarfsgerechten Ausbau der Studienplätze an allen niedersächsischen Hochschulen und einen
- 622 offenen Hochschulzugang
- 623 ➤ keine weiteren Stiftungshochschulen; stattdessen muss es ein Rückkehrprogramm für die
- 624 bestehenden Stiftungen geben
- 625 ➤ freier Zugang und kostenlose Bereitstellung aller Veröffentlichungen, die mit öffentlichen Mitteln
- 626 finanziert werden (Open Access)
- 627 ➤ die Offenlegung aller Drittmittelgeber im Sinne einer vollständigen Transparenzklausel
- 628 ➤ einen Stopp der Rüstungsforschung, gesetzlich verankerte Zivilklauseln und den Ausbau von
- 629 Friedensforschung
- 630 ➤ Bundeswehr raus aus den Hochschulen und Universitäten.

631

### 632 **Studium – Bildung mündiger Menschen ohne soziale Hürden**

633 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass ein Studium frei von wirtschaftlichen Zwängen und finanziellen Nöten  
634 absolviert werden kann. Die Studierenden werden nicht als zu formende Humanressourcen behandelt,  
635 sondern als vollwertige Mitglieder der Hochschule. Der Einfluss von Wirtschaft und Lobbygruppen auf die  
636 Lehre ist zurückzudrängen. Das Studium muss so gestaltet sein, dass Lehrende und Lernende ausreichend  
637 Zeit für Diskussion und Erkenntnisprozesse haben. Die soziale Herkunft sollte kein Kriterium für den  
638 individuellen Bildungserfolg sein. Die LINKE setzt sich dafür ein, die BAföG-Förderquote von derzeit 11%  
639 deutlich zu steigern.

640 Die Bedingungen, unter denen das Studium derzeit stattfindet, sind katastrophal. Leistungsdruck,  
641 Notenwahn, Regelstudienzeit, Konkurrenz zwischen Studierenden und die Langzeitstudiengebühren sind  
642 unzumutbar. Dies alles führt zu miserablen Lehr- und Lernbedingungen, in denen Studierende durch  
643 Lernstress und finanzielle Sorgen krank werden. Für DIE LINKE muss das Studium hingegen Zeit und Raum  
644 bieten, in denen man seiner Motivation, Neugier und Freude am Lernen ohne Zwang und Konkurrenz  
645 nachgehen kann. Hochschulen sind Orte, in denen die Erfahrungen der Menschheit aus einem reichhaltigen  
646 kulturellen und wissenschaftlichen Erbe geschöpft werden können: Orte, um sich diese Welt gemeinsam  
647 wissenschaftlich anzueignen, Wissen zu mehren und seine Persönlichkeit weiterzuentwickeln im Sinne einer  
648 friedlichen und sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft.

649

650 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 651 ➤ die Abschaffung aller Gebühren – einschließlich des Verwaltungskostenbeitrags und der
- 652 Langzeitstudiengebühren – sowie eine bedarfsdeckende, elternunabhängige und staatliche
- 653 Ausbildungsfinanzierung
- 654 ➤ eine Bundesratsinitiative für ein bedarfsgerechtes und elternunabhängiges Bafög als ersten Schritt
- 655 ➤ die Abschaffung von verschulden Studiengängen zugunsten der Einführung von Studiengängen zum
- 656 selbstbestimmten Lernen
- 657 ➤ die stärkere Öffnung der Hochschulen für Menschen ohne Abitur, nicht nur auf dem Papier durch das
- 658 Angebot von Brückenkursen, sondern auch verankert im Selbstverständnis jeder Hochschule und
- 659 gestärkt durch öffentliche Förderprogramme
- 660 ➤ eine stärkere Unterstützung von sogenannten Arbeiterkindern ("First-Generation Studierende") und von
- 661 Diskriminierung betroffenen Menschen an Hochschulen durch öffentliche Förderprogramme und
- 662 verpflichtende Informationsangebote an allen Schulformen
- 663 ➤ die Öffnung der Hochschulen für Geflüchtete mit entsprechenden Sprachangeboten
- 664 ➤ den Nachweis der didaktischen Fähigkeiten als wesentlichen Bestandteil bei der Berufung von
- 665 Professor:innen und Dozierenden
- 666 ➤ die demokratische, aus dem Wissenschaftswesen selbst heraus entstehende Weiterentwicklung und
- 667 Qualitätssicherung von Studium und Lehre statt des derzeitigen Akkreditierungsverfahrens durch
- 668 Externe
- 669 ➤ die vollständige Durchlässigkeit von Bachelor- zu Masterstudiengängen; wer einen Bachelorabschluss
- 670 macht, erhält einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz
- 671 ➤ die Aufhebung der Regelstudienzeit und die wirksame Abschaffung der Anwesenheitspflicht
- 672 ➤ ein Ende der prüfungsgebundenen Exmatrikulation und des damit verbundenen bundesweiten
- 673 Studierverbots.

674

675 **Kinder- und Jugendarbeit**

676 Junge Menschen verbringen einen Großteil ihrer Zeit in Organisationen, die außerhalb der schulischen

677 Bildung liegen – wie Sportvereine, Jugendverbände oder Jugendzentren, sie engagieren sich in Vereinen und

678 haben Freundschaftsnetzwerke. Gerade der Grundsatz der Freiwilligkeit dieses selbstbestimmten und

679 selbstorganisierten Bildungsbereichs besitzt aber für Jugendliche einen besonderen Reiz und Stellenwert, in

680 dieser besonderen Phase der Ablösung von der Familie. Hier können Jugendliche ohne Sanktionsdruck,

681 selbstbestimmt, erfahrungs- und bedürfnisorientiert miteinander lernen.

682 Die Angebote für eine offene Jugendarbeit in der Fläche sind verschwindend gering, weil sie als so genannte

683 freiwillige Leistung von den Kommunen bezahlt werden müssen. So fehlen dort außerhalb des

684 bewundernswerten freiwilligen Engagements in sozialen Einrichtungen, Feuerwehr, Kirche und Sportverein

685 Orte, die Jugendliche aufsuchen können, die sich nicht in den traditionellen Strukturen wiederfinden wollen.

686 Jugendliche aller Alterstufen und Herkünfte bilden in den Jugendverbänden und -zusammenschlüssen  
687 Sympathie- und Neigungsgruppen, die es innerhalb der Schule in dieser Vielfalt nicht gibt. Es werden wichtige  
688 soziale Erfahrungen im Umgang miteinander gemacht. Die Jugendverbandsarbeit bietet auch einen  
689 Schutzraum für Jugendliche, in dem sie niedrigschwellig und von Erwachsenen unbewertet Probleme,  
690 jugendrelevante und -spezifische Themen ansprechen können, wie es in anderen Bildungsräumen kaum  
691 möglich ist.

692

### 693 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 694 ➤ eine stärkere institutionelle Förderung der Träger:innen der außerschulischen Jugend- und  
695 Jugendverbandsarbeit; die gezielte Förderung von Projekten ist ein wichtiges ergänzendes Instrument,  
696 darf jedoch die institutionelle Förderung weder schwächen noch ersetzen
- 697 ➤ die Förderung offener Jugendarbeit in den Kommunen, und zwar auch durch eine anteilige  
698 Landesfinanzierung von qualifiziertem Personal: mehr Jugendfreizeitstätten!
- 699 ➤ eine Erhöhung der Zahl hauptamtlich Beschäftigter in der Jugendarbeit, auch um damit ehrenamtliches  
700 Engagement in Jugendverbänden zu unterstützen und von administrativem und bürokratischem Ballast  
701 zu befreien
- 702 ➤ die Stärkung der Jugendsozialarbeit und die gezielte Förderung von Programmen und Modellprojekten  
703 für besonders benachteiligte Jugendliche (etwa bei Armut, Obdachlosigkeit, Drogenmissbrauch und beim  
704 Übergang von Schule zu Beruf)
- 705 ➤ die gezielte Ansprache und Förderung ausgegrenzter Jugendlicher mit Migrationsgeschichte durch  
706 integrative Angebote
- 707 ➤ die stärkere Einbindung von Jugendlichen in die Politik, z. B. durch mehr unabhängige Jugendparlamente  
708 und Jugendräte
- 709 ➤ für Freiräume für Jugendliche; deshalb: Freiflächen zur Verfügung stellen, z. B. durch die Förderung  
710 öffentlicher Bolzplätze, Graffitiflächen, Skater- und Streetball-Anlagen
- 711 ➤ den Ausbau öffentlicher Freizeitangebote wie Bolzplätze, Skateranlagen, Basketballplätze, Proberäume,  
712 insbesondere in Gebieten mit sozialen Brennpunkten
- 713 ➤ die finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit durch Jugendfördersatzungen, die es  
714 Jugendverbänden und Gruppen erlauben, große Teile ihrer Kosten zu erstatten
- 715 ➤ die Förderung der eigenständigen Vertretung von Jugendverbänden durch die finanzielle und personelle  
716 Förderung von Kreis- und Stadtjugendringstrukturen.

717

### 718 **Kinder- und Jugendpartizipation**

719 Kinder und Jugendliche wollen nicht nur befragt werden, sie wollen teilhaben, mitwirken, wirklich  
720 mitbestimmen und nicht nur Zuschauer sein bei den Entscheidungen zu ihren Belangen. Sie brauchen  
721 selbstorganisierte Freiräume, um sich zu entwickeln, echte Mitbestimmung und das Zutrauen, um sich in die

722 Gesellschaft einbringen zu können. Die derzeit diskutierten und bereits in der Umsetzung befindlichen  
723 Versuche, Kinder und Jugendliche einzubeziehen, gehen über informieren, Wünsche und Probleme abfragen  
724 nicht hinaus. Wirkliche Beteiligung braucht aber einen verstetigten und wirkmächtigeren Rahmen als das  
725 unverbindliche „Wünsche und Kritikäußern“, bei dem dann letztlich die Verantwortung und Wirkmächtigkeit  
726 weiterhin bei den Handelnden aus „Politik“ und Verwaltung bleibt.

727

728 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 729 ➤ den Einbezug der Jugendlichen in die Verwaltung von Jugendfreizeiteinrichtungen bis hin zur  
730 Selbstverwaltung.
- 731 ➤ den Aufbau und die Unterstützung von Jugendparlamenten, -räten und -foren, welche in  
732 jugendrelevante Themen mit Entscheidungsbefugnissen eingebunden werden müssen
- 733 ➤ die Einrichtung von Jugendbudgets, über deren Verwendung allein Jugendliche entscheiden
- 734 ➤ mehr Mitsprache in Jugendhilfeausschüssen
- 735 ➤ die Senkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 14 Jahre
- 736 ➤ die Schaffung von Jugendräumen, in denen sie sich treffen und Zeit verbringen können.

737

738 **Kinderarmut bekämpfen**

739 Kinder und Jugendliche sind die Zukunft einer jeden Gesellschaft. Doch leider sind ihre Entwicklungschancen  
740 stark von den finanziellen Rahmenbedingungen ihrer Eltern vorbestimmt. Diese Armut und die damit  
741 verbundenen prekären Lebensbedingungen führen zur Erfahrung von sozialer Diskriminierung schon im  
742 frühesten Alter. Mit der Einführung von Hartz IV ist die Armut von Kindern und Jugendlichen auf  
743 Rekordniveau angestiegen. In Niedersachsen leben rund 200.000 Kinder und Jugendliche in Armut. Auch die  
744 gegenteilige Erfahrung von Privilegierung durch Herkunft gefährdet die soziale Entwicklung und fördert  
745 Elitedenken. Wir wollen das Recht der Kinder auf soziale Entwicklung zur Geltung bringen. Kinder brauchen  
746 unabhängig vom Einkommen der Eltern gleiche Entwicklungschancen. Deshalb muss auch die Bekämpfung  
747 von Familienarmut im Zentrum einer präventiven Kinder- und Jugendpolitik stehen.

748

749 **DIE LINKE fordert deshalb:**

- 750 ➤ verstärkte Unterstützung im sozialen Bereich tätiger demokratischer Selbsthilfe-Initiativen
- 751 ➤ die Gewährleistung ausreichender kostenlose Hausaufgaben- und Nachhilfeangebote
- 752 ➤ die gezielte Förderung von pädagogischen Kompetenzen von Eltern
- 753 ➤ Mehr Informationen für arme Familien mit Kindern über schon bestehende  
754 Unterstützungsleistungen
- 755 ➤ Stadt- und Landkreis erstellen und veröffentlichen zusammen mit den Gewerkschaften,  
756 Sozialverbänden jährlich einen Armutsbericht unter besonderer Berücksichtigung der Kinderarmut

- 757       ➤ dass die Kommune die bisher in Deutschland nicht im Grundgesetz verankerte UN-Konvention der  
758           Rechte von Kindern anerkennt
- 759       ➤ Kostenfreies und vollwertiges Mittagessen in allen Bildungseinrichtungen

760

## 761 **Wohnen ist ein Menschenrecht - Wohnen für alle und nicht Profite für wenige**

762

763 DIE LINKE fordert eine Umorientierung der Wohnungspolitik, die an den realen Bedürfnissen der Menschen  
764 ausgerichtet ist. Wohnen ist ein existenzielles Grundrecht. Daher können Wohnungen nicht wie andere  
765 Waren auf dem Markt frei gehandelt und dem Profitinteresse überlassen werden. Menschen dürfen nicht  
766 aufgrund ihrer finanziellen und sozialen Lage aus ihren Wohnungen verdrängt werden. Selbst in der  
767 Niedersächsischen Verfassung (Artikel 6a) steht, dass das Land seine Bevölkerung angemessen mit  
768 Wohnraum versorgen muss. Beim Durchsetzen dieses Menschenrechts haben die bisherigen  
769 Landesregierungen versagt.

770

771 Der Bedarf an dringend benötigtem günstigen Wohnraum nimmt gerade in den Ballungszentren  
772 Niedersachsens weiter zu. Im genauen Gegenteil dazu sind aber die Sozialwohnungen konstant weniger  
773 geworden. Waren es 2018 noch 82.496 sind es jetzt nur noch 60.200 - ein Rückgang von über 25% in nur vier  
774 Jahren! Ursache dieser katastrophalen Entwicklung ist die unsoziale Politik der Landesregierung, in der leider  
775 die "Sozial"demokraten kein Stück besser sind als die CDU. Der DGB Niedersachsen hat berechnet, dass bis  
776 2030 40.000 neue landeseigene Sozialwohnungen nötig sind.

777

778 Geringverdiener:innen und Leistungsbezieher:innen werden aus den Städten und aus den „Speckgürteln“ der  
779 größeren Städte verdrängt. Es fehlen vor allem barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderungen  
780 und für SeniorInnen, Großwohnungen für kinderreiche Großfamilien und Kleinwohnungen für allein Lebende  
781 und Studierende. In weiten Teilen Niedersachsens wurde der Anstieg der Mieten nicht aufgehalten. Die  
782 bisherige Landespolitik hat keinen Beitrag geleistet, diesen Prozess aufzuhalten.

783

784 Bodenspekulation ist zu einer Goldgrube für ein leistungsloses Einkommen geworden und hat zu einer  
785 besonderen Vermögenskonzentration in der Hand einer kleinen reichen Oberschicht geführt. Gestiegene  
786 Bodenpreise sind zugleich Preistreiber für immer höhere Mieten. Das kommunales Vorkaufsrecht für Bauland  
787 muss erweitert werden; Kommunen müssen das Bauland selbst nutzen oder in Erbpacht vergeben.

788

### 789 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 790       ➤ Förderung des sozialen Wohnungsbaus gegen die Knappheit von Wohnraum; hierbei ist gesundes  
791           Bauen zu beachten;



- 792 ➤ Wohnungen sind grundsätzlich barrierefrei zu bauen, damit Menschen auch im hohem Alter  
793 möglichst lange zuhause bleiben können;
- 794 ➤ es muss ein neuer, nicht profitorientierter Sektor der Wohnungswirtschaft geschaffen werden; dazu  
795 soll eine neue Landeswohnungsbaugesellschaft beitragen;
- 796 ➤ Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und das genossenschaftliche Wohnen wollen wir fördern.  
797 Wohnungsneubau muss klimagerechten Anforderungen entsprechen
- 798 ➤ die Mietpreisbremse ist ein vom Bundesgesetzgeber bereit gestelltes Instrument, das noch nicht mal  
799 in allen niedersächsischen Städten eingeführt ist; wenigstens das sollte schnellstens geschehen, auch  
800 wenn dieses Instrument ziemlich schwach ausgestaltet ist
- 801 ➤ eine Bundesratsinitiative für ein neues Bundesgesetz, das es dem Land oder den Kommunen erlaubt,  
802 einen Mietpreisdeckel einzuführen
- 803 ➤ die Bodenspekulation als Preistreiber der Mieten muss bekämpft werden; dazu sollte sofort und nicht  
804 erst in 3 Jahren die Grundsteuer C eingeführt werden, die das spekulative Nichtbebau von  
805 baureifen Grundstücken und spekulativen Leerstand erfasst; die Einnahmen daraus dürfen nicht zu  
806 Lasten der übrigen Grundsteuereinnahmen der Kommunen gehen
- 807 ➤ spekulativer Leerstand ist mit einer Leerstands-Steuer nach belgischem Vorbild zu belegen
- 808 ➤ öffentlichen Flächen zum Wohnungsbau sollen grundsätzlich in Erbpacht vergeben werden, um  
809 Grundstücksspekulationen zu verhindern. Der Erbpachtzins ist der Situation auf dem  
810 Wohnungsmarkt anzugleichen und entsprechend niedrig zu halten
- 811 ➤ Bundesratsinitiative für einen Planungswertausgleich, mit dem leistungslose Planungsgewinne durch  
812 Höherbewertung von baureifen Grundstücken abgeschöpft werden können
- 813 ➤ Wohnungskonzerne, die ihre Marktmacht schamlos ausnutzen, um die Mieten nach oben zu treiben,  
814 sind nach Art. 15 des Grundgesetzes zu enteignen
- 815 ➤ Nachschärfen des Zweckentfremdungsgesetzes und der Mieterschutzverordnung durch Einführung  
816 der Ersatzvornahme bei sozialwidrigem Verhalten des Vermieters. Negative wirtschaftliche Folgen  
817 für den Vermieter dürfen kein Argument sein notwendige Instandsetzungen zu unterlassen
- 818 ➤ Sozialtarife für Energie und Wasser/Abwasser statt Sonderpreisen für Unternehmen
- 819 ➤ Verbot von Sperren der Grundversorgung mit Wasser, Gas und Strom. Mit rückständigen  
820 Mieter:innen Zahlungsvereinbarungen treffen
- 821 ➤ über den Bundesrat wollen wir die Rechte von Mieterinnen und Mietern stärken
- 822 ➤ Die Nutzung der landespolitischen Spielräume für eine Verbesserung des Mieterschutzes z.B. durch  
823 Ausdehnung Mieterschutzverordnung auf alle Gemeinden und Städte mit angespanntem  
824 Wohnungsmarkt
- 825 ➤ energetisches Sanieren von Wohnraum darf nicht von den Mieter:innen bezahlt werden; ein  
826 Mieterstrommodell, das auf dezentrale Energieversorgung setzt, muss allen Mieter:innen ohne  
827 Mehrkosten eine ökologische Energieversorgung garantieren

828 ➤ Siedlungshäuser, die über das Erbbaurecht gebaut wurden, wollen wir vor überhöhten Erbbauzinsen  
829 schützen; die Klosterkammer darf ihr Eigentumsrecht nicht missbrauchen.

830

## 831 **Verkehrswende sozial und klimagerecht umsetzen!**

832

833 Mobilität im Alltag ist das Zurücklegen von Wegen um Ziele zu erreichen. Teil einer sozial verträglichen  
834 Verkehrspolitik ist daher auch eine Wohnungs- und Strukturpolitik, die es ermöglicht, alltägliche Wege kurz  
835 zu halten. Gleichzeitig ist Mobilität Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können  
836 und Bewegungsfreiheit. Daher ist Mobilität für uns ein Grundrecht. Doch seit Jahren stagniert der Ausbau  
837 des öffentlichen Nahverkehrs in Niedersachsen und die letzten Landesregierungen haben daran nichts  
838 geändert, sondern weiter eine einseitig auf die Straße fokussierte Verkehrspolitik umgesetzt. Und so kommt,  
839 wer auf dem Land lebt, um das Auto gar nicht herum. Und nachts stellt manchen die Frage, wie man nach  
840 der Schicht oder von der Party sicher nach Hause kommt, vielerorts vor eine große Herausforderung. Das  
841 muss sich ändern!

842 Ein gut ausgebauter und taktstarker Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) bietet Pendler:innen,  
843 Tourist:innen, Studierenden, Auszubildenden, Schüler:innen, jüngeren oder älteren Menschen in Stadt und  
844 Land, lokal und überregional die Chance, nachhaltig, ökologisch und barrierefrei mobil zu sein.

845 Deshalb wollen wir den ÖPNV massiv ausbauen und allen Menschen die Fahrt einfach und unentgeltlich  
846 anbieten, so wie heute in Deutschland das öffentliche Straßennetz allen zur Verfügung steht. Dann erreicht  
847 der ÖPNV auch Menschen, die bisher auf das Auto angewiesen sind. Ein gut ausgebauter ÖPNV zum Nulltarif,  
848 emissionsarm, vernetzt und barrierefrei – das ist der Kern einer klimagerechten und sozialen Verkehrswende!

849

850

## 851 **Öffentlicher Nahverkehr für alle zum Nulltarif**

852 Bei der Stadt- und Verkehrsplanung darf nicht mehr das Auto im Mittelpunkt stehen. Dem Autoverkehr muss  
853 zugunsten von Fußgänger:innen, ÖPNV und Radverkehr Raum entzogen werden: für mehr  
854 Aufenthaltsqualität und Begrünung auf Straßen und Plätzen. Wer mehr Lebensqualität in der Stadt will, muss  
855 bei der Straßengestaltung ansetzen, so dass sich Menschen gerne draußen aufhalten und fortbewegen.

856

857 Wir setzen uns für kurze Wege zwischen den Orten von Wohnen, Versorgung, Freizeit, Arbeit und Bildung  
858 sowie für eine fuß- und fahrradfreundliche Siedlungsstruktur ein. Wir treten ein für intelligente und vernetzte  
859 Systeme, für Busse und Bahnen in höchster Qualität, die für alle erschwinglich sind, sowie für attraktive,  
860 sichere Fuß- und Radwege, kurz: für lebenswerte Städte und Dörfer. Ein öffentlich organisiertes und deutlich  
861 verbessertes Netz im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist der Schlüssel dafür, künftig mehr  
862 Lebensqualität zu ermöglichen.

863

864 Im ländlichen Bereich ist der Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel erheblich schwieriger, weil die  
865 öffentliche Verkehrsinfrastruktur systematisch ausgedünnt wurde und oft nur noch in Ansätzen existiert.  
866 Deshalb braucht es nachhaltiges Programm zum Ausbau des ÖPNV in der Fläche mit mehr Buslinien  
867 gegebenenfalls mit kleineren Bussen oder Sammeltaxen, kürzeren Taktzeiten und der Reaktivierung von  
868 Bahnstrecken, um ländliche Regionen für den ÖPNV zu erschließen. Denn nur mit einer attraktiven  
869 Alternative zum Auto kann die Verkehrswende in ländlichen Räumen gelingen. Für die Planung attraktiver  
870 Netze und Takte müssen Bürger:innen frühzeitig in deren Planung einbezogen werden nach.

871

872 Um mehr Menschen zu motivieren, auf Bus und Bahn umzusteigen, damit wir unsere Klimaziele erreichen,  
873 müssen deutlich mehr Kapazitäten im öffentlichen Verkehr und viele neue Stellen zu guten  
874 Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Sozial gerecht ist eine klimagerechte Verkehrswende aber nur,  
875 wenn sie auch für alle erschwinglich ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der ÖPNV für alle Nutzer:innen  
876 kostenfrei wird. Dafür müssen erhebliche Landes- und Bundesmittel bereitgestellt werden. Erste Schritte auf  
877 Landesebene sind die Umwidmung von Finanzmitteln weg vom Straßenneubau und der unsinnigen  
878 Subventionierung defizitärer Regionalflughäfen hin zum öffentlichen Verkehr, die rechtliche Ermöglichung  
879 einer Nahverkehrsabgabe, die Kommunen von ortsansässigen Unternehmen und Betrieben zum Ausbau des  
880 ÖPNV erheben können. Auf Bundesebene wollen wir u.a. die Finanzmittel für Dienstwagenprivileg und  
881 Dieselsubventionen umwidmen und beim nicht mehr benötigten Autobahneubau Gelder in den Ausbau des  
882 ÖPNV umleiten. Statt immer neuer Autobahnen braucht es mehr kommunale, demokratisch kontrollierte  
883 Nahverkehrsunternehmen. Um mehr Menschen für die Nutzung des ÖPNV zu begeistern, muss dieser nicht  
884 nur erschwinglich sein, sondern auch deutlich einfacher zu nutzen sein.

885 Statt des bisherigen unübersichtlichen Tarifdschungels fordern wir die Vereinfachungen der Tarife. Bahnhöfe  
886 und Haltestellen sind auf die Bedürfnisse der Fahrgäste auszurichten und müssen barrierefrei sein. Und die  
887 im ÖPNV-Beschäftigten brauchen faire Arbeitsbedingungen, tariflich abgesichert und mit ausreichenden  
888 Lenk- und Ruhezeiten.

889

890 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 891 ➤ die Einführung eines steuerfinanzierten Nulltarif im ÖPNV; erste Schritte sind deutlich geringere  
892 Fahrpreise
- 893 ➤ die Bereitstellung einer angemessenen Landes- und Bundesfinanzierung zur Sanierung der ÖPNV-  
894 Infrastruktur
- 895 ➤ Eine bessere Vernetzung der einzelnen Verkehrsmittel im ÖPNV. Umsteigewartezeiten sollen auch  
896 im ländlichen Raum 15 Minuten nicht überschreiten

- 897 ➤ Entlastung der Kommunen zugunsten einer deutlich stärkeren ÖPNV-Landesfinanzierung, u.a. durch  
898 Umwidmung von Subventionen für den Auto- und Flugverkehr, Umwidmung von Finanzmitteln für  
899 Autobahnen- und Straßenneubau sowie für Regionalflughäfen
- 900 ➤ den Erhalt von Bahn- und kommunalen Verkehrsbetrieben in öffentlichem Eigentum bzw. diese  
901 wieder dorthin zurückzuführen
- 902 ➤ mehr Linien und kürzere Taktzeiten für Bus und Bahn in ganz Niedersachsen
- 903 ➤ Verbesserung von Nahverkehrsangeboten über Gemeinde- und Kreisgrenzen hinaus, besonders in den  
904 Tagesrandzeiten und an Wochenenden
- 905 ➤ einen verpflichtenden ÖPNV-Anschluss für neue, aufkommensstarke Wohngebiete
- 906 ➤ Planung einer Verkehrswende mit Mitspracherecht der Bürger\*innen von Anfang an
- 907 ➤ die Einrichtung kostenloser P&R-Plätze sowie gesicherter Fahrradabstellmöglichkeiten an  
908 Knotenpunkten, Busbahnhöfen und Bahnhöfen
- 909 ➤ Beschäftigung der ÖPNV-Bediensteten in öffentlicher Hand mit tariflich geregelter Bezahlung und  
910 angemessenen Lenk- und Ruhezeiten
- 911 ➤ den barrierefreien Ausbau aller Haltestellen und diese angemessen beleuchten
- 912 ➤ den Ausbau von Rufbussen und Anrufsammeltaxen
- 913 ➤ Förderprogramme für elektrische Busse, wie Oberleitungsbusse oder batteriebetriebene Busse mit  
914 Schnellladestationen an Haltestellen

915

## 916 **Niedersachsen ist am Zug - Vorrang für die Schiene!**

917 Große Passagierzahlen und Gütermengen können effizient, umweltfreundlich und kostengünstig auf der  
918 Schiene transportiert werden. Das macht die Bahn zu einem der wichtigsten Bausteine in einer  
919 klimagerechten Verkehrswende, denn die Schiene hat den geringsten Energie- und Flächenverbrauch. Und  
920 ein hoher Anteil an Elektromobilität ist praktisch sofort realisierbar. Gesundheitliche Belastungen,  
921 Verkehrsinfarkte und Dauerstaus auf Straßen lassen sich durch einen konsequenten Streckenausbau und die  
922 Reaktivierung stillgelegter Strecken nachhaltig reduzieren.

923 Gleichzeitig ist der Schienenverkehr auch ein wirksames Instrument, um sozialverträgliche  
924 Beschäftigungsverhältnisse durchzusetzen und dem Lohndumping und den miesen Arbeitsbedingungen in  
925 der LKW-Logistik entgegenzuwirken. Die von der EU vorgeschriebene Ausschreibung von  
926 Schienenverkehrsleistungen, bei denen sich die Wettbewerber:innen vor allem auf Kosten des Personals  
927 unterscheiden können, lehnen wir als unsoziale Wettbewerbsverzerrung durch inakzeptables Lohndumping  
928 ab. Zugleich setzen wir uns auf Bundesebene für die vollständige Rückführung der Bahn in eine öffentlich-  
929 rechtliche Eigentumsform statt einer profit-getrimmten Aktiengesellschaft ein und wollen das  
930 „Rosinenpicken“ privater Anbieter auf lukrative Strecken beenden. Um die staatliche Bahn pünktlich und  
931 servicefreundlich zu gestalten, ist mehr gut bezahltes Personal nötig und sind mehr Mitbestimmungsrechte  
932 für Gewerkschaften/Betriebsrat und Fahrgastvertretungen einzuräumen. Güter sollen vorrangig auf der

933 Schiene und auf den Wasserwegen transportiert werden. Dem Land Niedersachsen kommt insbesondere die  
934 Aufgabe zu, die Hinterlandanbindung der Nordseehäfen zu verbessern. Die bestehenden Magistralen  
935 zwischen Hannover und Hamburg sowie Hannover und Bremen sind bereits jetzt überlastet.  
936 Selbstverständlich kommt dafür auch der Bau neuer Trassen in Frage, die Orte erschließen würden, die  
937 bislang über keinen Schienennetzanschluss verfügen. Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene  
938 erfordert einen deutlichen Ausbau des verkehrsmittelübergreifenden Containerverkehrs. Dafür müssen  
939 größere Gewerbegebiete wieder mit Gleisanschlüssen ausgestattet werden. Neue, aufkommensstarke  
940 Gewerbegebiete sollen nur noch mit Gleisanschluss genehmigt werden. Wir fordern ferner erste Schritte in  
941 Richtung eines öffentlichen und schienengebundenen Güterverkehrs mit Hilfe kommunaler Packstationen  
942 und kleinerer Güterbahnhöfe, vor allem im ländlichen Raum. In den Ballungsgebieten sollen die kommunalen  
943 Verkehrsbetriebe prüfen, ob und wie Güterverkehre auf die kommunale Schiene verlagert werden können.  
944 Dafür ist eine bessere Verknüpfung der überregionalen Bahn mit dem kommunalen Schienennetz nötig.

945

946 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 947 ➤ die Verlagerung des Güterverkehrs auf Schienen und Wasserwege vorantreiben
- 948 ➤ ein Reaktivierungsprogramm stillgelegter Bahnstrecken für den Personenschienenverkehr unter  
949 rechtzeitiger Einbeziehung von Bürgerinitiativen und anwohnenden Menschen auf den Weg bringen
- 950 ➤ für den Güterverkehr sind dringend zusätzliche Kapazitäten auf den Magistralen zu schaffen. Neben  
951 dem Ausbau der bestehenden Strecken ist dabei auch der Bau neuer Trassen zu prüfen
- 952 ➤ Lärmschutzmaßnahmen beim Schienenverkehr fördern
- 953 ➤ den barrierefreien Ausbau aller Bahnhöfe mit Verbesserungen des Service
- 954 ➤ Sitzmöglichkeiten und Wetterschutz voranbringen
- 955 ➤ den Vorrang für die öffentliche Bahn bei Ausschreibungen von Schienenverkehrsleistungen  
956 durchsetzen
- 957 ➤ für jedes aufkommensstarke Gewerbegebiet sollte in maximal 50 km Entfernung ein  
958 Containerterminal zur Verfügung stehen, um Container so weit wie möglich über die Schiene (oder  
959 mit Binnenschiff) zu transportieren
- 960 ➤ Alle mittleren und großen Betriebe, die den Einzelwagenverkehr nutzen können, brauchen einen  
961 Gleisanschluss, und sollten sukzessive damit ausgestattet werden
- 962 ➤ Für den Transport von Stückgut und Paketen ist der Aufbau eines Netzes von Güterbahnhöfen nach  
963 dem Vorbild der Bahncenter der City-Logistik in der Schweiz zu prüfen
- 964 ➤ den Kombiverkehr (LKW auf die Schiene) fördern
- 965 ➤ eine ausreichende Ausstattung aller Züge des Personenverkehrs mit Platz für Gepäck, Fahrräder,  
966 Kinderwagen und Rollstühle sicherstellen
- 967 ➤ ein Elektrifizierungsprogramm mittels Ausbau der Oberleitungen für das niedersächsische  
968 Schienennetz

- 969 ➤ Anschluss aller Mittelzentren an den schienengebundenen Personennahverkehr  
970 ➤ den Rückkauf von privatisierten Schienen und anderer Infrastruktur, damit Niedersachsen schnell die  
971 Gleise sanieren und Strecken reaktivieren kann  
972 ➤ ein Förderprogramm für den Aus- und Neubau von Stadtbahnen  
973 ➤ den Ausbau eingleisiger Strecken auf zweigleisig und den Wiederaufbau zurückgebauter Weichen,  
974 um eine höhere Taktdichte mit größerer Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit zu erreichen  
975 ➤ Modellprojekte in Niedersachsen mit Straßenbahnen mit der Spurweite des Eisenbahnnetzes, damit  
976 diese als Regionalzüge aus der Stadt ins Umland fahren können (Karlsruher Modell), wo möglich.

977

### 978 **Mit dem Rad – Niedersachsen neu entdecken!**

979 Ein Teil zur Lösung für die immensen Verkehrsprobleme ist das Fahrrad. Denn in Stadt und Land sind viele  
980 Strecken, die Menschen zurücklegen kürzer als 10 Kilometer. Fahrräder sind preiswert, ökologisch und  
981 benötigen wenig Geld und Raum für die Infrastruktur. Dennoch finden sie bisher noch nicht die notwendige  
982 Beachtung bei der Umsetzung der notwendigen Verkehrswende. Das muss sich ändern! Denn mit einem  
983 größeren Anteil an Fahrrädern können wir Lärm-, Schadstoff- und Gesundheitsbelastungen reduzieren und  
984 Innenstädte autofrei umgestalten. Deshalb kommt dem Ausbau des inner- und überörtlichen Radwegenetzes  
985 eine bedeutende Rolle zu. Dieser Ausbau kann nicht nur durch Neubau erfolgen, sondern vorrangig durch  
986 Umverteilung von Verkehrsflächen – hin zum Fahrrad, auch damit nicht immer neue Flächen versiegelt  
987 werden müssen. Dabei ist sicherzustellen, dass der Radverkehr als Teil des Umweltverbundes den ÖPNV  
988 sinnvoll ergänzt. Deshalb braucht es um den verkehrsmittelübergreifenden Verkehr zu stärken sichere  
989 Fahrradabstellmöglichkeiten an Bushaltestellen und Bahnhöfen, insbesondere im ländlichen Raum. Das  
990 Radwegenetz und die Infrastruktur sollen zur Erledigung von Fahrten mit dem Fahrrad einladen und das  
991 Radfahren auch sicherer werden lassen. Mit dem Aufkommen von E-Bikes, Pedelecs und Lastenrädern lassen  
992 sich auch im ländlichen Raum übliche alltägliche Strecken mit dem Rad zurücklegen und alltägliche Aufgaben  
993 leichter ohne Auto erledigen. Gerade in Innenstädten kann auch der Transport von leichten Gütern etwa bei  
994 Paket- oder Lieferdiensten klimafreundlich aufs Fahrrad verlagert werden.

995

### 996 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 997 ➤ eine landesweite Planung des Radwegenetzes, insbesondere für Radwege über Gemeinde- und  
998 Kreisgrenzen hinweg. Die Radwege sollen sich den aktuellen Standards der Niederlande entsprechen  
999 ➤ die Unterstützung der Kommunen beim Ausbau des Radwegenetzes, Fahrradständern  
1000 ➤ Ladestationen für E-Bikes, bewachte Radstationen an Bahnhöfen und Abstellplätzen für Lastenräder  
1001 ➤ die Förderung sicherer Abbiegemöglichkeiten und separate Radwege  
1002 ➤ ausreichende und kostenfreie Radmitnahme-Kapazitäten im Nahverkehr  
1003 ➤ komfortable und sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in Fahrradhäusern an  
1004 Verkehrsknotenpunkten sowie wohnortnahe Fahrradunterstellmöglichkeiten in Fahrradhäuschen

- 1005      ➤ Ausbau von Radwegen an Straßen des Landes, sowie Ausbau von Radschnellwegen  
1006      ➤ einen ausdefinierten Stellplatzschlüssel für sichere Fahrradabstellanlagen im Wohnungsneubau.

1007

## 1008 **Gut zu Fuß in Niedersachsen**

1009 Wir alle sind Fußgänger:innen und dennoch wird diese Art der Mobilität auf allen Ebenen der Verkehrspolitik  
1010 am meisten vernachlässigt und stiefmütterlich behandelt. Die Sicherheit der Fußgänger:innen gerät dabei  
1011 buchstäblich immer wieder unter die Räder der PKW und LKW. Ohne attraktive und sichere Fußwege bleiben  
1012 die Städte und Dörfer gewissermaßen Gefangene einer auf das Auto ausgerichteten Verkehrs- und  
1013 Raumpolitik. Deshalb fordern wir sichere Querungshilfen und Ampeln mit längeren, fußgängerfreundlichen  
1014 Grünphasen, vor allem aber Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts. Das schützt nicht nur  
1015 Fußgänger:innen und reduziert Unfallrisiken, sondern auch Lärm- und Schadstoffbelastung.

1016

### 1017 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1018      ➤ mehr sichere Querungshilfen mit längeren Grünphasen für Fußgänger:innen angelegt werden  
1019      ➤ Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Innenstädten ermöglicht wird  
1020      ➤ der Straßenraum zugunsten von Fuß- und Radverkehr neu verteilt wird;  
1021      ➤ Fußgängerzonen ausgebaut und/oder erweitert werden.

1022

## 1023 **Wasserwege nutzen**

1024 Niedersachsen hat ein gut ausgebautes Wasserwegenetz, auf dem ein energiesparender und  
1025 klimaschonender Transport vor allem von Gütern umgesetzt werden kann. Dafür müssen die Schiffe  
1026 schnellstmöglich auf klimaneutrale Treibstoffe bzw. Antriebsarten umgerüstet werden. Wir wollen  
1027 bestehende Fährverbindungen erhalten und Ausbaupotenziale prüfen. Hafenskapazitäten sollen dort  
1028 ausgebaut werden, wo es notwendig (und umweltschonend möglich) ist, um mehr LKW-Verkehr auf die  
1029 Wasserwege zu verlagern, ohne natürliche Gewässer weiter auszubaggern.

1030

### 1031 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1032      ➤ Unterstützung der Binnen- und Hochseeschifffahrt bei der zeitnahen Umrüstung auf klimaneutrale  
1033      Treibstoffe bzw. Antriebsarten  
1034      ➤ Hafenskapazitäten ausbauen und deren Schienenanbindung verbessern, um LKW-Verkehre auf die  
1035      Wasserwege und die Bahn zu verlagern  
1036      ➤ Aufnahme von Fähr- und Inselverbindungen in den allgemeinen ÖPNV, Ausdehnung von  
1037      Verbundtickets und Niedersachsenticket auf Fährverbindungen. Schwerbehinderte mit einer  
1038      Wertmarke müssen auch die Fähren und alle Inselverbindungen kostenfrei nutzen können  
1039      ➤ Die (weitere) Vertiefung natürlicher Gewässer unterbinden; keine weitere Vertiefung von Weser und  
1040      Elbe.

1041

## 1042 **Straßenverkehr: Sanierung und Umwidmung statt Neubau**

1043 Das landeseigene Straßennetz wollen wir nicht mehr erweitern. Im Gegenteil: Um das Klima zu schützen und  
1044 Flächen ggf. auch wieder zu entsiegeln, fordern wir dort, wo alternative Verkehrswege ausreichend  
1045 vorhanden sind, einen gezielten Straßenrückbau. Die Finanzmittel für Straßenneubau müssen in andere  
1046 Verkehrsträger fließen. Wir lehnen alle Pläne zum Neu- und Ausbau von Autobahnen, die weitere  
1047 klimaschädliche Flächenversiegelungen mit sich bringen, in Niedersachsen ab und unterstützen  
1048 Bürger:inneninitiativen, die sich dagegen wenden. Vor allem die geplante A 20, die in West-Ost-Richtung  
1049 durch das nördliche Niedersachsen verlaufen soll, ist ökologisch schädlich, weil sie wichtige Moorflächen  
1050 beeinträchtigt, ist verkehrlich überflüssig und unverhältnismäßig teuer. Dafür müsste noch ein gesonderter  
1051 Elbtunnel gebaut werden.

1052

1053 Auf Bundesebene wollen wir die Privatisierung in Form der neu geschaffenen Autobahn GmbHs rückgängig  
1054 machen. Geschwindigkeitsbegrenzungen tragen nicht nur zu mehr Verkehrssicherheit und weniger Lärm bei,  
1055 sondern sind auch gut fürs Klima. Deshalb wollen wir, dass sich Niedersachsen im Bundesrat für ein generelles  
1056 Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Bundesstraßen einsetzt.

1057 Eingriffe in die Natur, die mit der Sanierung und dem Betrieb von Straßen verbunden sind, müssen durch  
1058 begleitende Naturschutzmaßnahmen ausgeglichen werden.

1059

### 1060 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1061 ➤ Klare Kante – Nein zum weiteren Neubau von Autobahnen; auf die geplante A20 und die Erweiterung  
1062 der A39 können wir verzichten
- 1063 ➤ keine weitere Versiegelung und Zerschneidung von Naturflächen zugunsten von Straßenbau
- 1064 ➤ Umverteilung von Finanzmitteln für den Straßenneubau zugunsten für Fahrrad und ÖPNV
- 1065 ➤ eine eindeutige Positionierung Niedersachsens auf Bundesebene gegen die Privatisierung von  
1066 Autobahnen und der Bahn durchsetzen
- 1067 ➤ eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Tempolimits von 120 km/h auf Autobahnen
- 1068 ➤ Förderung von Fahrgenossenschaften und genossenschaftlichen Mobilitätszentralen
- 1069 ➤ Umweltgerechte und naturschutzkonforme Pflege des Straßenbegleitgrüns.

1070

## 1071 **Luftverkehr**

1072 Der jetzige Luftverkehr belastet das Klima und anwohnende Menschen in besonders hohem Maße und muss  
1073 daher deutlich reduziert werden. Hier ist vor allem bei den Kurzstreckenflügen anzusetzen. Niedersachsen  
1074 muss sich dafür einsetzen, diese bundesweit abzuschaffen und Subventionen für Regionalflughäfen  
1075 einzustellen. Diese Gelder müssen in voller Höhe dem ÖPNV zugutekommen. Nachtflüge lehnen wir ab, da  
1076 sie für Anwohner:innen in den Flugschneisen zu nicht hinnehmbaren Ruhestörungen führen.



1077

1078 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

1079 ➤ Ausbau von Flughäfen stoppen

1080 ➤ Umwidmung aller Subventionen für Regionalflughäfen (Betriebskostenübernahmen,  
1081 Investitionszuschüsse etc.) zugunsten des ÖPNV - den Mitarbeiter:innen der Regionalflughäfen sind  
1082 ggf. Ersatzarbeitsplätze im ÖPNV anzubieten

1083 ➤ Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Subventionierung des Flugverkehrs durch niedrige  
1084 Kerosinsteuern

1085 ➤ mehr Lärmschutz bei Starts und Landungen mittels eines Fluglärmaktionsplans

1086 ➤ ein striktes Nachtflugverbot

1087 ➤ Bundesratsinitiative für die bundesweite Abschaffung von Kurzstreckenflügen.

1088

1089 **Wirtschaft sozial und nachhaltig gestalten**

1090

1091 Niedersachsen ist einer der wichtigsten Industriestandorte in Deutschland. Egal ob in der Automobilindustrie,  
1092 der Herstellung von Windkraftanlagen, maritime Hafenwirtschaft oder in der Landwirtschaft, überall leisten  
1093 Menschen zwischen Nordsee und Harz einen wertvollen Beitrag zu unserer Gesellschaft. Doch die  
1094 Wirtschafts- und Arbeitswelt ist seit Jahren enormen Veränderungen ausgesetzt. Angefangen mit den  
1095 Agenda-2010-Reformen wurde der Arbeitsmarkt immer weiter dereguliert. Leiharbeit und Befristungen  
1096 nehmen zu. Unternehmen steigen viel zu oft aus Tarifverträgen aus, was zu deutlichen Verschlechterungen  
1097 bei den Beschäftigten wird.

1098 Ein weiterer entscheidender Umbruch ist für uns der technologische und der ökologische Wandel. Die  
1099 Arbeitsplätze in der niedersächsischen Industrie müssen aktiv gesichert werden und dürfen nicht dem Markt  
1100 überlassen werden. Das Land Niedersachsen ist hier in der Verantwortung. Deswegen wollen wir  
1101 erneuerbare Energie fördern, Autoindustrie in nachhaltige Mobilitätsindustrie umbauen oder die grüne  
1102 Herstellung von Stahl aktiv gestalten und unterstützen. Dies muss gemeinsam mit den Gewerkschaften  
1103 passieren, denn, wenn wir den Umbau der Wirtschaft allein den Konzernen überlassen, sind es am Ende die  
1104 Beschäftigten, die die Zeche dafür zahlen. All diese Entwicklungen haben sich schon vor der Corona-  
1105 Pandemie abgezeichnet, wurden durch diese aber noch einmal verstärkt und spitzen sich zu.

1106 Unser Leitbild für Niedersachsen heißt: Arbeitslosigkeit bekämpfen, unbefristete und  
1107 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bei gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit. Wir fordern gute  
1108 Ausbildung und eine existenzsichernde Vergütung für Auszubildende, mehr Mitbestimmung, besseren  
1109 Gesundheitsschutz sowie Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ohne Nachteile für die  
1110 Beschäftigten.

1111

1112 **Gute Arbeit für alle Beschäftigten**

1113 *Gute Arbeit* bedeutet für uns: unbefristet, tariflich entlohnt, mit angemessenem Gesundheitsschutz und darf  
1114 nicht krank machen – für alle Beschäftigten. All dies muss auch eine zukünftige Landesregierung bei  
1115 Ausschreibungen und Gesetzen berücksichtigen.

1116 DIE LINKE zeigt in Berlin, Bremen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern wie man *gute Arbeit* auch in der  
1117 Landespolitik fördern und gestalten kann. Die Landesregierung ist einer der größten und wichtigsten  
1118 Arbeitgeber in Niedersachsen und kann in den Landesverwaltungen mit gutem Beispiel voran gehen. Durch  
1119 Förder- und Vergabebedingungen kann das Land direkt die Arbeitsbedingungen in zahlreichen Projekten in  
1120 ganz Niedersachsen vorgeben. Bisher wird dieses Instrument von der Landesregierung gar nicht oder nur  
1121 halbherzig genutzt. Dabei muss es ein Kernanliegen einer sozialen Landespolitik sein, gute Arbeit zu  
1122 garantieren.

1123

1124 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1125 ➤ Einen Mindestlohn von 13€ bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, der regelmäßig automatisch angepasst  
1126 wird. Wer 45 Jahre in Vollzeit arbeitet, soll eine Rente bekommen oberhalb der Grundsicherung
- 1127 ➤ Erhöhung der Arbeitsstandards und bessere Kontrolle der Einhaltung der Mindeststandards in der  
1128 Schlachthofindustrie
- 1129 ➤ Das Landes-Vergabegesetz muss so aufgebaut werden, dass öffentliche Aufträge in Niedersachsen nur  
1130 noch an Unternehmen gehen, die wenigstens einen Mindestlohn von 13 Euro zahlen, auf Leiharbeit  
1131 verzichten und sich an die Tarifverträge in der Branche halten. Unternehmen, die keinem Tarifvertrag  
1132 angehören, sollen keine öffentlichen Aufträge mehr erhalten. Die Vergabeauftraggeber müssen wieder  
1133 eine Kontrollpflicht erhalten.
- 1134 ➤ Niedersachsen muss sich dafür einsetzen, dass es einfacher wird Tarifverträge für allgemeinverbindlich  
1135 zu erklären. Auch gegen den Willen der Unternehmerverbände
- 1136 ➤ Das Verbot von Sonntagsöffnungszeiten darf nicht weiter aufgeweicht werden. Das muss nach dem  
1137 Arbeitszeitgesetz die absolute Ausnahme sein.
- 1138 ➤ Auszubildenden im öffentlichen Dienst soll eine existenzsichernde Vergütung gezahlt werden, nach  
1139 bestandener Prüfung sind sie unbefristet zu übernehmen.
- 1140 ➤ eine Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung. In der  
1141 gegenwärtigen Transformation muss auch die Personalplanung der paritätischen Mitbestimmung  
1142 unterliegen
- 1143 ➤ die Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit, gleichwertige Arbeit - gleicher Lohn
- 1144 ➤ Wir setzen uns für die Öffnung der Hochschulen auch für Berufstätige ein.

1145

## 1146 **Eine Wirtschaft für alle**

1147 Die Corona-Krise hat viele Probleme in unserer niedersächsischen Wirtschaft noch einmal verschärft. Für uns  
1148 als LINKE ist klar, dass die Wirtschaft dem Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt. Für uns steht  
1149 deswegen die Sicherung und Schaffung von gutbezahlten Arbeitsplätzen im Vordergrund. Dafür wollen wir  
1150 gemeinsam mit den Gewerkschaften eine aktive Wirtschaftsförderungs- und Industriepolitik betreiben. Dafür  
1151 müssen wir bereit sein, uns aktiv in die Wirtschaft des Landes einzumischen, statt als Land nur den Rahmen  
1152 vorzugeben. Es müssen Konzepte für regionale Wirtschafts- und Sozialräte entwickelt werden. Die  
1153 niedersächsische Wirtschaft muss dabei in ihrer vollen Breite betrachtet werden: Von Großkonzernen, bis  
1154 hin zu der breiten Masse an kleinen und mittleren Unternehmen, sowie den Läden vor Ort.

1155

1156 Die Landesregierung war in den letzten Jahren viel zu passiv und hat die Gestaltung des Wandels der  
1157 Wirtschaft bisher zu sehr den Märkten überlassen, was für Unsicherheit in den Regionen und bei den  
1158 Beschäftigten geführt hat. Unternehmen der Daseinsfürsorge gehören in die Öffentliche Hand, damit  
1159 Produkte und Produktionsverfahren klimaschonend eingesetzt bzw. gesteuert werden und gute  
1160 Arbeitsplätze gesichert werden. DIE LINKE. Niedersachsen steht konsequent an der Seite der Beschäftigten  
1161 und wird um jeden Arbeitsplatz in Niedersachsen kämpfen.

1162

### 1163 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1164 ➤ Wir unterstützen Formen der Wirtschaftsdemokratie und wollen deswegen betriebliche  
1165 Mitbestimmung und Unternehmensformen mit Mitarbeitenden-Beteiligung gezielt stärken.
- 1166 ➤ eine abgestimmte öffentliche Förderkulisse in Norddeutschland, mit der Verknüpfung von  
1167 ökonomischen mit sozial-ökologischen Kriterien
- 1168 ➤ Wir wollen den sozialen und ökologischen Wandel in der niedersächsischen Wirtschaft gestalten.  
1169 Dazu wollen wir Transformationsräte unter Einbindung von Wissenschaft und Gewerkschaften  
1170 bilden, um z.B. die Umstellung auf die Produktion durch Grünen Wasserstoff in der Stahlindustrie zu  
1171 begleiten.
- 1172 ➤ Wir wollen Start-Ups und innovative kleine Unternehmen fördern und ihre Technologien gerade in  
1173 den Bereichen Digitalisierung und Nachhaltigkeit für den öffentlichen Sektor nutzbar machen.
- 1174 ➤ In der Perspektive wollen wir, dass alle großen Betriebe gesetzliche Regelungen analog dem VW-  
1175 Gesetz erhalten, die den Betriebs- und Personalräten größere Rechte einräumen und insbesondere  
1176 Betriebsverlagerungen oder -schließungen gegen den Willen der Belegschaft unmöglich machen.
- 1177 ➤ DIE LINKE wird den Landesanteil an VW gegen Angriffe verteidigen. Das Land Niedersachsen muss  
1178 endlich seinen Einfluss im Aufsichtsrat gemeinsam mit den Arbeitnehmervertreter:innen nutzen, um  
1179 im Interesse des Gemeinwohls und der Beschäftigten stärker auf die Konzernausrichtung Einfluss zu

- 1180 nehmen. Eine starke Landesbeteiligung ermöglicht eine Politik der Arbeitsplatzsicherheit,  
1181 ökologischer Verantwortlichkeit und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen.
- 1182 ➤ Hersteller und Betreiber von Erneuerbaren Energien sollen weiter gefördert und gestützt werden.  
1183 Hier darf es zu keinem weiteren Verlust von Arbeitsplätzen kommen!
  - 1184 ➤ Die Gründung einer Niedersächsischen Beteiligungsgesellschaft, die aktiv bei Unternehmens-  
1185 Schieflagen und Insolvenzen eingreifen kann. In solchen Fällen soll das Land Eigenkapital im Tausch  
1186 gegen Unternehmensanteilen zur Verfügung stellen und über die Einhaltung guter  
1187 Arbeitsbedingungen und von Tariflöhnen in dem Betrieb wachen
  - 1188 ➤ Das Land soll sich strategisch an Unternehmen beteiligen, um Insolvenzen, Betriebsverlagerungen  
1189 oder Übernahmen zu verhindern.
  - 1190 ➤ einen Verfügungsfonds zum Ankauf oder Anmietung leerstehender Ladenlokale, um Kommunen  
1191 mehr Möglichkeiten zu geben, aktiv in die Gestaltung attraktiver Innenstädte einzugreifen.

1192

### 1193 **Zulieferindustrie**

1194 Die Zulieferer der Automobilindustrie werden durch den Umstieg auf die E-Mobilität und die Digitalisierung  
1195 sehr stark vom Arbeitsplatzabbau betroffen sein. Damit die Beschäftigten auf den Weg in die Zukunft  
1196 mitgenommen werden können, bedarf es zum einen einer Qualifizierungsoffensive in den Betrieben und zum  
1197 anderen eine Analyse für die Unternehmen, wie sie sich zukünftig aufstellen und weiterhin Teil der  
1198 Wertschöpfungskette bleiben können. Eine Grundlage dieses umzusetzen ist die von den Sozialpartnern  
1199 geschaffene Transformationsagentur, deren Gründung erst durch den im Jahre 2021 abgeschlossenen  
1200 Zukunftstarifvertrag möglich wurde. Im Strategiedialog Automobilwirtschaft des Landes Niedersachsen  
1201 wurde das Projekt der Transformationsplattform umgesetzt, welche die Klein- und Mittelständischen  
1202 Unternehmen unterstützen soll Ihre Kompetenzen zu sichten und so zu helfen neue Produkte zu entwickeln  
1203 und die Betriebe sich in der sich stark verändernden Wertschöpfungskette zu etablieren. Dieses wurde von  
1204 der niedersächsischen Landesregierung nicht weit genug forciert, es fehlt eine Komplettanalyse für die  
1205 Zulieferindustrie.

1206

### 1207 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1208 ➤ Eine weitere finanzielle und personelle Aufstockung der Transformationsagentur zur Unterstützung  
1209 der Betriebe bei Dekarbonisierung und Digitalisierung.
- 1210 ➤ Erstellung einer Datenbasis zur Zulieferindustrie in Niedersachsen, welche eine Analyse jedes  
1211 einzelnen Betriebs beinhaltet und helfen soll neue Geschäftsfelder zu kreieren bzw. zu etablieren. In  
1212 Thüringen gibt es eine solche Komplettanalyse, in Niedersachsen nicht.
- 1213 ➤ Unterstützung der Klein- und Mittelständischen Unternehmen durch die Landesregierung bei  
1214 Anträgen für Fördergelder aus dem Zukunftsfond des Bundesministeriums für Wirtschaft und  
1215 Klimaschutz.

1216

## 1217 **Transformation der Industrie sozial, demokratisch und ökologisch gestalten**

1218 Niedersachsen muss als wichtiges Bundesland für die Automobilindustrie eine führende Rolle in der  
1219 Transformation von Industriearbeitsplätzen einnehmen. Die gravierenden Veränderungen in der Arbeitswelt  
1220 müssen ökologisch, sozial und demokratisch gestaltet werden. Die Wirtschaft soll digitaler und muss  
1221 klimaneutral umgebaut werden. Dafür braucht es massive Investitionen für zukunftsfähige sichere  
1222 Arbeitsplätze und konkrete Perspektiven für die Beschäftigten. Laut einer Erhebung der IG Metall mit dem  
1223 Transformationsatlas fehlen in mehr als der Hälfte der Betriebe eine Strategie für die Bewältigung der  
1224 Transformation. Mehr als 70% der Beschäftigten sind nicht informiert wie es zukünftig weitergeht mit Ihren  
1225 Betrieben. Das zeigt wie notwendig die Ausweitung der Mitbestimmung in den Betrieben ist.  
1226 Das Land Niedersachsen braucht eine progressive Finanz- und Wirtschaftspolitik, um durch Anreize  
1227 nachhaltige Investitionen und Planungssicherheit zu schaffen. Die Schuldenbremse ist eine Investitions- und  
1228 Zukunftsbremse, die wie ein Bremsklotz bei der Transformation wirkt. Die Schuldenbremse könnte durch den  
1229 vom DGB vorgeschlagenen Niedersachsenfond ausgehebelt werden (siehe Kapitel Öffentliche Aufgaben  
1230 müssen ausreichend finanziert werden). Die Transformation wird entlang der Wertschöpfungskette neue  
1231 Geschäftsmodelle und Prozesse schaffen. Die Menschen in den betroffenen Betrieben müssen dazu  
1232 bedarfsgerecht qualifiziert und ausgebildet werden.

1233

### 1234 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1235 ➤ Die Einrichtung eines Fonds zum Umbau des Industriestandortes Niedersachsen in der  
1236 Transformation von 75 Milliarden Euro.
- 1237 ➤ Die Einrichtung eines Landesfonds, der die Qualifizierung und Weiterbildung von  
1238 Arbeitnehmern\*innen finanziell unterstützt.
- 1239 ➤ Die Nutzung der Berufsschulen als Weiterbildungszentren für neu entstehende Berufsfelder.

1240

## 1241 **Digitales Niedersachsen**

1242 Ein Flächenland wie Niedersachsen wird von den Versäumnissen der Landesregierung in Sachen  
1243 Digitalisierung besonders hart getroffen. Ganze Landstriche sind noch weiße Flecken in Sachen schnelles  
1244 Internet, Teilweise ist sogar die Internetversorgung an sich ein Problem. Betroffen sind vor allem Dörfer und  
1245 Zugstrecken in ländlichen Regionen. Ähnlich schwarz sieht es in Sachen Mobilfunkabdeckung aus. Wir wollen  
1246 diese Probleme durch massive Investitionen angehen. Keine Gemeinde in Niedersachsen darf von der  
1247 Digitalisierung ausgegrenzt werden, sondern muss mit einbezogen werden. Wir wollen die Digitalisierung der  
1248 Verwaltung und des Landes mit den Menschen und von öffentlicher Seite her gestalten. Wir haben in den  
1249 letzten Jahren gesehen, dass die privaten Akteure nicht in der Lage sind, Niedersachsen fit für die Zukunft zu  
1250 machen und mit guter digitaler Infrastruktur auszustatten.

1251

1252 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1253 ➤ Die konsequente Digitalisierung der Verwaltung weiter vorantreiben, damit Bürgerinnen und Bürger,  
1254 sowie Unternehmern, leichter Anträge, Formulare und andere Behördengänge abwickeln können. Es soll  
1255 dabei auf Open Source (quelloffene) Software gesetzt werden, um einseitige Abhängigkeiten zu  
1256 verhindern.
- 1257 ➤ Das Land soll für die niedersächsischen Kommunen die Entwicklung einer quelloffenen einheitlichen  
1258 Verwaltungssoftware in Auftrag geben. Allen Kommunen sollen kostengünstige Hosting-Angebote für  
1259 den Betrieb gemacht werden.
- 1260 ➤ eine Investitionsoffensive für neue Funkmasten um alle ‚weißen Flecken‘ auf der niedersächsischen  
1261 Funklochkarte zu schließen gerade in den ländlichen Bereichen
- 1262 ➤ Der Breitbandausbau soll in Niedersachsen vom Land gefördert vorangetrieben werden. Dabei sollen die  
1263 Mobilfunknetze in öffentliche Hand überführt werden. Kommunen sollen dabei unterstützt  
1264 werden,eigene Breitband-Projekte aufzulegen. Dabei soll darauf geachtet werden, dass die Kontrolle  
1265 über die Netzwerke nicht bei wenigen großen Unternehmen liegt
- 1266 ➤ Der Ausbau soll grundsätzlich mit Glasfaser statt Kupferkabel erfolgen
- 1267 ➤ Die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen soll gemeinsam mit den Beschäftigten und den  
1268 Gewerkschaften gestaltet werden und es müssen ausreichend Weiterbildungsangebote dazu geschaffen  
1269 werden.
- 1270 ➤ Eine Ausweitung der Qualifizierungsförderung, um den Menschen eine zweite Ausbildung zu  
1271 ermöglichen, ohne Lohnverlust!

1272

1273 **Zukunftsfähige und nachhaltige Häfen**

1274 Die zahlreichen Niedersächsischen Häfen an der Küste und im Binnenland sind wichtiger Teil unserer  
1275 Infrastruktur. Unsere Häfen sind in Ihrer Bedeutung wichtige Lebensader und starke Partner für die  
1276 Wirtschaft. Von den Häfen profitiert eine Vielzahl von Industrie- und Dienstleistungsbereichen, die in allen  
1277 Regionen und Wirtschaftssektoren unseres Landes angesiedelt sind.

1278 Nichtsdestotrotz befinden sich die Niedersächsischen Häfen in einer paradoxen Situation, so dass die  
1279 strategische Entwicklung der Häfen und der Hafenwirtschaft weitgehend der politischen Diskussion und  
1280 öffentlichen Entscheidungsfindung entzogen ist. Ohne Regulierung führen die Häfen einen gnadenlosen  
1281 Konkurrenzkampf und schaffen so Überkapazitäten. Die Rückgewinnung öffentlicher Steuerungskompetenz  
1282 und gesellschaftlicher Entscheidung ist daher eine vorrangige Aufgabe. Einen Betrieb als allgemeiner  
1283 Schwerlasthafen ohne Widmung alternativer Energien lehnt DIE LINKE ab. Notwendig ist eine breitere  
1284 Aufstellung im Gesamtfeld alternativer Energien und Klimawirtschaft. Dafür bietet Niedersachsen  
1285 hervorragende Möglichkeiten, in die jetzt investiert werden sollte.

1286 Die Häfen Niedersachsens sind ein wichtiger Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor mit einer hohen lokalen  
1287 Wertschöpfung und einer sehr vielfältigen Struktur. Die Sanierung der Häfen und ihr qualitativer Ausbau

1288 muss eine höhere Priorität erhalten als bisher. Im Containergeschäft sind die Zeiten stetig wachsender  
1289 Umschlagszahlen bis auf Weiteres vorbei.  
1290 Häfen benötigen eine national und EG-weit abgestimmte Hafenpolitik, die auf Kooperation statt Konkurrenz  
1291 setzt. Die stärkere Digitalisierung und Automatisierung der Häfen ist ein Trend, der nicht einfach der  
1292 Kalkulation privater Betreiber überlassen werden darf, sondern im Rahmen einer öffentlichen Strategie und  
1293 unter Beteiligung von Gewerkschaften und Beschäftigten gestaltet werden muss. Wir wollen, dass eine  
1294 Digitalisierungsstrategie für die Häfen erarbeitet wird, die insbesondere der Perspektive der Beschäftigten  
1295 Rechnung trägt. Unser Ziel ist es, tarifliche und betriebsverfassungsrechtliche Vorschriften so auszuweiten,  
1296 dass technologischer Wandel zum Wohle und zum Schutz der Beschäftigten genutzt werden kann.

1297

#### 1298 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1299 ➤ Niedersachsen wird sich dafür einsetzen, dass es eine engere Kooperation der norddeutschen Häfen im  
1300 Rahmen einer nationalen und EG-weiten Hafenstrategie gibt. Die Häfen müssen sich auf gemeinsame  
1301 soziale und ökologische Standards einigen, um den Konkurrenzdruck nicht auf den Rücken von Umwelt  
1302 und Beschäftigten abzuladen.
- 1303 ➤ Das Land Niedersachsen erarbeitet gemeinsam mit Gewerkschaften und Betrieben eine  
1304 Digitalisierungsstrategie für die Häfen. Die Digitalisierung soll von den Beschäftigten gestaltet werden  
1305 und nicht über diese hinweg.
- 1306 ➤ Wir wollen das Geschäft mit dem Krieg aus Niedersachsen verbieten. Der Umschlag von Waffen an  
1307 unseren Häfen soll analog zum Umschlag von Kernbrennstoffen verboten werden.
- 1308 ➤ Die Linke fordert die Anpassung der Hafenverordnung/ Ladungssicherungsarbeiten -"Laschen ist  
1309 Hafenarbeit".

1310

#### 1311 **Gerecht geht anders – Soziale Sicherheit für alle**

1312

1313 Niedersachsen ist immer noch ein Bundesland mit tiefgreifenden sozialen Verwerfungen. Wir wollen die  
1314 soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge zwischen Harz und Nordsee deswegen ausbauen. Dazu  
1315 gehören unabhängige Beratungsstrukturen um Menschen bei Ärger mit dem Jobcenter zur Seite zu stehen  
1316 eben so sehr, wie eigene Programme um Menschen nach langer Arbeitslosigkeit wieder eine Perspektive in  
1317 einem Job zu schieben. Die soziale Frage ist bei weitem keine reine Frage der Bundespolitik! Eine neue  
1318 Landesregierung muss alle Instrumente zur Armutsbekämpfung nutzen die es hat. Die Würde des Menschen  
1319 ist unantastbar und nichts entwürdigt Menschen mehr als drückende Armut. Tafeln und Suppenküchen  
1320 leisten dort Hilfe, wo die öffentliche Fürsorge-Pflicht versagt hat. Das Land muss dafür sorgen, dass niemand  
1321 auf die Leistung der Tafeln angewiesen ist.

1322

1323 Und darüber hinaus: Unser Bundesland muss im Bundesrat ganz vorne für die Abschaffung von Hartz-IV und  
1324 für eine armutsfeste Rente kämpfen. Immer noch jedes fünfte Kind in Niedersachsen ist arm, und dies ist  
1325 immer die Armut der Eltern. Ebenfalls ist die weiterwachsende Altersarmut ein Problem, dem wir uns endlich  
1326 stellen müssen. Sozialleistungen müssen zum Leben reichen, und eine Teilhabe am Leben gewährleisten!

1327

1328 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1329 ➤ einen eigenen Zuschlag an Empfänger von Transferleistungen zahlen des Landes gegen die  
1330 angestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise. Die Beträge des Bundes sind viel zu gering. Der  
1331 Zuschuss soll dabei unbürokratisch und unaufgefordert gezahlt werden.
- 1332 ➤ eine „Niedersachsen-Card“, welche Menschen, die unter 60% des Durchschnittseinkommens  
1333 bekommen, einen kostenfreien Zugang zu Museen, Sportvereinen oder anderen Einrichtungen  
1334 ermöglichen soll. Außerdem soll ein ermäßigter Zugang zum ÖPNV sichergestellt werden.
- 1335 ➤ Gesicherte Finanzierung unabhängiger Schuldner- und Sozialberatungsstellen durch das Land.
- 1336 ➤ eigenes Förderprogramm des Landes Niedersachsen um Langzeitarbeitslose wieder in gute Arbeit zu  
1337 vermitteln und im Zweifel auch notwendige Fortbildungen oder Umschulungen zu finanzieren, nach  
1338 dem Vorbild von Berlin.
- 1339 ➤ Gezielte Bekämpfung von Obdachlosigkeit, indem das Land ‚Hosing First‘-Projekte in ganz  
1340 Niedersachsen direkt unterstützt oder initiiert. Wohnungslose müssen direkt und mit  
1341 entsprechender sozialer Beratung untergebracht werden.
- 1342 ➤ eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung von Hartz IV. Wir setzen uns ein für eine sanktionsfreie  
1343 Mindestsicherung, die das vom Bundesverfassungsgericht anerkannte Recht auf menschenwürdige  
1344 Existenz und gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet. Die tatsächlichen Kosten für Unterkunft  
1345 müssen übernommen werden, um Zwangsumzüge zu verhindern.

1346

1347 **Klima und Umwelt schützen**

1348

1349 Die skrupellose Ausplünderung der Naturressourcen, die Schädigungen der Umwelt und vor allem die  
1350 klimaverändernden Eingriffe in die unseren Planeten umgebende Atmosphäre haben ein solches Ausmaß  
1351 erreicht, dass die bisherige Art des Produzierens und Lebens die Grenze der Belastbarkeit bereits  
1352 überschritten hat. Die Klimakrise wartet nicht. Die Schäden an den Ostfriesischen Inseln, die Dürren 2019  
1353 und 2020 oder das Hochwasser im Ahrtal 2021 machen es deutlich: Die Auswirkungen sind verheerend und  
1354 sie sind konkret. Global drohen Dürreperioden, Waldbrände, gewaltige Stürme, das Abschmelzen der Pole  
1355 und der damit verbundene Anstieg des Meeresspiegels Teile der Erde unbewohnbar zu machen.  
1356 Verwüstungen und das beginnende Auftauen der Permafrostböden mit dem Freisetzen riesiger Mengen die  
1357 Atmosphäre belastender Methangase werden diese schädlichen Entwicklungen noch weiter verschlimmern



1358 Es drohen im Zuge dieser Entwicklungen deutlich mehr Hungersnöte, neue Kriege um Ressourcen wie  
1359 Wasser, und riesige Fluchtbewegungen.

1360 Die Fortsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise kann diese Entwicklungen nicht aufhalten - im  
1361 Gegenteil, sie beschleunigt sie noch. Ihr Marktmechanismus ist für soziale und ökologische Fragen blind.  
1362 Ohne starke Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaftsweise werden die 2015 auf der Klimakonferenz in Paris  
1363 formulierten Ziele, die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, nicht eingehalten werden können und die  
1364 Menschheit ihren eigenen Untergang besiegeln.

1365

1366 DIE LINKE verknüpft als einzige Partei die ökologische mit der sozialen Frage. Lebensqualität sowie gesunde  
1367 Lebens- und Arbeitsbedingungen sind ohne einen echten sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft  
1368 nicht möglich. Gleichzeitig kann eine nachhaltige ökologische Wende nicht zu Lasten der ärmeren  
1369 Bevölkerungsteile umgesetzt werden, schon allein, weil die größten Konzerne des Planeten gleichzeitig auch  
1370 die größten Emittenten von Treibhausgasen sind. Es ist unsere Art des Wirtschaftens, die einen Raubbau an  
1371 den natürlichen Ressourcen betreibt und unsere Umwelt übermäßig belastet. Das Landesklimaschutzgesetz  
1372 muss schnellstmöglich verschärft werden. Als Zieljahr der Klimaneutralität muss 2045 angestrebt werden.  
1373 Die Landesregierung muss umfassende Energiesparmaßnahmen mit einem klaren Zeitplan ergreifen.

1374

### 1375 **Die Energiewende beginnt vor Ort**

1376 An der Inflation 2022, die maßgeblich energiepreisgetrieben ist, zeigt sich deutlich: Die Energiewende ist  
1377 auch Sozialpolitik. Wir verfolgen das Ziel, die Gewinnung von Energie so zu gestalten, dass sie ausschließlich  
1378 aus erneuerbaren Quellen erfolgt. Die kommunale Energieversorgung soll vor Ort transparent, demokratisch  
1379 und dort wo möglich genossenschaftlich, unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der betroffenen  
1380 Beschäftigten organisiert werden.

1381

1382 Sauberer Strom ist aus Wind, Sonne, Bioabfällen und umweltfreundlich genutzter Wasserkraft in  
1383 Niedersachsen zu gewinnen. Zum Heizen kommt die Energie aus Erdwärme und von der Sonne. Einige  
1384 energieintensive Industrien und die chemische Industrie können zunehmend mit Wasserstoff, der aus  
1385 erneuerbaren Energiequellen gewonnen wird, arbeiten. Die umweltschädliche Erzeugung von Wasserstoff  
1386 aus Erdgas, mit Strom aus primär dafür errichteten Holzkraftwerken oder sogar aus Atomkraft, wie sie uns  
1387 von interessierter Seite als angeblich alternative Energiequelle verkauft wird, lehnen wir ab.

1388

1389 Der notwendige sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft ist auch arbeitsmarktpolitisch von hohem  
1390 Interesse: In vielen niedersächsischen Regionen, so auch infrastrukturschwachen Räumen wie in Ostfriesland  
1391 entstehen tausendfach sichere Arbeitsplätze und das nicht nur in der Produktion, sondern auch im örtlichen  
1392 Handwerk. Kommunen profitieren von den Gewerbesteuererträgen der Windparks, regionale  
1393 Wirtschaftskreisläufe werden gestärkt.

1394

1395 Photovoltaik und Solarthermieanlagen auf Dächern von öffentlichen Gebäuden erzeugen große Mengen  
1396 regenerativer Energie ohne jeglichen zusätzlichen Flächenbedarf. Wir wollen die ordnungsrechtlichen  
1397 Möglichkeiten nutzen, um regenerative Energien und Energieeffizienz zur Pflicht zu machen. Wo das aus  
1398 Gründen des Bestandsschutz nicht möglich ist, sind Förderprogramme aufzulegen.

1399

1400 Die bisher ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung werden diesen Anforderungen nicht gerecht. Es  
1401 passiert viel zu wenig von dem, was technisch machbar und politisch notwendig ist, um möglichst schnell  
1402 vollständig aus der Atomkraft und fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl und Erdgas aussteigen zu können.  
1403 Alle Kohlekraftwerke im Land müssen schnellstmöglich stillgelegt werden. Es braucht ein Konzept wie  
1404 Niedersachsen aus den fossilen Energien wie Gas komplett aussteigt, den Energieverbrauch senkt und  
1405 möglichst schnell klimaneutral wird. Mit der einseitigen Orientierung auf die Offshore-Windenergie werden  
1406 eher Kapitalinteressen der großen Energiekonzerne in den Blick genommen. Wind und Sonne, Biomasse und  
1407 Wasser brauchen keine riesigen Kraftwerkseinheiten. Sie müssen nicht über tausende Kilometer  
1408 transportiert werden. Produktion und Verbrauch können besser regional und demokratische organisiert  
1409 werden.

1410

1411 Mit Beginn der russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben Pläne der Landesregierung, in Stade und  
1412 Wilhelmshaven Terminals für sog. LNG-Gas (Flüssiggas) zu fördern, erneut an Fahrt aufgenommen. DIE LINKE  
1413 lehnt das ab. Die Emissionen aus der Erdgasförderung schaden nachgewiesener Maßen dem Klima - weltweit.  
1414 Statt in neue Infrastruktur für Erdgas zu investieren, die erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts in Betrieb  
1415 genommen werden würde, brauchen wir einen Plan, aus dem Erdgas und der Abhängigkeit von  
1416 Energieimporten auszusteigen. Kurzfristig müssen zur Sicherung der Versorgungssicherheit die Gasspeicher  
1417 in Niedersachsen vergesellschaftet und unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.

1418

1419 Das Energieeinsparpotenzial ist längst nicht ausgereizt, sowohl im Verkehrsbereich als auch bei der  
1420 Energienutzung im gewerblichen und privaten Bereich. Dieses endlich umzusetzen, nutzt der Umwelt und ist  
1421 gleichzeitig kostengünstig für die Nutzerinnen und Nutzer. Große Potentiale zur Bindung von CO2 liegen in  
1422 Mooren und Wäldern.

1423

1424 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1425 ➤ Der Kohleausstieg im Land muss deutlich beschleunigt werden
- 1426 ➤ Die ökologische Energiewende aus energetischer Sanierung, Energieeffizienz und dem zügigen Ausbau  
1427 dezentraler alternativer Energieversorgung muss mit Landesmitteln in Forschung und Umsetzung  
1428 intensiv gefördert werden

- 1429 ➤ eine Umkehr der Tarifstrukturen, nach denen bisher die Kleinverbraucher:innen hohe, die  
1430 Großverbraucher:innen aber niedrige Tarife zahlen. Kommunen, in denen die Preisgestaltung sich vor  
1431 allem an sozialen Kriterien orientiert, sind besonders zu fördern
- 1432 ➤ Wir brauchen öffentlich kontrollierte, kommunal oder genossenschaftlich verwaltete Energiewerke, die  
1433 die Möglichkeiten nutzen, durch intelligentes Stoffstrom-Management die erneuerbaren Energien vor  
1434 Ort (Wasser, Wind, Sonne, Abwärmenutzung biologischer Prozesse) optimal miteinander zu verzahnen  
1435 und mit energetischer Sanierung aller Gebäude zu verknüpfen.
- 1436 ➤ Stromversorgungsnetze gehören in öffentliche Kontrolle, am besten in die Hand kommunaler  
1437 Versorgungsverbände oder von Energiegenossenschaften.
- 1438 ➤ Über die landeseigene NBank soll flächendeckend eine warmmietenneutrale Förderung von  
1439 Energieeinsparungsmaßnahmen in Gebäuden gefördert werden.
- 1440 ➤ Die niedersächsische Bauordnung ist so zu ändern, dass Neubauten strengeren energetischen Standards  
1441 entsprechen müssen. Das muss eine Pflicht zu Photovoltaik-/Solaranlagen auf Neubauten enthalten sowie  
1442 zur entsprechenden Ausrüstung aller öffentlichen Gebäude
- 1443 ➤ Ein landesweites Förderprogramm zur Wärmedämmung von Gebäuden mit nachwachsenden  
1444 Dämmstoffen ist aufzulegen.
- 1445 ➤ Die Landesregierung muss auf die Energieversorger:innen einwirken, ihre Tarife so zu gestalten, dass  
1446 eine preisgünstige Grundversorgung gewährleistet wird und zur Gegenfinanzierung  
1447 überdurchschnittlicher Verbrauch teurer gemacht wird.
- 1448 ➤ Alle Landeseinrichtungen müssen umgehend auf regenerative Energieträger umgestellt werden. An  
1449 Gebäuden von Landeseinrichtungen sollen geeignete Flächen zur Solarenergiegewinnung genutzt  
1450 werden.
- 1451 ➤ Industrielle Abwärme soll in Fernwärmenetzen zum Heizen genutzt werden
- 1452 ➤ Bei der Windenergie muss vorrangig die Onshore-Windkraft gegenüber großen Offshore-Windparks  
1453 genutzt werden. Mit einem eigenen niedersächsischen Repowering-Gesetz muss die Nutzung  
1454 insbesondere von Onshore-Windkraftanlagen erleichtert und effektiver werden.
- 1455 ➤ Gute und große Energiespeicher sind eine der letzten Herausforderungen für eine vollständig  
1456 erneuerbare Energieversorgung. Hier muss Niedersachsen zum Vorreiter werden. Dazu muss das Land  
1457 Forschung und Entwicklung stärker unterstützen und finanzieren
- 1458 ➤ Die Vorzüge von Biogas sind zu nutzen und die heute mit ihr verbundenen negativen Auswirkungen  
1459 beenden. Die „Fütterung“ von Biogasanlagen darf ausschließlich mit heimischen land- und  
1460 forstwirtschaftlichen Rückständen und nicht mit verfütterbarem Grünschnitt erfolgen. Den zusätzlichen  
1461 Anbau spezifischer energiereicher Pflanzen wie Mais zum ausschließlichen Biogaseinsatz lehnen wir ab.
- 1462 ➤ Die Landesregierung muss ein Programm zur Renaturierung von Mooren und zugleich ein  
1463 Aufforstungsprogramm entwickeln und umsetzen, weil dadurch wirksam auf natürliche Weise CO<sub>2</sub>  
1464 gespeichert werden kann.

1465

1466 **Atomausstieg realisieren - Gefährdungen verhindern**

1467 Wir haben eine Vision eines strahlenfreien Niedersachsens für uns und unsere Nachfolgenerationen. Wir  
1468 wollen nachfolgenden Generationen ein strahlenfreies Niedersachsen übergeben.

1469 Wenn die Zusagen eingehalten werden, wird ab Anfang 2023 kein Atomkraftwerk in Niedersachsen mehr am  
1470 Netz sein. Das ist ein Erfolg der Anti-AKW-Bewegung. Aber: An keinem Ort in Deutschland ist so viel radioaktiv  
1471 strahlender Müll gestapelt wie in Gorleben im niedersächsischen Wendland. Keine Region ist durch den  
1472 Widerstand der dort lebenden Menschen und der vielen Tausende, die sie aus ganz Europa unterstützen, so  
1473 zum Symbol des Kampfes gegen den atomaren Wahnsinn geworden. Es ist wissenschaftlich längst bewiesen,  
1474 dass Salzstöcke wie in Gorleben als Endlagerstätte ungeeignet sind. Weder der jetzigen SPD-CDU-  
1475 Landesregierung noch der vorherigen Landesregierung aus SPD und Grünen ist es gelungen, Gorleben als  
1476 mögliche Endlageralternative endgültig zu streichen.

1477

1478 Das marode Atommülllager Asse II bei Wolfenbüttel gilt als das größte Umweltproblem des Landes. Im  
1479 ursprünglich als "Versuchsendlager" offiziell ausgewiesenen ehemaligen Salzbergwerk verrosteten rund  
1480 126.000 Fässer mit radioaktivem und chemisch toxischem Müll und drohen das Trinkwasser für uns, unsere  
1481 Kinder, Enkel- und Urenkelkinder bis hin zu Weser und Elbe zu vergiften.

1482 Das alte und marode Eisenerzbergwerk Schacht KONRAD in Salzgitter wird derzeit zu einem  
1483 Atommüllendlager umgebaut, obwohl es in keiner Weise den heutigen Sicherheitsanforderungen entspricht.  
1484 Deshalb muss beim Schacht KONRAD ein sofortiger Baustopp verhängt werden, damit nicht weitere Fakten  
1485 geschaffen werden können.

1486

1487 DIE LINKE kämpft in enger Zusammenarbeit mit den Bürger:innen-Initiativen im Wendland, um Schacht  
1488 Konrad, um die Asse, um die Atomkraftwerke Grohnde und Emsland sowie der Brennelemente-Fertigung in  
1489 Lingen energisch für einen unumkehrbaren Atomausstieg und für eine andere Energiepolitik. Dabei  
1490 konzentrieren wir uns auf folgende Kernforderungen:

1491

1492 Die Produktion weiteren Atommülls muss durch die unverzügliche Stilllegung aller Atomanlagen beendet  
1493 werden. Wir setzen bei der Durchsetzung des unverzüglichen Atomausstiegs auf einen schnellstmöglichen  
1494 Abschluss des Ausstiegs und auf eine sicher gebunkerte Aufbewahrung des Atommülls; jeder  
1495 Lagerungsschritt muss technisch revidierbar sein. Alle Vorhaben, radioaktiven Abfall in Salz „end“zulagern,  
1496 sind gescheitert. Sie müssen sofort eingestellt, das geologisch völlig untaugliche Endlager in Gorleben muss  
1497 endgültig aufgegeben werden.

1498

1499 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1500 ➤ Keine Vorfestlegung auf mögliche Atommülllager, weder geografisch noch auf spezifische  
1501 geologische Formationen
- 1502 ➤ den radioaktiven und chemisch toxischen Müll in der Asse unverzüglich und vollständig  
1503 zurückgeholt und sicher zwischenlagern; die Asse danach zügig sanieren
- 1504 ➤ das Endlager Konrad darf nicht in Betrieb gehen. Der Planfeststellungsbeschluss muss aufgehoben  
1505 werden
- 1506 ➤ die atomare Brennelementfertigungsanlage in Lingen schließen
- 1507 ➤ die niedersächsischen Häfen werden für den Transport von Atombrennstäben und Atommüll  
1508 gesperrt
- 1509 ➤ die Katastrophenpläne für noch existierende Atomanlagen veröffentlichen
- 1510 ➤ allen Versuchen auf EU-Ebene, dem Atomstrom eine Renaissance zu verschaffen, entschieden  
1511 entgegenzutreten
- 1512 ➤ Wir wollen eine Bundesratsinitiative ergreifen, damit Deutschland aus dem Euratom-Vertrag  
1513 aussteigt, der Europäischen Atombehörde, für die weiterhin *„die Kernenergie eine unentbehrliche  
1514 Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt  
1515 darstellt.“ (Aus der Präambel des Euratom-Vertrages)*. Der durchsichtige Versuch, Atomkraft als  
1516 saubere und klimafreundliche Energievariante darzustellen, wie es auf EU-Ebene versucht wird, stößt  
1517 auf unseren erbitterten Widerstand
- 1518 ➤ Wir wollen mit einer Bundesratsinitiative dafür sorgen, dass die Energiekonzerne für eine sichere  
1519 Zwischenlagerung des Atommülls deutlich stärker zur Kasse gebeten werden als das jetzt die  
1520 Bundesregierung mit Unterstützung der Grünen mit diesen vereinbart hat.
- 1521 ➤ Wir lehnen den Freikauf der Atomkonzerne von den Kosten der Endlagerung ab. Sie sollen die  
1522 gesamten Kosten für die zukünftige Endlagerung übernehmen.

1523

1524 **Gefährdung von Natur und Umwelt - konsequentes Handeln dringend erforderlich**

1525 Niedersachsen als Flächenland hat eine reichhaltige Natur. Natürliche Landschaftsbereiche, Pflanzen und  
1526 Tiere sind aber auch hier in Gefahr. Mehr als die Hälfte der Fläche Niedersachsens wird landwirtschaftlich  
1527 genutzt und ist mit der verbreiteten industriellen Landwirtschaftsweise nicht als Natur zu bezeichnen. Unser  
1528 Wald, der für die CO2-Bilanz und als Lebensraum eine wichtige Rolle spielt, wird in erster Linie als  
1529 Holzlieferant gesehen. Für eine möglichst gewinnsteigernde Waldnutzung werden Baumarten angepflanzt,  
1530 die schnell viel brauchbares Holz liefern. Monokultur-Forste gefährden das Gleichgewicht der Arten und ihre  
1531 Vielfalt. Zunehmend werden Flächen versiegelt, die somit für eine natürliche Wasserversickerung nicht mehr  
1532 zur Verfügung stehen. Flüsse werden tiefer ausgebaggert und kanalisiert statt sie in ihrem natürlichen Verlauf  
1533 mit Überflutungsflächen und einem natürlichen Mündungsgebiet zu erhalten. Der Ausbau der FFH-Gebiete  
1534 geht zu langsam, entspricht nicht den Vorgaben der EU und hat zudem millionenschwere Strafen aus EU-  
1535 Vertragsverletzungsverfahren zur Folge. Unsere Grundwasservorräte sind bedroht: durch

1536 trockenheitsbedingte mangelhafte Ergänzung der Grundwasservorräte und durch übermäßige Entnahmen,  
1537 sowie von Schadstoffen und zu viel ausgebrachter Gülle. Gleichzeitig treten bei zu Sturmfluten Starkregen in  
1538 küstennahen Gebieten auf, die die Entwässerung gefährden.

1539

1540 Altlasten und Salzeinleitung in die Werra durch den Konzern „Kali und Salz“ sowie Pestizide wie Glyphosat  
1541 und Düngereintrag aus Intensivlandwirtschaft vergiften Wasser, Boden und Luft und damit auch den  
1542 Menschen.

1543

1544 Für große Gaskavernenprojekte in Ostfriesland wird hochkonzentrierte Salzsole in die Ems und die Nordsee  
1545 verklappt; die Genehmigung der Gaspipelines und Kavernenlager erfolgt auf der Grundlage des Bergrechts,  
1546 das Anwohner:innen-Rechte nahezu vollständig ignoriert.

1547

1548 Die Erdgas- und Erdölförderung in Niedersachsen hat jahrzehntelang keine Rücksicht auf Mensch und Natur  
1549 genommen. Hochgiftige Schlammablagerungen, Giftstoffe im Trink- und Grundwasser und jahrlanges  
1550 ungefiltertes Abfackeln von Erdgas bringen nun 10-20 Jahre später erschreckende Ergebnisse: Deutlich  
1551 vermehrte spezifische Krebserkrankungen im Umfeld der Förderplätze. Die Industrie weist jegliche  
1552 Verantwortung von sich und die Landesregierung handelt viel zu langsam.

1553

1554 Zusätzlich werden -gefördert mit öffentlichen Mitteln- von großen Erdgasfirmen bei der Erdgassuche und -  
1555 förderung hochgiftige Chemikalien in den Untergrund verpresst („Fracking“), was zusätzlich in mehreren  
1556 Regionen bereits zu Grundwasserschäden geführt hat.

1557 Erdbebenschäden bei der konventionellen Erdgasförderung sowie beim Fracking sind häufig weitere  
1558 Belastungen für die Bevölkerung.

1559

1560 DIE SPD-CDU-Landesregierung hat die Erdgasfirmen sogar noch belohnt. Mehr als 250 Millionen Euro wurden  
1561 vom Land nicht eingenommen, weil die Regierung die Förderabgabe zu Gunsten der Konzerne gesenkt hatte.  
1562 Die genaue Zahl der Subvention ist bis heute geheim.

1563

1564 Auch in Niedersachsen nimmt das Artensterben zu. Je mehr die Temperatur ansteigt und je instabiler die  
1565 Ökosysteme werden, umso mehr Tier- und Pflanzenarten verlieren wir. Insekten sind für das Bestäuben von  
1566 Fruchtblüten unerlässlich. Bienen sind durch Umweltbelastungen gefährdet. Die Landesregierung hat mit  
1567 dem „Niedersächsischen Weg“ einen ersten Schritt getan, diese Probleme anzugehen. Das reicht aber nicht.

1568

1569 Nicht nur in Stadtgebieten ist es zu laut, auch an Bahnstrecken und Flugschneisen außerhalb der Städte  
1570 nimmt die gesundheitsgefährdende Lärmbelastung zu.

1571

1572 Die Vision der LINKEN ist, dass unsere Kinder und Kindeskinde viele verschiedene Lebensräume, Tier- und  
1573 Pflanzenarten erleben können. Die Luft, die wir atmen, und das Wasser, das wir trinken, müssen frisch,  
1574 sauber und gesund sein. DIE LINKE will unsere Natur in ihrer Vielfalt sowie Mensch und Umwelt vor  
1575 Gefährdungen schützen.

1576

1577 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1578 ➤ keine Abholzung von Alleen unter dem Vorwand der Unfallvermeidung
- 1579 ➤ keine Versiegelung weiterer Flächen – stattdessen: Entsiegelung ungenutzter Flächen
- 1580 ➤ Ausweitung von Grünflächen für die Erhöhung der Lebensqualität – Erhalt und Ausweitung  
1581 innerstädtischer Grünbereiche
- 1582 ➤ Förderung des Landes für die Einrichtung kommunaler Gemeinschaftsgärten
- 1583 ➤ Ausgleichsflächen im Rahmen von Baumaßnahmen müssen in räumlicher Nähe errichtet werden
- 1584 ➤ Natur- und Landschaftsschutzgebiete erhalten und ausweiten, Biotopverbünde stärken, Ausweitung  
1585 der LÖWE (Langfristige Ökologische Wald-Entwicklung) -Schutzziele auch auf private Waldflächen
- 1586 ➤ ein Landesaufforstungsprogramm, um mehr Waldflächen zu schaffen – für das Klima und als  
1587 Erholungsflächen
- 1588 ➤ völlige Einstellung des Torfabbaus in Niedersachsen und Realisierung von Nationalparkgebieten auf  
1589 Moorflächen – Sicherung weiterer Moorflächen im Programm Natura 2000
- 1590 ➤ Erhalt und Neueinpflanzung von Saumbiotopen wie Hecken, Feldrainen, Gewässerrandstreifen von  
1591 mind. 5m, etc. zum Erhalt der Artenvielfalt. Wirksame Maßnahmen zum Schutz der Bienen;  
1592 Sicherung des Bestands der Wölfe, präventive Schutzmaßnahmen und vollständigen  
1593 Schadensausgleich für durch Wolfsriss betroffene Schäfer:innen; Jagdausübung ausschließlich nach  
1594 ökologischen Prinzipien, keine „Lustjagdveranstaltungen“ für Prominente
- 1595 ➤ keine Verwendung von Tropenholz in öffentlichen Einrichtungen
- 1596 ➤ Einrichtung von Wildbrücken und Tunneln über Straßen, die Waldgebiete zerschneiden
- 1597 ➤ keine Weser-, Elbe- oder Emsvertiefung – auch wegen der dadurch zunehmenden Versalzung der  
1598 Binnengewässer
- 1599 ➤ freier Zugang zur Natur überall, insbesondere an der gesamten niedersächsischen Nordseeküste
- 1600 ➤ Rückverlegung von Deichen zur Schaffung von Flächen, auf denen sich das Wasser ausdehnen kann  
1601 und Erhöhung der Deiche
- 1602 ➤ Abstimmung mit Hessen und Thüringen mit dem Ziel des Verbots einer weiteren Versalzung von  
1603 Werra und Weser durch die Firma Kali & Salz
- 1604 ➤ Regulierung der Grundwasserentnahme durch die Industrie und in gefährdeten Gebieten auch durch  
1605 die Landwirtschaft
- 1606 ➤ Industrieabwässer müssen kontrolliert gereinigt werden
- 1607 ➤ Die Verwendung von Gülle muss erheblich eingeschränkt werden

- 1608      ➤ Gemeinsam mit den kommunalen Versorgungsunternehmen wird ein Konzept entwickelt für die  
1609              getrennte Versorgung mit Brauch- und Trinkwasser; in besonders gefährdeten Gebieten kann auch  
1610              der Einbau getrennter Systeme baurechtlich vorgeschrieben werden
- 1611      ➤ Genehmigungsverfahren für Gaskavernen und -leitungen unter das Umweltrecht mit verbindlicher  
1612              Umweltverträglichkeit stellen
- 1613      ➤ keinerlei ungefilterte Abfackelung mehr bei der Erdgasförderung – Absolutes Verbot des sog.  
1614              Abblasens von Gas
- 1615      ➤ keine neuen Genehmigungen zur Förderung von Erdgas und Erdöl in Niedersachsen
- 1616      ➤ ordnungsgemäße Entsorgung hochgiftiger Abfälle aus der Erdöl- und Erdgasförderung
- 1617      ➤ umfangreiche Landesstudie zur Ursachenermittlung der Krebshäufungen und anderer Krankheiten  
1618              im Umfeld von Erdgas- und Erdölförderstätten
- 1619      ➤ Totalverbot des Frackings
- 1620      ➤ kein Bau von LNG-Terminals
- 1621      ➤ Verstärkung der Gefährdungsabschätzung und der Sanierung von gefährlichen Altlasten und  
1622              Schaffung eines Fonds zur landesweiten Altlastensanierung unter Heranziehung der Industrie
- 1623      ➤ den zunehmende Müllberg durch Einwegbecher stoppen; jährlich werden mehrere Milliarden  
1624              Coffee-to-go-Becher in Deutschland verbraucht; wir wollen uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass  
1625              zukünftig Mehrwegbecher mit einem Pfandsystem genutzt werden; übergangsweise sollen die  
1626              Einwegbecher in Niedersachsen mit einer Umweltabgabe belastet werden
- 1627      ➤ landesweites Lärmschutzprogramm unter Einschluss eines Nachtflugverbotes für niedersächsische  
1628              Flughäfen
- 1629      ➤ Verstärkung der personellen und finanziellen Landesressourcen, um effektiv die Bevölkerung vor  
1630              schädlichen Einflüssen aus Industrie und Verkehr schützen zu können.

1631

## 1632 **Demokratie und öffentliches Allgemeinwohl**

1633

### 1634 **Kultur von allen und für alle**

1635 DIE LINKE geht von einem umfassenden Kulturbegriff aus. Unser Ziel ist, dass Kultur offen und vielfältig ist  
1636 und dass alle Menschen sie in dieser Vielfalt gestalten und erleben können. Niemand darf vom Zugang zu  
1637 Kultur ausgegrenzt sein, weil sie oder er ein geringes Einkommen hat, auf dem Land wohnt oder mit wenig  
1638 Zugang zu Kultur aufgewachsen ist. Wir wollen, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene Kultur selbst  
1639 gestalten können und treten deshalb für offene und selbstverwaltete Förderstrukturen ein.

1640

1641 Neben den großen Landeseinrichtungen, Opern, Theater und Museen gibt es viel mehr und auch neue  
1642 Ausprägungen von Kultur. Freie Theater, kleine Kinos, Clubs, Festivals, Soziokultur und kulturelle  
1643 (Jugend-)Bildung fallen bisher zu oft unter den Tisch, obwohl hier mit vergleichsweise wenig Geld viel erreicht



1644 werden könnte. Eine lebendige Kulturszene ist auch Ausdruck für eine lebendige Gesellschaft. Kultur schafft  
1645 Innovation, sie ist ein Labor für gesellschaftlichen Fortschritt.

1646

1647 Kulturell Tätige sind oft schlecht bezahlt und unzureichend abgesichert. Seit 2018 wurden die Vergütungen  
1648 nicht erhöht. Und viele kulturelle Angebote sind kaum erschwinglich für die vielen Menschen mit niedrigen  
1649 Einkommen oder für Hartz IV Empfänger:innen. Kultur darf nichts Elitäres sein, dass sich nur ein Teil der  
1650 Menschen leisten kann und von dem viele ausgegrenzt sind.

1651

1652 In der Corona-Krise hat besonders das kulturelle Leben gelitten. Betroffen sind die Künstlerinnen und  
1653 Künstler. Solo-Selbständige und Kleinstunternehmer leben am Rande ihrer Existenz. Die finanziellen Folgen  
1654 der Corona-Krise gefährden auch kulturelle Einrichtungen, weil die Regierenden hier Sparpotentiale sehen.  
1655 Die Spielstätten-Förderung für die freien Theater ist immer noch nicht gesichert. Projekte der Sozio-Kultur,  
1656 aber zunehmend auch etablierte Einrichtungen, kämpfen um ihr Überleben. Kulturelle Einrichtungen leiden  
1657 zunehmend unter einem an die Substanz gehenden Investitionsstau. Theater und Orchester benötigen auch  
1658 Planungssicherheit durch langfristig angelegte verbindliche Förderverträge. Niedersachsen liegt bei der  
1659 Kulturförderung an drittletzter Stelle im Vergleich der Bundesländer. Kulturminister Thümmler hat ein  
1660 Kulturfördergesetz eingebracht, das so unkonkret ist, dass es auch wegbleiben könnte.

1661

1662 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1663 ➤ Aufstockung der Kulturförderung - einschließlich der Mittel der Kommunen - mindestens auf das  
1664 Durchschnittsmaß aller Bundesländer
- 1665 ➤ ein spezielles Landesprogramm zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstler, die unter der  
1666 Corona-Krise gelitten haben
- 1667 ➤ freier oder mindestens stark ermäßigter Eintritt in kulturellen Landeseinrichtungen für Kinder,  
1668 Jugendliche und Finanzschwache
- 1669 ➤ Ausweitung von theater-, musik-, museums- und medienpädagogischem Angebot, insbesondere in  
1670 den ländlichen Regionen
- 1671 ➤ Ausbau der Kinder- und Jugendtheater
- 1672 ➤ Kultureinrichtungen müssen barrierefrei sein und inklusive Angebote unterbreiten - das geht nur mit  
1673 ausreichendem Personal
- 1674 ➤ Absicherung kultureller Einrichtungen auf kommunaler Ebene durch ausreichende Landeszuschüsse
- 1675 ➤ Förderung von Kulturentwicklungsplanung auf kommunaler Ebene
- 1676 ➤ gezielte Förderung und Bereitstellung von Kulturflächen
- 1677 ➤ Förderprogramme zu Begegnungsstätten und Orten des Austauschs und -räumen

- 1678 ➤ Kulturinitiativen von Migrationsgruppen als wertvollen Beitrag zu kultureller Vielfalt und  
1679 gesellschaftlicher Integration unterstützen. Förderung von antirassistischer, feministischer,  
1680 antifaschistischer und kritischer Kulturarbeit
- 1681 ➤ Kultur- und Kulturfinanzberatung in der Fläche stärken, Kulturfinanzierung und Fördermöglichkeiten  
1682 transparent machen, tendenziell Fördermittel von Image- zu Basisprojekten umschichten
- 1683 ➤ zuverlässige institutionelle Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur, Förderung  
1684 unabhängiger Kulturinitiativen, auch Pop-Musik und Graswurzelkultur
- 1685 ➤ die Definition von Klubs als Kulturstätten im Baurecht
- 1686 ➤ Novellierung des Landesmediengesetzes mit dem Ziel, unabhängige Einrichtungen wie Lokalsender  
1687 und offene Kanäle zu schützen und weiter auszubauen
- 1688 ➤ Mitbestimmung der Beschäftigten bei der Intendantenauswahl
- 1689 ➤ Bundesratsinitiative für eine bessere soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern  
1690 anschieben. Aufnahme der Arbeitslosenversicherung in die Künstlersozialkasse.
- 1691 ➤ rechtlich abgesicherte unbefristete Arbeitsverträge für KünstlerInnen mit einer Bezahlung, die den  
1692 jeweiligen Qualifikationen angemessen ist statt befristeter Kettenverträge.

1693

#### 1694 **Sport: Dabei sein können ist für alle wichtig**

1695 Sport gehört wie Bildung und Kultur zur gesellschaftlichen Teilhabe. Denn Sport bringt Lebensqualität,  
1696 verbindet Menschen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung ihrer sozialen Beziehungen. Er  
1697 fördert Selbstvertrauen und das Bewusstsein für die eigenen Fähigkeiten. Er fördert die Gesundheit und die  
1698 Rehabilitation nach Krankheit und Verletzungen.

1699

1700 Sport ist eine öffentliche Aufgabe, der Zugang darf nicht privaten Gewinninteressen untergeordnet werden.  
1701 Sport liefert wertvolle Beiträge dazu, Brücken zwischen Menschen zu schaffen, Menschen mit körperlichen  
1702 Einschränkungen zu fördern, Toleranz zu leben und Vorurteile abzubauen. Er bietet Chancen für  
1703 interkulturelle Verständigung und kann dazu beitragen, gesellschaftliche und geschlechtsspezifische  
1704 Beschränkungen in Frage zu stellen und zu überwinden.

1705

1706 In der Corona-Krise mussten viele sportliche Aktivitäten ausfallen. Die allermeisten Mitglieder sind ihren  
1707 Vereinen treu geblieben. In Zusammenarbeit mit dem Landessportbund müssen jetzt die Landeszuschüsse  
1708 für die Sportförderung dringend aufgestockt werden, um die Rückkehr der Aktiven zu den sportlichen  
1709 Angeboten zu erleichtern und die sportliche Betätigung für alle zu ermöglichen.

1710

1711 In den Städten und Gemeinden in Niedersachsen unterstützt DIE LINKE Sportentwicklungspläne, die darauf  
1712 abzielen, allen Interessierten die Möglichkeit zur Teilhabe zu geben. Finanzielle Kürzungen bei der Förderung  
1713 des Breitensports lehnen wir ab.

1714

1715 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1716 ➤ öffentliche Sportanlagen sollen erhalten und ausgebaut werden, die Landesmittel für Sanierung und  
1717 Neubau müssen dafür erhöht werden
- 1718 ➤ Sportvereine, die wegen Corona in finanzielle Schwierigkeiten gekommen sind, sind aus  
1719 Landesmitteln zusätzlich zu unterstützen
- 1720 ➤ Landesförderung der Sportvereine mit dem Ziel, für Kinder im ersten Schuljahr eine kostenlose  
1721 Mitgliedschaft im Sportverein zu ermöglichen
- 1722 ➤ Sportförderung soll gestärkt und Sport soll als kommunale Pflichtaufgabe gesetzlich verankert  
1723 werden, so dass ein breites Angebot für unterschiedliche Interessen ermöglicht wird
- 1724 ➤ die Übungsleiterpauschalen sollen erhöht werden - Qualifizierungsmaßnahmen für  
1725 Übungsleiter:innen vor allem im Kinder- und Jugendbereich sollen kostenfrei sein
- 1726 ➤ Sportanlagen sollen flächendeckend barrierefrei werden
- 1727 ➤ die Möglichkeit, Schwimmen zu lernen für alle Menschen – gerade auch jene, die spezielle Angebote  
1728 brauchen
- 1729 ➤ die Teilnahme von Geflüchteten am normalen Vereinssport soll gefördert werden
- 1730 ➤ Bevölkerungsgruppen, die im Vereinssport bislang unterrepräsentiert sind, sollen gemeinsam mit  
1731 dem Landessportbund gezielt angesprochen werden
- 1732 ➤ das Land soll Projekte gegen Diskriminierung und Gewalt im Sport fördern.

1733

1734 **Gerechtigkeit: Vor und nach Gerichtsurteilen**

1735 DIE LINKE strebt einen Rechtsstaat an, der für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen  
1736 Herkunft gleichermaßen funktioniert, der kurze Verfahrenswege und Verfahrenssicherheit gewährleistet.  
1737 Der Zugang zur Justiz darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir wollen einen Strafvollzug, der resozialisiert  
1738 und einen nachhaltigen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung leistet. Wir wollen die sozialen Ursachen von  
1739 Kriminalität aufheben.

1740

1741 Die Verfahren vor Gericht dauern in Niedersachsen viel zu lang. Es gibt einen riesigen Rückstau von Fällen,  
1742 vor allem im Bereich der Sozialgerichte und der Verwaltungsgerichte. Dadurch werden Betroffene in der  
1743 Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche behindert.

1744

1745 Im Strafvollzug muss noch viel mehr auf Resozialisierung orientiert werden, einfaches Wegsperrern schafft  
1746 nur Rückfalltäter:innen.

1747

1748 Die Beratungskostenhilfe wird in Niedersachsen immer restriktiver gewährt, so dass Rechtssuchende mit  
1749 geringem Einkommen benachteiligt werden.

1750

1751 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

1752 ➤ Neueinstellung von Richterinnen und Richtern, vor allem bei Sozial- und Verwaltungsgerichten

1753 ➤ der Zugang zur Beratungskostenhilfe muss von bürokratischen Hindernissen befreit werden

1754 ➤ Ausbau des Schlichtungssystems durch Mediation und der Täter-Opfer-Ausgleichsprogramme

1755 ➤ wirksamere Strafverfolgung von Wirtschaftsstraftäter:innen und vor allem auch der  
1756 Steuerhinterziehung durch personelle Verstärkung der Finanzämter

1757 ➤ mehr Personal in den Vollzugsanstalten und Weiterentwicklung des offenen Vollzugs nach  
1758 skandinavischem Vorbild

1759 ➤ Bewährungshilfe personell ausbauen

1760 ➤ Arbeitgeber-Rentenversicherungsbeiträge auch im Strafvollzug

1761 ➤ Mindestlohn und Mindestsicherung für Gefangene

1762 ➤ Abschaffung des einfachen Dienstes im Justizdienst und eine Höhergruppierung der  
1763 Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber zur Sicherung der Gleichbehandlung gegenüber anderen  
1764 Beamtinnen und Beamten

1765 ➤ Ausbau der Mitbestimmung der Richter:innen-Räte bei allen personellen Entscheidungen,  
1766 insbesondere bei Beförderungen, zur Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit

1767 ➤ begangenes Unrecht muss wieder gut gemacht werden; das gilt für die bis 1969 zu Gefängnisstrafen  
1768 verurteilte Homosexuellen ebenso wie für die Opfer der Berufsverbote in den 70er und 80er Jahren.

1769

1770 **Öffentliche Aufgaben müssen ausreichend finanziert werden**

1771 Unser Leitbild ist das eines sozialen, gerechten und demokratischen Staates. Nur die Reichen können sich  
1772 einen armen Staat leisten. Wir wollen ein leistungsfähiges Land Niedersachsen. Niedersachsen soll auf  
1773 Bundesebene sein ganzes Gewicht dafür einsetzen, eine sozial gerechte Steuergesetzgebung herzustellen.

1774

1775 Die Schulden des einen sind immer das Geldvermögen eines anderen. Daher gibt es in unserer Gesellschaft  
1776 keine Schuldenkrise des Landes. Es gibt eine Verteilungskrise. Sie ist Ergebnis der jahrelangen  
1777 Umverteilungspolitik von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN auf Bundesebene zu Gunsten der Reichen. In  
1778 Niedersachsen gibt es inzwischen ungefähr 150.000 Vermögensmillionäre und ca. 2.000 Menschen, deren  
1779 Einkommen im Jahr mehr als eine Million Euro ausmacht.

1780

1781 Straßenausbaubeitragssatzungen wollen wir durch Landesgesetz ausschließen, weil sie einseitig die Anlieger  
1782 belasten und nicht die Verursacher des Straßenverkehrs.

1783

1784 Das Kreditaufnahmeverbot in unserer Landesverfassung, die verniedlichend „Schuldenbremse“ genannt  
1785 wird, ist zurückzunehmen. Durch die Rückkehr zur Schuldenbremse, geht auch die öffentliche Nachfrage

1786 zurück. Dadurch droht der Rückfall in eine Rezession. Der DGB Niedersachsen hat vor dem Hintergrund der  
1787 bestehenden verfassungsrechtlichen Regelung einen „Niedersachsen Fond“ vorgeschlagen. Damit könnten  
1788 physische Investitionen aus dem Kernhaushalt auf einen landeseigenen Fonds übertragen werden, z.B. in  
1789 eine Wohnungsbaugesellschaft des Landes als Teil dieser Einrichtung. Mit dem Niedersachsen Fond, der  
1790 natürlich demokratischer Kontrolle unterliegen muss, liegt ein Konzept auf dem Tisch, das für die finanzielle  
1791 Absicherung einer sozialeren Politik genutzt werden kann. Volkswirtschaftlich ist das Kreditaufnahmeverbot  
1792 unsinnig, weil es Arbeitsplätze schaffende, dringend notwendige öffentliche Investitionen behindert, dem  
1793 Land Gestaltungsspielräume für eine am Gemeinwohl orientierte Politik nimmt und damit in der Tendenz  
1794 staatliche Stellen zum Sozialabbau nötigt.

1795

1796 Das Land soll die niedersächsische Förderbank (NBank) wesentlich stärker als bisher für gezielte  
1797 Förderprogramme zur Transformation der Gesellschaft nutzen. Dabei geht es um günstige Kredite, Zuschüsse  
1798 aber auch um Unternehmensbeteiligungen.

1799

1800 Die mehrheitlich landeseigene Norddeutsche Landesbank (NORD/LB) hat als Anstalt öffentlichen Rechts  
1801 einen öffentlichen Auftrag, den sie kaum noch wahrnimmt. Die NORD/LB soll als Bank des Landes und der  
1802 Sparkassen durch ihre Geschäftspolitik den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft unterstützen, z.B. durch  
1803 Kredite und Investitionen im Bereich regenerative Energien, sozialer Wohnungsbau oder durch gezielte  
1804 Beteiligungspolitik. Die kommunalen Sparkassen und die NORD/LB verfügen über erhebliches Kapital und  
1805 hohe Fachkompetenz und sollen ihre Geschäftspolitik stärker an ihrem öffentlichen Auftrag orientieren. Die  
1806 politischen Entscheidungsträger haben es in der Vergangenheit versäumt die Geschäftsstrategien ihrer  
1807 Kreditinstitute entsprechend zu beeinflussen.

1808

1809 Im Steuervollzug, der Sache des Landes ist, liegen riesige Reserven, weil nicht einmal die bestehenden  
1810 Steuergesetze konsequent angewendet werden. Dafür müssten allerdings die Finanzämter personell deutlich  
1811 aufgestockt werden.

1812

1813 Wir werden das ändern und entsprechend den Vorschlägen des DGB und der Steuergewerkschaft folgende  
1814

1815

**DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1816 ➤ Einbringung einer Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Wiedererhebung der Vermögenssteuer
- 1817 ➤ Einbringung von Gesetzesinitiativen im Bundesrat für erhöhte Großerben- und Körperschaftssteuern
- 1818 ➤ Einbringung einer Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Einführung einer Börsenumsatzsteuer
- 1819 ➤ Einbringung einer Gesetzesinitiative im Bundesrat für die Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine
- 1820 Gemeindewirtschaftssteuer, die nicht nur Unternehmen, sondern auch Selbständige und

- 1821 Freiberufler:innen mit einbezieht und langfristig die Einnahmesituation der niedersächsischen  
1822 Kommunen verbessert
- 1823 ➤ jährlicher Aufbau der Steuerverwaltung um 100 zusätzliche Stellen und Aufhebung des dortigen  
1824 Beförderungsstaus, um allein dadurch rund 500 Millionen jährlich mehr an Steuern von den  
1825 Reichsten im Land zu erheben
- 1826 ➤ Einführung einer niedersächsischen Waffenbesitzsteuer zur Reduzierung des privaten  
1827 Waffenbesitzes
- 1828 ➤ Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes durch Einführung neuer kommunaler Steuern auf  
1829 unverhältnismäßigen Verkaufsflächenverbrauch oder spekulativem Leerstand von Gebäuden  
1830 (Leerstands-Steuer)
- 1831 ➤ sofortige Einführung der Grundsteuer C, die das spekulative Nichtbebauen von baureifen  
1832 Grundstücken erfasst
- 1833 ➤ ein Sofortprogramm zur Stärkung der Innenstädte und urbanen Zentren, das sich an den  
1834 Forderungen des niedersächsischen Städtetags orientiert
- 1835 ➤ Neuverhandlung der Kirchenstaatsverträge zum Abbau nicht gerechtfertigter Privilegien
- 1836 ➤ Kürzung von Abgeordnetendiäten, Minister:innen-Gehältern und Staatssekretär:innen-Einkommen  
1837 auf ein angemessenes Maß; Pensionen für ehemalige Minister:innen und Staatssekretär:innen sollen  
1838 erst mit Eintritt des gesetzlichen Renteneintrittsalters gezahlt werden.

1839

1840

### 1841 **Mehr Demokratie wagen**

1842 Bürgerinnen und Bürger wollen an den politischen Entscheidungen teilhaben. Eine lebendige Demokratie  
1843 braucht aber mehr direkte Demokratie auf allen Ebenen, damit die Einwohner:innen ihre Interessen besser  
1844 wahrnehmen und sich an Entscheidungen des demokratischen Gemeinwesens aktiv beteiligen können.

1845

1846 Immer noch ist es auch in Niedersachsen so, dass vielen Menschen ohne deutschen Pass das Wahlrecht  
1847 vorenthalten wird, obwohl sie hier schon lange leben und arbeiten und auch Steuern zahlen. Das Wahlrecht  
1848 für den Landtag besteht erst ab einem Alter von 18 Jahren, während es für kommunale Vertretungen ab 16  
1849 Jahren besteht.

1850

1851 Demokratische Teilhabe besteht aber nicht nur darin, wählen zu gehen. Bürgerentscheide und  
1852 Volksabstimmungen sind Elemente der direkten Demokratie. Die Quoren für Volksinitiativen, Volksbegehren  
1853 und Volksentscheide nach der Landesverfassung sind viel zu hoch. Das Gleiche gilt für die entsprechenden  
1854 Elemente direkter Demokratie auf kommunaler Ebene. DIE LINKE will diese Rechte erleichtern und zu einem  
1855 selbstverständlichen Bestandteil politischer Beteiligung machen.

1856

1857 Transparenz ist eine Voraussetzung für eine Politik, die dem Menschen zugewandt ist. Alle gewählten  
1858 Gremien sollten soweit es geht öffentlich tagen. Das wichtigste kommunale Gremium neben dem Rat oder  
1859 Kreistag, der Verwaltungsausschuss oder Kreisausschuss, tagt dagegen nicht öffentlich, sondern geheim. Die  
1860 Mitglieder des Landtages und auch kommunale Abgeordnete sollten verpflichtet werden alle, Einkünfte aus  
1861 Tätigkeiten neben ihrem Mandat offenzulegen.

1862

1863 Demokratie wird auch kommunal beschädigt, wenn die finanzielle Ausstattung der Kommunen gar keine  
1864 Entscheidungsspielräume mehr zulässt. Die Schere zwischen armen und reichen Kommunen klafft weit  
1865 auseinander. So sind viele Kommunen finanziell nicht mehr in der Lage, für die Einwohner:innen wichtige und  
1866 notwendige Investitionen zu tätigen. Das grundgesetzlich garantierte Recht der kommunalen  
1867 Selbstverwaltung steht für diese Kommunen nur noch auf dem Papier. Der bestehende kommunale  
1868 Finanzausgleich wird den ungleichen Bedingungen zwischen den Kommunen nicht gerecht.

1869

1870 Die gegenwärtige Landesregierung hat die Demokratie nach dem Kommunalverfassungsgesetz  
1871 zurückgebaut. Bürgerentscheide wurden weiter erschwert und sind jetzt z.B. nicht mehr bei geplanten  
1872 Krankenhausschließungen erlaubt. In den Gremien der Selbstverwaltung wurde für die Besetzung der  
1873 Mandate das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt eingeführt, damit sich die aus Wahlen hervorgegangene  
1874 Pluralität der verschiedenen Parteien nicht mehr in den kleineren Gremien wieder spiegelt.

1875

1876 Noch immer ist das Recht der Kommunen sich wirtschaftlich zu betätigen und damit eigene Einnahmen zu  
1877 generieren, um Gestaltungsspielräume zu erschließen, mit Fesseln belegt, die einem kapitalistischem Leitbild  
1878 entsprechen.

1879

1880 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

1881 ➤ kommunales Wahlrecht für alle, die ihren ersten Wohnsitz mindestens 3 Monate in der Kommune  
1882 haben

1883 ➤ Senkung des Wahlalters für den Landtag auf 16 Jahre

1884 ➤ Absenkung der Hürden für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide

1885 ➤ kommunale Bürgerentscheide sollen erleichtert und zu allen Sachfragen möglich sein, die in die  
1886 Entscheidungskompetenz der jeweiligen kommunalen Vertretung fallen

1887 ➤ Reform der Kommunalverfassung, Öffentlichkeit des Verwaltungsausschusses,  
1888 Samtgemeindeausschusses oder Kreisausschusses, wirtschaftliche Betätigungsfreiheit für die  
1889 Kommunen, Besetzung der Gremien nach dem gerechteren Hare-Niemeyer-Verfahren

1890 ➤ frühe Beteiligung der EinwohnerInnen bei allen Planungen in der Kommune und im Land unter  
1891 Nutzung digitaler Medien

- 1892 ➤ Ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Sicherstellung des kommunalen  
1893 Selbstverwaltungsrechts  
1894 ➤ ein Informationsfreiheitsgesetz nach Hamburger Vorbild.

1895

1896

### 1897 **Privatisierung ist Raub öffentlichen Eigentums**

1898 Der Reichtum des Landes konzentriert sich in wenigen Händen. Die öffentliche Armut nimmt zu, verstärkt  
1899 durch geringere Steuereinnahmen in der Zeit der Corona-Pandemie. Wenn das Geld knapp wird, ist schnell  
1900 das Thema „Verscherbeln öffentlichen Eigentums“ auf dem Tisch. Der Bundesfernstraßenbau soll künftig  
1901 noch stärker in öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) abgewickelt werden. Die Beschäftigten der  
1902 Auftragsverwaltung in der Landesstraßenbaugesellschaft fürchten um ihre tariflich gesicherten Arbeitsplätze,  
1903 wenn sie auf private Straßenbaugesellschaften übergehen sollten. Privat finanzierte Straßen sind aber teurer  
1904 und werden letztlich von den Verkehrsteilnehmer:innen bezahlt werden müssen.

1905

1906 Privatisierung ist Raub öffentlichen Eigentums. Sie schränkt demokratische Beteiligung ein und muss teuer  
1907 bezahlt werden. Der Verkauf öffentlichen Eigentums insbesondere in der Daseinsvorsorge muss auf allen  
1908 Ebenen rückgängig gemacht werden. ÖPP-Projekte („Öffentlich-private Partnerschaften“) sind eine Variante  
1909 der Privatisierungspolitik, bei denen die Risiken durch öffentliche Haushalte abgedeckt, die Gewinne aber  
1910 von den privaten Investoren eingestrichen werden. Das lehnt DIE LINKE strikt ab. Sie will stattdessen  
1911 Einrichtungen in öffentlichem Eigentum stärken, z.B. die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und die  
1912 Norddeutsche Landesbank, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Krankenhäuser,  
1913 Wohnungsbaugesellschaften, Energieversorgungsunternehmen, Verkehrsunternehmen sowie Bildungs- und  
1914 Kultureinrichtungen, die dem Land oder den Kommunen gehören. Ihre Geschäftspolitik ist am Allgemeinwohl  
1915 auszurichten.

1916

1917 Auch staatliche Beteiligungen an privaten Unternehmen wie bei VW oder Salzgitter AG haben eine  
1918 infrastrukturell und volkswirtschaftlich wichtige Bedeutung für das Land und sind deshalb zu schützen. Der  
1919 staatliche Einfluss ist zur Sicherung der Arbeitsplätze, ökologisch sinnvolle Produktionen und für  
1920 menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu nutzen.

1921

1922

### 1923 **Freiheit braucht Gleichheit beim Zugang zu digitalen und analogen Medien**

1924 Das offene Internet bietet vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten an öffentlichen Entscheidungen des Landes.  
1925 Es kann Transparenz schaffen und die Demokratie festigen, wenn es nicht den Verwertungsinteressen  
1926 privater Dienstleister:innen untergeordnet wird. Notwendige Investitionen für ein flächendeckendes  
1927 schnelles Internet für alle stehen immer noch aus.



1928 Weder der Wohnort noch die finanzielle Situation der Einwohner:innen dürfen zu einer digitalen Spaltung  
1929 der niedersächsischen Gesellschaft führen. An Bildungseinrichtungen darf die Chancengleichheit nicht durch  
1930 das Fehlen von Endgeräten bei Menschen mit geringem Einkommen gefährdet werden.

1931

1932 Zur Transparenz des Umgangs mit dem Internet gehört, dass öffentlich erhobene nicht personenbezogene  
1933 Daten frei zugänglich sind und in einem bearbeitbaren Format zur Verfügung stehen, dass die  
1934 Weiterverarbeitung erlaubt (Open Data). Open-Source-Software sollte in allen öffentlichen Einrichtungen  
1935 eingeführt werden.

1936

1937 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist das Eigentum der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler. Die  
1938 Aufsicht obliegt ihnen. Medienkompetenz entwickelt sich nicht zuletzt durch eigenes Tun. Inhalte kritisch  
1939 hinterfragen zu können ist nur möglich, wenn die Konsument:innen-Perspektive verlassen werden kann und  
1940 Bürgerinnen und Bürger zu Produzentinnen und Produzenten werden können. Die Bürger:innen-Medien  
1941 müssen eine echte dritte Säule im Rundfunksystem bilden.

1942

1943 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 1944 ➤ Breitband-Ausbau in Stadt und Land in genossenschaftlicher und kommunaler Trägerschaft
- 1945 ➤ freies WLAN in öffentlichen Gebäuden
- 1946 ➤ Freifunkinitiativen sollen unterstützt werden
- 1947 ➤ Netzneutralität muss durch entsprechende Bandbreiten sichergestellt werden, keine Volumen- und  
1948 Geschwindigkeitsbegrenzungen, die mit höheren Kosten verbunden sind
- 1949 ➤ Meinungsfreiheit im Netz bleibt ein wichtiges Gut. Das schließt nicht aus, rechtsextreme und  
1950 rassistische Hetze wirksam bekämpfen zu können
- 1951 ➤ Ausbau des Bürger:innen-Funks und der Bürger:innen-Medien ohne Werbung oder andere Formen  
1952 der Kommerzialisierung; Bürger:innen-Sender und Offene Kanäle müssen ausreichend finanziert  
1953 werden.

1954

1955 **Sicherheit ohne Überwachungsstaat**

1956 Kriminalität ist in erster Linie eine Folge von ungelösten sozialen Problemen. Politikerinnen und Politiker  
1957 anderer Parteien nutzen das Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung nicht selten für demagogische  
1958 Vorstöße, um Bürgerrechte zu beschneiden oder sich öffentlich gegen Minderheiten zu stellen, seien es  
1959 Geflüchtete, Bettlerinnen und Bettler, Drogenabhängige oder Prostituierte. Die Zahl der Verbrechen und  
1960 Gewalttaten nimmt aber seit Jahren ab.

1961

1962 Die Überwachung im öffentlichen Raum nimmt dagegen zu. Kameras auf Bahnhöfen, in öffentlichen  
1963 Verkehrsmitteln, an öffentlichen Plätzen, Supermärkten und anderswo sollen Straftaten verhindern,

1964 tatsächlich verlagern sie nur Kriminalität. Sie stellen Bewohner, die in den Blick der Kameras geraten, unter  
1965 Generalverdacht. Die Kontrolle über die Verwendung und die Speicherung ist für die Bürgerin und den Bürger  
1966 kaum möglich.

1967

1968 Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung wurden Bürger:innenrechte eingeschränkt. Nicht  
1969 größere Sicherheit, aber stärkere Überwachung ist das Ergebnis der gegenwärtigen Sicherheitspolitik in Bund  
1970 und Land. Der Weg in den Überwachungsstaat muss durch demokratische Kontrolle und Begrenzung  
1971 gespeicherter Daten verbaut werden.

1972

1973 Das Land unterhält einen Geheimdienst („Verfassungsschutz“), der nicht ausreichend parlamentarisch  
1974 kontrolliert ist und ein gefährliches Eigenleben spielt. Die Verfassung schützt er nicht. Die niedersächsische  
1975 Landesregierung hat den Schnüffelapparat ausgebaut und Personal- ebenso wie die Sachmittel aufgestockt.  
1976 Zur Kontrolle werden die Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zwar  
1977 informiert, doch die Interna des Geheimdienstes bleiben auch Ihnen verborgen.

1978

1979 Demokratie verwirklicht sich auch in außerparlamentarischen Aktivitäten. Diese werden immer noch durch  
1980 unverhältnismäßige Einschränkungen des Versammlungsrechts begrenzt, wobei dem Geheimdienst  
1981 „Verfassungsschutz“ sogar eigene Rechte eingeräumt werden.

1982

1983 Mit dem NPOG – Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz werden wichtige Grundsätze, die  
1984 ihren Ursprung in den Lehren aus dem Faschismus haben, weiter ausgehebelt. Das Verhältnis zwischen  
1985 Bürger:innen und dem Staat wird auf dem Kopf gestellt und alle Menschen, die gewissen Normen nicht  
1986 entsprechen, stehen unter einen Verdacht. Die Unschuldsvermutung wird unterlaufen, so können Menschen  
1987 bis zu 35 Tage nur auf Verdacht in Gewahrsam genommen werden. Rechtsstaatlichkeit heißt auch Schutz des  
1988 einzelnen Menschen vor staatlicher Willkür.

1989

1990 Wir wollen eine bürgernahe Polizeiarbeit. Sie muss verhältnismäßig sein und die öffentliche Sicherheit und  
1991 Ordnung gewährleisten, ohne Freiheitsrechte oder demokratische Kontrollrechte einzuschränken.  
1992 Polizistinnen und Polizisten sollen im Dienst grundsätzlich anonymisiert Nummern oder Namensschilder  
1993 tragen, um sie ggf. identifizieren zu können.

1994

1995 Eine unabhängige Beschwerdestelle zur Untersuchung polizeilichen Fehlverhaltens sichert Rechte von  
1996 Einwohner:innen und mindert zugleich die Gefahr, dass durch falsch verstandenen Corps-Geist polizeinterne  
1997 Verfehlungen nicht geahndet werden.

1998

1999 Die flächendeckende Warnung der Bevölkerung ist schon viele Jahre Thema aber wird kaum umgesetzt. Die  
2000 Sirene ist immer noch das ideale Mittel die Menschen zu alarmieren und sich dann zu informieren, welche  
2001 Gefahr vorliegt.

2002

2003 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

2004 ➤ Demokratisierung des Versammlungsrechts, Rücknahme der Restriktionen, die durch frühere  
2005 Regierungen geschaffen wurden

2006 ➤ demokratische Reform des Polizeirechts, keine Verdachtsinhaftierungen, pseudonyme  
2007 Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, unabhängige Beschwerdestelle für Polizeiangelegenheiten

2008 ➤ gegen Rückzug von Polizei aus der Fläche

2009 ➤ Auflösung des staatlichen Geheimdienstes „Verfassungsschutz“, Ersetzung durch ein transparent  
2010 arbeitendes wissenschaftliches Institut, das demokratiefeindliche Bestrebungen analysiert und  
2011 auswertet

2012 ➤ die Entmilitarisierung der Ausstattung der Polizei; kein Einsatz von Maschinengewehren, Teasern und  
2013 Militärfahrzeugen

2014 ➤ eine Studie zu Rassismus und anderen menschenfeindlichen Einstellung innerhalb der  
2015 Sicherheitsbehörden und ein konsequentes Vorgehen gegen extrem rechte Netzwerke in der Polizei,  
2016 der Justiz und weiteren Sicherheitsbehörden

2017 ➤ ein wirksames Antidiskriminierungsrecht, dass sich am Berliner Antidiskriminierungsgesetz orientiert

2018 ➤ den Aufbau von flächendeckenden Sirenennetzen zur Warnung der Bevölkerung.

2019

2020 **Ländlichen Raum lebenswert machen!**

2021

2022 **Entfaltung und lebendige Dörfer statt Armut und Verödung**

2023 Niedersachsen ist ein Flächenland mit vielfältiger Landschaft: Küsten, Wattenmeer, Moore, Heide, Wälder,  
2024 Berge und Seen. An die Landwirt:innen und Forstwart:innen in den ländlichen Räume wird eine Vielzahl von  
2025 Anforderungen gestellt. Sie sollen ökologisch nachhaltig Produzieren, die Landschaft mit ihren Naturräumen  
2026 pflegen, gleichzeitig, aber wirtschaftlich arbeiten bei einem großen Preisdruck durch Konzerne und eine  
2027 starke Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels und gehen einem Beruf nach, der an 365 Tagen im Jahr  
2028 ihre Aufmerksamkeit fordert. Gleichzeitig leiden sie und ihre Familien unter einer gesellschaftlichen  
2029 Stimmung, in der ‚den Landwirten‘ prinzipiell die Schuld an Tierleid, Naturzerstörung und Rückgang der  
2030 Artenvielfalt gegeben wird. Unter diesem Druck geben immer mehr Landwirt:innen auf oder finden keine  
2031 Nachfolge. So verlieren dörfliche Strukturen ihre Stützen, während die Konzentration und Industrialisierung  
2032 der Land- und Forstwirtschaft voranschreitet.

2033

2034 Während einige Regionen unter Abwanderung und Entvölkerungstendenzen leiden, steigen in besonders  
2035 touristisch geprägten Regionen und im Umland der größeren Städte die Wohnkosten und die Preise für  
2036 Bauland. In unter Abwanderung leidenden Ortschaften und Dörfern bilden mangelnde  
2037 Arbeitsplatzperspektiven, Schulschließungen, Schließungen von Arztpraxen und kulturellen Angeboten wie  
2038 Jugendtreffs, Dorfkneipen und Büchereien, schlechte Anbindungen an den Nahverkehr, verschwindende  
2039 Geschäfte des täglichen Bedarfs und Wegzug einen Teufelskreis, den zu brechen es wirtschaftliche  
2040 Perspektiven und, als Grundlage dafür, eine funktionierende Infrastruktur braucht. Die verfehlte  
2041 Siedlungspolitik führt zu leeren Ortszentren, während gleichzeitig immer mehr Fläche versiegelt wird.

2042

2043 Mangel von Haus- und Fachärzten und schlechte Bus- und Bahnverbindungen sind bis in die Vororte der  
2044 größeren Städte ein Problem. Zu oft sind Busverbindungen ausschließlich für den Schüler:innen-Transport  
2045 eingerichtet und fahren in den Schulferien überhaupt nicht, oder die Abendstunden und Wochenenden sind  
2046 vom Busverkehr ausgenommen.

2047

2048 Das "Ehrenamt" ist eine wichtige Säule des Zusammenlebens, gerade auf dem Lande. Tausende von  
2049 ehrenamtlichen Kräften leisten Arbeit für das Gemeinwohl, welche wortwörtlich nicht bezahlbar ist. Gerade  
2050 im Bereich der Hilfsorganisationen und Feuerwehren basiert der Katastrophenschutz zu mehr als 90% in  
2051 Niedersachsen auf diesen Kräften.

2052

2053 Für die LINKE ist klar: Infrastruktur und Kultur darf nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Sie bilden die  
2054 Grundlage für eine hohe Lebensqualität auch abseits der urbanen Zentren. Wir wollen Busverbindungen bis  
2055 auf die Dörfer, idealerweise stündlich, zumindest aber als Rufbus. Wir wollen Dorfgemeinschaftshäuser,  
2056 Gemeindebüchereien und Landärzte zur Regel machen. Mit einem millionenschweren Förderprogramm soll  
2057 wie in Thüringen (dortiges Volumen 4 Mio. €) die Nahversorgung in ländlichen Räumen gefördert werden. In  
2058 zu vielen Ortschaften und Dörfern in Niedersachsen ist selbst der Lebensmitteleinkauf mit einer Fahrt einige  
2059 Dörfer weiter verbunden, da in der Marktlogik Händler nicht nach der Lebensqualität der Menschen, sondern  
2060 nach großem Absatzpotenzial fragen. Dies stellt insbesondere mobilitätseingeschränkte und finanzschwache  
2061 Personen vor Herausforderungen. Die Schaffung von wohnortnahen Versorgungspunkten und Stärkung von  
2062 Wochenmärkten soll dagegen dazu beitragen, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen  
2063 Niedersachsens zu schaffen. Finanzschwache Kommunen können von einem solchen Programm ebenso  
2064 profitieren wie Vereine, Verbände sowie Kleinst- und Kleinunternehmer:innen. Mit dieser Initiative soll auch  
2065 die regionale Wertschöpfung in den Mittelpunkt rücken. Kurze Transportwege tragen dem Klimaschutz  
2066 Rechnung. Soziale Begegnungsstätten wie Jugendtreffs, Kulturhäuser oder Dorfkneipen sollen gefördert  
2067 werden.

2068

2069 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 2070 ➤ ein Landesprogramm der regionalen Wirtschaftsförderung für Nahversorgung und regionale  
2071 Wirtschaftskreisläufe zur Stärkung der Kaufkraft auf dem Land und Bildung von  
2072 Regionalvermarktungsinitiativen
- 2073 ➤ wohnortnahe soziale Zentren in Dörfern, die als Orte der Begegnung und Basisleistungen wie Post,  
2074 Bank und öffentlichen Internetzugang sowie Veranstaltungsräume anbieten
- 2075 ➤ eine flächenschonende Siedlungspolitik bei gleichzeitiger Revitalisierung der Ortskerne
- 2076 ➤ ein Förderprogramm für Einkaufsbusse, mobile Verkaufswagen und genossenschaftlich organisierte  
2077 Dorfläden zur Verbesserung der Nahversorgung in kleinen Kommunen
- 2078 ➤ ein dichtes ÖPNV-Netz: Bahnhöfe und stillgelegte Eisenbahnstrecken sind zu reaktivieren; Anbindung  
2079 der Gemeinden untereinander und zur nächsten Stadt mindestens im Stundentakt von 5 – 23 Uhr
- 2080 ➤ Landesförderprogramm für den Ausbau der Fahrradwege auf dem Land
- 2081 ➤ Kultur in den ländlichen Raum: Reisetheater und mobile Kinos
- 2082 ➤ Gewährung ärztlicher Versorgung auf dem Land durch öffentlich getragene kommunale  
2083 Versorgungszentren, Gemeindegewerkschaftskonzepte und Förderung der Niederlassung von  
2084 Ärzt\*innen
- 2085 ➤ den Ausbau des Internetzugangs in der Fläche (Breitband); Wohnortnahe WLAN-Hotspots
- 2086 ➤ dezentrale Energiegewinnung und Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen
- 2087 ➤ keine Schließung von Polizeidienststellen und Einstellung zusätzlichen Personals für die Polizei in  
2088 kleinen Kommunen bis 20.000 EinwohnerInnen.

2089

### 2090 **Sozial-ökologischen Umbau gemeinsam mit den Landwirten gestalten**

2091 Niedersachsen ist Agrarland Nummer 1 in Deutschland. Über 2,6 Millionen Hektar Land werden von der  
2092 niedersächsischen Landwirtschaft bearbeitet. Bäuerinnen und Bauern kommen außerdem wichtige  
2093 gesellschaftliche Aufgaben zu. Sie versorgen nicht nur die Märkte mit Lebensmitteln, sondern produzieren  
2094 auch für den lokalen Verbrauch, sie schützen die Kulturlandschaft im ländlichen Raum und können einen  
2095 wichtigen Beitrag zum Anbau und bei der Verwertung erneuerbarer Rohstoffe schaffen. Die niedersächsische  
2096 Landwirtschaft ist deswegen aus den ländlichen Räumen nicht wegzudenken und ein wichtiger Motor für  
2097 Veränderungen.

2098

2099 Viele Veränderungen in den letzten Jahren haben unsere Landwirte jedoch in Not gebracht. Der Klimawandel  
2100 und die daraus resultierenden Dürren belasten viele Betriebe und die Umstellungen auf mehr Tierwohl oder  
2101 der Verzicht auf Pestizide sind mit Umstellungskosten verbunden. In Anbetracht dessen, dass Landwirte dem  
2102 ständigen Preisdruck auf dem Markt ausgeliefert sind und gerade durch die großen Discounter unter Druck  
2103 gesetzt werden, darf die Politik sie bei all diesem Wandel nicht allein lassen, sondern muss unterstützen. Für  
2104 uns sind gerechte Erzeugerpreise die Grundvoraussetzung für mehr Tierwohl und gute Löhne in der  
2105 Landwirtschaft. Diese müssen gegen die Interessen von Konzernen wie ALDI und Rewe durchgesetzt werden!

2106

2107 Als LINKE wollen wir eine soziale und ökologische Landwirtschaft gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern  
2108 gestalten. Die Landwirte haben selbst ein großes Interesse am Umwelt- und Klimaschutz, denn sie sind selbst  
2109 direkt den Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt. Wir setzen als Alternative zu dieser Entwicklung auf  
2110 eine am Gemeinwohl orientierte, sozial gerechte, ökologische und nachhaltige Landwirtschaft mit dem  
2111 Schwerpunkt regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung.

2112

2113 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

2114 ➤ Das Land unterstützt Landwirte aktiv bei einer profitablen Direktvermarktung. Lebensmittel sollen vor  
2115 allem vor Ort verkauft werden. Öffentliche Einrichtungen sollen die Zutaten für ihre Kantinen möglichst  
2116 aus regionaler Landwirtschaft beziehen. So wollen wir die Landwirte in ihrer Unabhängigkeit von den  
2117 Discountern unterstützen.

2118 ➤ Wir werden die landwirtschaftlichen Betriebe bei den notwendigen Investitionen und Umstellungen auf  
2119 eine größere Vielfalt von Ackerkulturen unterstützen, um sie sowohl gegenüber Marktschwankungen als  
2120 auch den Auswirkungen des Klimawandels widerstandfähiger zu machen.

2121 ➤ Niedersachsen soll nur noch ökologische und nachhaltige Landwirtschafts-Betriebe fördern und bei  
2122 dieser Förderung auch ein besonderes Gewicht auf soziale Standards im Bereich der Arbeit legen.

2123 ➤ Pestizide sollen wissenschaftlich geprüft werden und im Zweifel bei einem ernsthaften Verdacht auf  
2124 Gesundheitsschädigung verboten werden. Die Landwirte sollen mit den Problemen, die sich aus diesem  
2125 Verbot ergeben, nicht allein gelassen werden, sondern Unterstützung vom Land erhalten.

2126 ➤ Niedersachsen soll sich für faire Erzeugerpreise einsetzen. Die Landwirte dürfen nicht dem Preisdiktat  
2127 der Discounter überlassen werden. Analog dem Mindestlohn brauchen wir Mindesterzeugerpreise.

2128 ➤ Wir wollen mehr Bauernland in der Hand von Bäuerinnen und Bauern. ‚Landgrabbing‘ durch große  
2129 Konzerne soll unterbunden werden. Das Land soll deswegen ein Gesetz zum Schutz der heimischen  
2130 Landwirtschaft auf den Weg bringen. Durch ein Vorkaufsrecht für landwirtschaftliche Flächen wollen wir  
2131 hier als Land direkt eingreifen können.

2132

2133 **Antifaschismus & Gleichstellung**

2134

2135 Alle Menschen in Niedersachsen müssen die gleiche Möglichkeit haben, ein gutes und auskömmliches Leben  
2136 zu führen. Zentral sind für uns deswegen die Kämpfe für die Gleichstellung der Geschlechter, für den Schutz  
2137 und die Förderung von Minderheiten und ein konsequenter Einsatz für mehr Inklusion in Niedersachsen. Wir  
2138 wollen, dass alle Menschen gleich am Leben in unserem Bundesland teilhaben können und nicht  
2139 benachteiligt werden.

2140

2141 Die Gefahr von rechts steht dieser Vision jedoch entgegen: Über 200 Menschen sind in Deutschland seit 1990  
2142 durch Rechte Gewalt ums Leben gekommen. Inzwischen nimmt rechter und rassistischer Hass auch in  
2143 unseren Parlamenten und im Internet immer mehr Raum ein. Durch die Corona-Pandemie und die  
2144 Verwicklungen von Reichsbürger- und Querdenker-Szene haben diese Spannungen nur zugenommen.

2145

2146 Als DIE LINKE. Niedersachsen setzen wir uns für einen modernen und alltäglichen Antifaschismus ein, der  
2147 nicht nur ein Label bleibt, sondern die gesellschaftlichen Probleme analysiert und reflektiert. Antifaschismus  
2148 ist für uns ein Versprechen. Ein Versprechen dafür, dass die Menschenwürde eines jeden in Niedersachsen  
2149 nicht angetastet wird. Dafür müssen wir vor allem in Bildungs- und Gedenkstättenarbeit investieren, der  
2150 militanten Rechten aber auch ordnungspolitisch die Stirn bieten können.

2151

2152 Ebenfalls muss das Land sich gezielt für die Förderung und Gleichstellung von Frauen und vielfältigen  
2153 Lebensweisen einsetzen. Noch immer sind die meisten gesellschaftlichen Kontexte männlich dominiert und  
2154 Frauen müssen um die Anerkennung ihrer Leistungen kämpfen. Dabei tragen sie den Großteil der Familien-  
2155 und Sorgearbeit und haben gerade im Rahmen der Corona-Pandemie viele Überlastungen wegtragen  
2156 müssen. Sie sind dabei viel zu oft Opfer von Sexismus und Gewalt und müssen auch hier geschützt werden  
2157 und Gewalt muss konsequent bekämpft werden.

2158

2159 Gleiches gilt für Menschen mit Behinderung. Inklusion muss für uns eine Selbstverständlichkeit werden –  
2160 auch in der Landespolitik. Deswegen wollen wir gemeinsam mit den Behinderten selbst und ihren Initiativen  
2161 ihre Rechte stark machen und ihre Möglichkeiten für mehr Teilhabe und Mitbestimmung erweitern.

2162

### 2163 **Antifaschismus – gemeinsam für Verbesserung statt Spaltung von rechts**

2164 Im Jahr 2019 zählte die Landesregierung ganze 1.824 rechte Straftaten in Niedersachsen und noch immer  
2165 müssen Minderheiten in Niedersachsen jeden Tag um ihre Sicherheit fürchten.

2166 Wir wirken für breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen. Wir werden jedoch die  
2167 regierenden Parteien immer daran erinnern, dass sie mit ihrer unsozialen, sozialdarwinistischen und  
2168 rassistischen Politik einen wichtigen Beitrag zum Aufschwung von rechtsradikalen Parteien geleistet haben.  
2169 Gemeinsam mit vielen antifaschistischen Aktivist:innen, Gewerkschafter:innen, Initiativen und  
2170 Organisationen arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten. Rechten Aufmärschen widersetzen wir uns  
2171 mit zivilem Ungehorsam wie Blockaden und anderen Aktionsformen. Der Staat darf antifaschistisches  
2172 Engagement nicht behindern oder kriminalisieren. Faschistische Organisationen müssen konsequent  
2173 verboten, rechte Straftaten effektiv verfolgt werden.

2174

2175 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 2176 ➤ einen Unterstützungsfond für die Opfer von rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt
- 2177 ➤ den Aufbau einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft gegen rechte und rassistische Gewalt
- 2178 ➤ einen Untersuchungsausschuss zu Verstrickungen des NSU in Niedersachsen
- 2179 ➤ die Förderung von weiteren Programmen für Austeigende aus der rechten Szene
- 2180 ➤ die Förderung und Unterstützung von antifaschistischen Initiativen, statt deren Diffamierung
- 2181 ➤ Erhalt und Ausweitung der Mahn- und Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus sowie des
- 2182 antifaschistischen Widerstandes
- 2183 ➤ den 8. Mai - den Tag der Befreiung - als gesetzlichen Feiertag in Niedersachsen
- 2184 ➤ Die Schaffung von Beratungs- und Weiterbildungsangeboten zu Hass-Sprache im Internet
- 2185 ➤ Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse für extreme Rechte und Reichsbürger.

2186

### 2187 **Barrierefreies Niedersachsen – selbstbestimmte Behindertenpolitik**

2188 Inklusion ist eine wichtige Querschnittsaufgabe und muss in allen Bereichen der Landespolitik ernst  
2189 genommen werden. Als DIE LINKE. Niedersachsen wollen wir die UN-Konvention für die Rechte von  
2190 Menschen mit Behinderungen konsequent umsetzen. Dieses übergreifende Ziel wollen wir stets bedenken,  
2191 wenn wir Ideen und Konzepte auf Landesebene erarbeiten. Alle Menschen – mit oder ohne Behinderungen  
2192 – sollen barrierefrei, gleichberechtigt und in vollem Umfang am gesamten gesellschaftlichen Leben teilhaben  
2193 können. Ob Frühförderung, Schule, Arbeitsmarkt, Wohnen, Freizeit: im gesellschaftlichen Miteinander darf  
2194 kein Lebensbereich die Inklusion ausblenden.

2195 Inklusion gibt es aber nicht zum Spar-Tarif, sondern die Politik muss endlich anfangen, Geld in die Hand  
2196 zunehmen. Nur so können wir zeitnah und flächendeckend die Gleichstellung von Behinderten in  
2197 Niedersachsen voranbringen. Die letzten Landesregierungen haben hier mit dem Geld geknausert und sind  
2198 viele Antworten schuldig geblieben.

2199

#### 2200 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 2201 ➤ dass Barrierefreiheit in allen öffentlichen Gebäuden und Behörden, sowie an öffentlichen Arbeitsplätzen
- 2202 konsequent umgesetzt wird.
- 2203 ➤ Die Stelle der Behindertenbeauftragten des Landes, soll zu einer mit mehr Mitteln ausgestatteten
- 2204 Inklusionsbeauftragten weiterentwickelt werden, die in allen Bereichen der Landespolitik über die
- 2205 Einhaltung von Inklusion wacht.
- 2206 ➤ Das Land muss seinen Lehrer:innen eine berufliche Aus- und Weiterbildung in Förderpädagogik anbieten.
- 2207 An jeder Schule müssen förderpädagogische Fachlehrkräfte für die gesamte Unterrichtszeit zur Verfügung
- 2208 stehen.
- 2209 ➤ Alle Bahnhöfe, Busse, Bahnen und weiteren Fahrzeuge des ÖPNV sollen barrierefrei gemacht werden. Das
- 2210 Land Niedersachsen soll den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen im Nahverkehr fördern.



- 2211 ➤ Wir unterstützen ausdrücklich den Beschluss des ver.di-Bundeskongresses vom 26.09.2015:  
2212 „Mindestlohn für alle, auch in Sozial- und Behindertenwerkstätten sowie in Justizvollzugsanstalten“.
- 2213 ➤ Wir wollen, dass Behindertenbeiräte von den Betroffenen selbst direkt gewählt und nicht ernannt  
2214 werden und mehr Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt bekommen.
- 2215 ➤ Alle staatlichen Stellen müssen alle Informationen und Formulare in einfacher oder leichter Sprache und  
2216 in barrierefreien Formaten zur Verfügung stellen.
- 2217 ➤ Ein landesweites Investitionsprogramm, um alle Schulen in Niedersachsen barrierefrei umzurüsten. Die  
2218 ‚Förderschule‘ soll in Zukunft entfallen und Menschen mit Behinderung sollen in den Regelschulbetrieb  
2219 aufgenommen werden.

2220

## 2221 **Gleiche Rechte und gleiche Chancen für Frauen – gerade jetzt**

2222 Die Krise wird vor allem von Frauen bewältigt und gerade Frauen und Mädchen leiden auch vermehrt unter  
2223 ihr. Sie arbeiten nicht selten in besonders betroffenen Berufen wie im Pflegebereich oder leisten, verstärkt  
2224 durch den Lockdown, eine wichtige Arbeit in der Familienarbeit zu Hause. Doch trotzdem verdienen Frauen  
2225 immer noch 20% weniger als Männer und sind noch immer täglich Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt.

2226

2227 Das Land Niedersachsen muss sich aktiv für die Gleichstellung der Frau einsetzen und für Frauen Schutzräume  
2228 schaffen. Frauen müssen politisch, gesellschaftlich und beruflich endlich gleichermaßen teilhaben können.

2229

### 2230 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

2231 ➤ Die Finanzierung von Frauenhäusern muss sichergestellt und aufgestockt werden. Die schon jetzt  
2232 knappen Kapazitäten müssen deutlich erweitert werden. Alle Frauenhäuser müssen pandemiekonform  
2233 umgerüstet werden.

2234 ➤ Die Einführung des 8. März – des Weltfrauentages – als niedersächsischen Feiertag.

2235 ➤ Eine 50-prozentige Geschlechterquotierung in den Leitungsgremien öffentlicher und durch den Staat  
2236 beeinflussbarer Einrichtungen und Unternehmen.

2237 ➤ Wir werden der Gleichstellungspolitik im gesetzgeberischen Handeln mehr Gewicht einräumen. Hierzu  
2238 wollen wir alle Haushaltsentscheidungen hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Geschlechter besonders  
2239 prüfen (Genderbudgeting).

2240 ➤ Es soll in Niedersachsen einen Anspruch auf Hebammenhilfe geben und das Land hat die Ausbildung und  
2241 Finanzierung von ausreichend Hebammen in Niedersachsen sicherzustellen.

2242 ➤ Ein Paritätsgesetz auf den Weg bringen, so dass die Landeslisten von Parteien bei künftigen  
2243 Landtagswahlen abwechselnd mit Frauen und Männern zu besetzen sind.

2244 ➤ anonyme Bewerbungsverfahren beim Land und den Kommunen. Durch eine entsprechende  
2245 Gesetzgebung und Hilfestellung sind anonyme Bewerbungsverfahren im privaten Sektor zu fördern.

2246

## 2247 **Akzeptanz aller Geschlechter sowie sexueller Lebensweisen**

2248 Wir stehen für die Akzeptanz und Anerkennung vielfältiger Lebensweisen, geschlechtlicher Identitäten und  
2249 sexueller Orientierungen ein. Obwohl Niedersachsen ein tolerantes und weltoffenes Land sein will, sind  
2250 Ausgrenzung, Diskriminierungen, Beleidigungen und auch Gewalt immer noch bittere Realität für Schwule,  
2251 Lesben, Transgender und Intersexuelle. FLINTA\* (Frauen, Lesben, Intersexuelle, Nicht-Binäre, Transgender-  
2252 und Agender-Personen) sollen nicht wegen ihrer geschlechtlichen, LGBTIQ\* (Lesbian, Gay, Bisexual,  
2253 Transsexual/Transgender, Queer, Intersexual und Asexual) nicht wegen ihrer sexuellen Identität  
2254 benachteiligt werden. Noch viel zu viele Menschen können in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der  
2255 Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Dauerhafter Einsatz  
2256 für Akzeptanz, Vielfalt und Gleichberechtigung muss für die niedersächsische Landespolitik eine höhere  
2257 Priorität haben; das gilt vor allem im Schulbereich.

2258

### 2259 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 2260 ➤ Eine Aufnahme des Verbots der Diskriminierung wegen sexueller Identität in die Landesverfassung.
- 2261 ➤ Die Stärkung der Aids-Prävention und der Integration von HIV-positiven Menschen.
- 2262 ➤ Wir setzen uns für eine geschlechtsneutrale Sprache bzw. für eine die Vielfalt der Geschlechter  
2263 widerspiegelnde Sprache in der öffentlichen Verwaltung ein.
- 2264 ➤ die flächendeckende Schaffung queerer Begegnungsorte und die Etablierung von psychosozialer,  
2265 spezialisierter Beratung für queere/LGBTIQ\*, auch für Jugendliche. Wir unterstützen die Errichtung  
2266 queerer Zentren in Niedersachsen, die diese Beratung gewährleisten können.

2267

## 2268 **Frieden und Internationalismus**

2269

2270 Als konsequente Friedenspartei steht DIE LINKE ein Ende aller Kriege – in der Ukraine, aber auch die im  
2271 Jemen, in Mali, in Syrien und überall auf der Welt. Nur eine gewaltfreie Welt bietet die Voraussetzung für  
2272 eine internationale Entwicklung gegen Armut, Klimanotstand und Pandemien. Nur durch Frieden können  
2273 Menschenrechte (auch die sozialen) umgesetzt werden. An die Stelle von Kriegshandlungen müssen  
2274 Verhandlungen treten. Konflikte bedürfen der politischen, diplomatischen und absolut zivilen Regulierung.  
2275 Nur Entspannungspolitik und damit verbundene gemeinsame Abrüstung sowie gegenseitige  
2276 Sicherheitsgarantien gewähren Sicherheit. Die 180-Grad-Wende der bundesdeutschen Außenpolitik über  
2277 Nacht, sowie das damit verbundene größte Aufrüstungsprogramm der Nachkriegszeit lehnen wir ab. Ein  
2278 neues Zeitalter des kalten Krieges, atomare Teilhabe und das Befeuern einer Aufrüstungsspirale kann nur in  
2279 den Abgrund führen. Wir brauchen stattdessen mehr sinnvolle Investitionen in zivile Belange, soziale  
2280 Probleme gibt es genug. Wir sagen Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und zu Waffenexporten! Nein  
2281 zur NATO! Nein zu einer weiteren Militarisierung der EU! Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre

2282 Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem. Atomwaffen sind endlich zu ächten. Unser Ziel ist eine  
2283 nachhaltige, zivile, an den gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtete und demokratisierte Wirtschaft!  
2284

### 2285 **Friedensstandort Niedersachsen**

2286 Niedersachsen hat erhebliche Möglichkeiten, um zum internationalen Frieden beizutragen. Von der  
2287 Forschung, über die Bildung bis zur Wirtschaft, alle Bereiche können etwas dazu beitragen geflüchteten  
2288 Menschen zu helfen, für die Entwicklung anderer Länder beizutragen und Kriegsursachen zu beheben.  
2289 Waffenschmieden und Militärforschung, welche mit Krieg ihr Geschäft verdienen, machen Niedersachsen  
2290 hingegen zu einem der bedeutendsten Rüstungsstandorte in der Bundesrepublik. Niedersachsen ist zudem  
2291 eins der wichtigsten Aufmarsch- und Durchmarschgebiete der Bundeswehr sowie NATO. Gemeinsam mit der  
2292 Friedensbewegung kämpfen wir daher dafür, das Niedersachsen zum Friedensstandort wird.  
2293

### 2294 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 2295 ➤ von Niedersachsen ausgehende Initiativen für europaweite Städte-Kommunikation zur Förderung von  
2296 Solidarität und Verständnis, sowie die Förderung des Programms „Mayors for peace“
- 2297 ➤ eine Initiative der Landesregierung für die Schließung des NATO-Truppenübungsplatzes Bergen, des  
2298 Fliegerhorsts Wunstorf und anderer Militäreinrichtungen in Niedersachsen wie Munster und Nordhorn  
2299 Range
- 2300 ➤ Bessere Ausstattung von THW & Katastrophenschutz, statt Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- 2301 ➤ die Erstellung eines jährlichen, öffentlich zugänglichen Rüstungsberichts, in dem die Produktion, die  
2302 Erforschung sowie der Ex- und Import von Rüstungsgütern in Niedersachsen erfasst werden
- 2303 ➤ die Beendigung von Rüstungsexporten aus Niedersachsen
- 2304 ➤ die Abschaffung des so genannten „Celler Dialogs“, an der Politik, Wirtschaft und Militär teilnehmen

2305

### 2306 **Rüstungskonversion hin zu sinnvoller Arbeit**

2307 DIE LINKE. Niedersachsen steht für die Vergesellschaftung und Umwandlung der Rüstungsproduktion sowie  
2308 ihrer Arbeitsplätze in zivile Arbeit. Es braucht eine neue Wirtschaftsstruktur, die der sozialen, ökologischen  
2309 und friedlichen Entwicklung unserer Gesellschaft dient. Wir wollen Investitionen in soziale Gerechtigkeit statt  
2310 Rüstung und Militär.  
2311

2311

### 2312 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 2313 ➤ die Bildung eines Konversionsbeirates unter Beteiligung von Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft,  
2314 Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten sowie Umwelt- und Friedensorganisationen, der ein  
2315 Konzept zur Umwandlung militärischer in zivile Arbeitsplätze ausarbeitet
- 2316 ➤ eine ausreichende Finanzierung für ein Konversionsprogramm, mit dem eine entsprechende  
2317 Qualifizierung für alle betroffenen Beschäftigten gesichert wird

- 2318 ➤ einen „Masterplan Friedensflächen“, bei dem die bislang noch militärisch genutzten Flächen in zivil  
2319 genutzte Flächen umgewandelt werden; besonders die Heide soll zu einem UNESCO-Biosphärenreservat  
2320 gemacht und die im so genannten „Fliegerhorst“ Wunstorf stationierten Flugzeuge zivil statt militärisch  
2321 genutzt werden
- 2322 ➤ eine Altlastensanierung der durch den jahrzehntelangen Militäreinsatz belasteten Flächen auf  
2323 niedersächsischem Gebiet aus Bundesmitteln
- 2324 ➤ die Umwandlung von Militärlogistik in einen international einsetzbaren Katastrophenschutz
- 2325 ➤ vollständige kommunale Rechte für „gemeindefreie Bezirke“ und Kommunen, die auf  
2326 Truppenübungsplätzen liegen, und die Unterstützung von Initiativen, die Truppenübungsplätze (Bergen)  
2327 sozial-ökologisch-nichtmilitärisch umwandeln wollen.

2328

### 2329 **Bildung, Kultur und Wissenschaft für den Frieden**

2330 DIE LINKE. Niedersachsen steht dafür, dass die Lehre aus den beiden Weltkriegen sowie den vielen Kriegen  
2331 von heute nicht vor Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen Halt macht. Krieg beginnt in den Köpfen.  
2332 Bildung, Kultur und Wissenschaft müssen daher über die Ursachen von Kriegen und Flucht aufklären, die  
2333 Bedeutung von Völkerverständigung und internationaler Solidarität hervorheben und dazu ermuntern, für  
2334 den Frieden aktiv zu werden. Dafür kann die Landeszentrale für politische Bildung genutzt werden.

#### 2335 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 2336 ➤ ein Verbot von Rüstungsforschung und die Förderung von friedensorientierter Wissenschaft, die sich der  
2337 sozialen und ökologischen Probleme unserer Zeit annimmt
- 2338 ➤ eine Umschichtung der bislang für die Rüstungsforschung verwendeten Fördermittel in die Forschung für  
2339 Konversion, Renaturierung, Gesundheit etc.
- 2340 ➤ ein Verbot der Bundeswehrpräsenz an Schulen, Unis, bei Berufsmessen und in der Ausbildung:  
2341 Bundeswehr raus aus öffentlichen Räumen!
- 2342 ➤ die institutionelle Förderung von Friedensarbeit in den Städten und Kommunen, z. B. von  
2343 Friedensinitiativen, Geschichtswerkstätten, einer kritischen Erinnerungskultur, friedensorientierter  
2344 Kunst und Kultur sowie den alljährlichen Friedensdemos
- 2345 ➤ die Aufnahme von regelmäßigen Gedenkstättenbesuchen in Schulen, pädagogisch aufbereitet für den  
2346 jeweiligen Jahrgang
- 2347 ➤ die Entmilitarisierung Niedersachsens in den Bereichen Kultur sowie Traditions- und Denkmalpflege
- 2348 ➤ die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die an Militaristen und Faschisten erinnern, nach  
2349 humanistisch gesonnenen Persönlichkeiten
- 2350 ➤ Die Etablierung von antimilitaristischen, staatlichen Gedenk- und Feiertagen, wie dem Tag der Befreiung  
2351 und dem Antikriegstag

2352 ➤ die Beendigung der Förderung von militaristischen Strukturen durch Landesmittel, aktuell z. B. im Fall  
2353 des Panzermuseums Munster; stattdessen die Unterstützung von Projekten wie einer „Friedens-  
2354 Volkshochschule“ in Osterholz

2355

### 2356 **Asyl ist ein Menschenrecht**

2357 Die Lage der Geflüchteten ist eine Katastrophe, auch in Niedersachsen. In einem Land wie Deutschland, das  
2358 zu den reichsten der Welt gehört, ist diese Situation völlig inakzeptabel. Asyl ist ein Menschenrecht und muss  
2359 in Niedersachsen zur Grundlage der Politik werden. Die niedersächsische Regierung unternimmt nichts gegen  
2360 die bundesweite Praxis, sondern forciert Abschiebungen teilweise sogar. Es finden unter der Landesregierung  
2361 sogar Nachtabschiebungen statt. Wer vor Krieg, Hunger, Armut, Verfolgung oder Klimakatastrophen flieht,  
2362 darf nicht an den Grenzen unseres Landes abgewiesen oder aus unserem Land abgeschoben werden.  
2363 Sprachkurse werden nur Geflüchteten mit Bleibeperspektive gewährt, obwohl auch andere jahrelang hier  
2364 leben und sich integrieren wollen. Ebenso unhaltbar ist die Chance der Geflüchteten auf dem Wohnungs-  
2365 und Arbeitsmarkt. Menschen werden zu einem Leben in Sammelunterkünften ohne Privatsphäre und in  
2366 Arbeitslosigkeit gezwungen. Die medizinische Versorgung wird nur in Akutfällen gewährt. Traumata werden  
2367 hingenommen, statt sie zu behandeln. Familiennachzug für Kriegsflüchtlinge wird eingeschränkt, was zu  
2368 mehr Fluchten auf lebensgefährlichen Wegen führt. Die wieder praktizierte Abschiebehaft treibt Geflüchtete  
2369 in Verzweiflung und unter Umständen in den Tod.

2370

### 2371 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 2372 ➤ eine breite Vermittlung von Informationen zu Fluchtursachen über Schulen, Unis, Volkshochschulen,  
2373 Medien usw., die neben Krieg auch Armut, Hunger, Klimawandel, Globalisierung und persönliche  
2374 Verfolgung berücksichtigen
- 2375 ➤ die Aussetzung der Abschiebungen Geflüchteter in Niedersachsen, insbesondere minderjähriger Kinder  
2376 sowie ihrer Familie, sowie die Abschaffung von Abschiebehaft und Nachtabschiebungen
- 2377 ➤ keine Abschiebung von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund, die in Deutschland  
2378 verwurzelt sind – entsprechend der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
- 2379 ➤ ein dauerhaftes Bleiberecht statt „Kettenduldungen“, spätestens nach fünf Jahren
- 2380 ➤ die Sicherung des Familiennachzugs, insbesondere bei minderjährigen Flüchtlingen, sowie die  
2381 Beseitigung künstlich errichteter bürokratischer Hürden
- 2382 ➤ humanitäre Initiativen des Landes Niedersachsen zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern an den  
2383 Grenzen Europas, insbesondere aus Griechenland und von der belorussisch/polnischen Grenze
- 2384 ➤ die Wiederherstellung des Rechts auf Asyl sowie die Schaffung von legalen Fluchtwegen über Initiativen  
2385 im Bundesrat
- 2386 ➤ eine kultursensible Ausbildung aller Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie aller  
2387 Mitarbeiter:innen in anderen Bereichen, die mit Geflüchteten zu tun haben, sowie die Förderung der

- 2388 Flüchtlingsbetreuung durch Fachpersonal unter Einbeziehung Ehrenamtlicher, die eine  
2389 Aufwandsentschädigung erhalten
- 2390 ➤ unabhängige Asylverfahrensberatung in allen Aufnahmezentren und Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE),  
2391 wobei die Orientierung über die Abläufe und eine unabhängige Beratung vor Beginn des Asylverfahrens  
2392 sichergestellt werden
- 2393 ➤ gut ausgestattete Sozialdienste sowie die Gewährleistung medizinischer Versorgung und psychologischer  
2394 Beratung in den Aufnahmezentren (AZ) und EAE
- 2395 ➤ Angebote zur Kinderbetreuung sowie zur Unterstützung besonders Schutzbedürftiger in den AZ und EAE
- 2396 ➤ Beschulung aller Kinder und Jugendlichen in allen EAE, in denen Geflüchtete länger als vier Wochen  
2397 untergebracht werden
- 2398 ➤ eine flächendeckende Errichtung unabhängiger Beratungsstellen für Geflüchtete, die durch das Land  
2399 gefördert werden
- 2400 ➤ Angebot bzw. Erweiterung entgeltfreier Sprach- und Integrationskurse für alle Flüchtlinge, die nur durch  
2401 Fachpersonal gegeben werden
- 2402 ➤ schnellstmögliche Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften;  
2403 Schaffung dezentraler integrativer Wohnmöglichkeiten und -projekte
- 2404 ➤ die Aufhebung räumlicher Beschränkungen und Verpflichtungen, sich an einem bestimmten Ort  
2405 aufzuhalten und ständig erreichbar zu sein, und für freie Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes
- 2406 ➤ ein von Partner:innen unabhängiges Bleiberecht für Geflüchtete und die Anerkennung frauenspezifischer  
2407 Fluchtgründe; keine Koppelung des Bleiberechts an den Fortbestand einer Ehe
- 2408 ➤ gesonderte Beratungskurse für sexuell verfolgte Menschen, vor allem für Frauen und Mädchen, in allen  
2409 Regionen in dem Wissen, dass Frauen und Mädchen vielfach Opfer von Vertreibungen sind
- 2410 ➤ Umsetzung des Recht auf Bildung der Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Stand des Asylverfahrens  
2411 und der Bleibeperspektive; dabei zügige und sensible Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher  
2412 mit psychologischer und pädagogischer Begleitung durch Fachkräfte
- 2413 ➤ Aufhebung des Arbeitsverbots für Geflüchtete
- 2414 ➤ aufschiebendes Vetorecht der Härtefallkommission gegenüber Abschiebungen, wobei die  
2415 Voraussetzungen für Eingaben an die Härtefallkommission abgesenkt werden

2416

## 2417 **Europa**

2418 Die EU ist in der bestehenden Form von neoliberaler Politik bestimmt, hat hohe Demokratiedefizite und gibt  
2419 sich offen für Militarisierung und Aufrüstung. DIE LINKE setzt diesem derzeitigen Europa ein Europa der  
2420 Solidarität, des Friedens- und der sozialen Gerechtigkeit entgegen. Europas Zukunft muss „mehr Demokratie  
2421 und Ausgleich“ lauten, nicht weniger. Wir wollen die europäischen Institutionen demokratisieren und die  
2422 undemokratische Machtstruktur von Banken und Konzernen brechen. Statt die „Festung Europa“ durch  
2423 Kriegsführung, Rüstungsexporte und das menschenverachtende Frontex-Regime auszubauen, muss Europa

2424 endlich eine friedliche und solidarische Außenpolitik einleiten und zu einem humanen Umgang mit  
2425 Flüchtlingen finden. Uns leitet die Überzeugung, die ursprüngliche europäische Idee der Demokratie, des  
2426 Friedens, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit von Niedersachsen aus zu leben. Für gleichwertige  
2427 Arbeit am gleichen Ort soll auch der gleiche Lohn gezahlt werden, unabhängig davon, aus welchem Land die  
2428 arbeitenden Menschen kommen.

2429 Obwohl der größte Teil der in Deutschland erlassenen Gesetze durch europäische Vorgaben bestimmt ist,  
2430 unterschätzen immer noch die meisten der hier lebenden Menschen die Bedeutung der Europäischen Union  
2431 für ihre Lebensbedingungen. Allein zwischen 2014 und 2020 flossen 2,1 Milliarden Euro nach Niedersachsen.  
2432 Für Außenstehende ist es kaum nachvollziehbar, wie die zur Verfügung stehenden Fördermittel vergeben  
2433 werden. Selbst in den Verwaltungen der Kommunen und Landkreise sorgt die unübersichtliche  
2434 Förderlandschaft häufig für Verwirrung. Die Agrarsubventionen müssen sich an einer ökologischen,  
2435 bäuerlichen Landwirtschaft orientieren und die Förderung der Agroindustrie beenden. DIE LINKE wird im  
2436 Niedersächsischen Landtag auch weiterhin in dieser Frage Aufklärung und Transparenz schaffen, um dem  
2437 Trend zu einer immer geringeren Wahlbeteiligung bei Europawahlen entgegenzutreten.

2438

2439 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 2440 ➤ eine Ausrichtung der Programme zur Vergabe von EU-Mitteln auf Nachhaltigkeit und regionale  
2441 Wirtschaftskreisläufe sowie eine Angleichung der Lebensbedingungen und einen fairen Umgang mit  
2442 anderen Ländern im Außenhandel
- 2443 ➤ eine Bundesratsinitiative für ein soziales, solidarisches, ökologisches und friedliches Europa
- 2444 ➤ die vollständige, klare und offensive Information über vergebene EU-Mittel – wer hat wieviel wofür  
2445 bekommen?
- 2446 ➤ die vollständige, klare und offensive Information über die Möglichkeiten zur Beantragung von EU-  
2447 Fördermitteln
- 2448 ➤ eine effizientere und transparentere Gestaltung der Beteiligung des Landtags an der europäischen  
2449 Gesetzgebung
- 2450 ➤ eine niedersächsische Informations- und Bildungsstrategie „europabewusst machen“, damit alle wissen,  
2451 welche Bedeutung die Europäische Union hat
- 2452 ➤ die Stärkung des Europäischen Informationszentrums (EIZ).

2453

2454 **Gemeinsam sind wir stark (Postambel)<sup>2</sup>**

2455

2456 Wir sind nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und  
2457 gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind. Und wir wollen auch nicht so werden. DIE LINKE  
2458 ist im Gegensatz zu den konkurrierenden Parteien bereit Großkonzernen, Millionären und  
2459 Grundstücksspekulanten mutig entgegenzutreten. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in  
2460 Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit  
2461 leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Wir wollen mit unserer Politik  
2462 Hoffnung machen auf eine andere Gesellschaft, in der Politik und Wirtschaft nicht mehr von den Interessen  
2463 der Banken, Konzerne und Superreichen dominiert sind, sondern von den Bedürfnissen und Lebensinteressen  
2464 der Mehrheit der Gesellschaft. Wir nennen das den demokratischen Sozialismus.

2465

2466 Wir zeigen denen die rote Karte, die meinen, Hass und Fremdenfeindlichkeit sei eine Antwort auf die  
2467 gegenwärtige Krise. Allen, die meinen, dass Entsolidarisierung ihre Probleme lösen kann, sagen wir, dass sie  
2468 im Ergebnis das Gegenteil von dem erreichen werden, was sie sich erhoffen.

2469

2470 Wir sind engagiert in der Friedensbewegung, in Gewerkschaften, Umweltverbänden, freiwilligen  
2471 Feuerwehren und anderen Ehrenämtern, sozialen Initiativen und Frauenorganisationen. Mitglieder unserer  
2472 Partei sind seit Jahren in Kommunalparlamente in Niedersachsen gewählt worden. Wir alle kennen das Land,  
2473 seine Schönheiten, aber auch seine Probleme. Wir lassen uns nicht von unserer grundlegenden Haltung  
2474 abbringen: Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, mehr Demokratie, Verteidigung unserer Freiheiten, Frieden und  
2475 Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen bleiben die Ziele, ohne Wenn und Aber.

2476

2477 Gemeinsam sagen wir, lasst uns den Kopf heben und nicht die Hände. Nur wenn wir die großen Interessen  
2478 für würdige Arbeit, bezahlbares Wohnen, gute Gesundheit oder eine für alle zugängliche Bildung auch  
2479 gemeinsam vertreten, können wir uns gegen jene durchsetzen, die an der Ungerechtigkeit verdienen.

2480

2481 Daher gilt:

2482 **Wählen Sie am 09.Oktober DIE LINKE! - Nicht um die Stimme abzugeben, sondern um sie zu erheben.**

2483 **Wählen sie selbst aktiv zu werden!**

2484

2485 <<<Es folgt ein Verweis zum Onlinemitgliederformular>>>

---

<sup>2</sup> Der Begriff Postambel steht hier, um in den Bearbeitungsrounden die Bedeutung des Kapitels zu erklären. Er wird in der Endredaktion nach dem Landesparteitag entfernt